Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 2. September 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 191**

Prozeßbeginn gegen Maslow und Genossen

(TU.) Leipzig, 1. September.

Heute vormittag begann vor dem Staatsgerichtshof der große Kommunistenprozeß gegen Grylewicz und Genossen. Der erste Abschnitt dieses Prozesses richtet sich gegen die Zentrale der KPD. Bei Beginn der Verhandlung sind einige, von der Verteidigung geladene Zeugen anwesend. Darunter die Reichstagsabgeordnete Ruth Fischer. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß die Entscheidung, ob und wieweit das Amnestiegesetz anzuwenden sei, der Hauptverhandlung vorbehalten bleibe. Das Gericht werde sich nach der Vernehmung der Angeklagten darüber schlüssig werden. Die Anklage lautet dahin, daß die Angeklagten im Jahre 1923/24 gemeinschaftlich mit den übrigen Mitgliedern der Bezirksleitung Brandenburg und mit Angehörigen der Zentrale der KPD. fortgesetzt hochverräterische Unternehmen zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung betrieben haben. Maslow, der seit dem 20. Mai 1924 in Haft ist, ist 34 Jahre alt und besitzt die russische Staatsangehörigkeit.

Die unhaltbare Anklagebegründung

Nachdem, wie schon berichtet, ein Antrag der Rechtsanwälte Wolf und Rosenfeld, den Genossen Maslow aus der Haft zu entlassen, im Vorverfahren mit der Begründung abgelehnt worden ist, daß die Anwendung der Amnestie in diesem Falle zweifelhaft sei, begann heute ein neuer Akt der Justizbehörde zum Schutze der Republik. Schon die Zusammensetzung des Gerichts läßt Schlüsse zu. Es befinden sich unter den Mitgliedern ein General, ein Oberlandgerichtspräsident und einige reaktionäre Professoren.

Irgendeine konkrete Handlung liegt der Anklage nicht zugrunde. Die Anklage lautet auf Hochverrat und auf Vergehen gegen das Republikschutzgesetz, die in drei Teile zerfällt. Der schlimmste Vorwurf, den man dem Genossen Maslow, sowie den Genossen Grylewicz, Schumacher und Schlecht macht, die mit ihm im August 1923 Mitglieder der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg gewesen sind, liegt **in der Organisierung des sogenannten Cuno-Streiks.** Bekanntlich ist in Deutschland sogar der Streik nur unter dem Ausnahmezustand verboten. Aber der Reichsanwalt sagt: „Der Cuno-Streik hätte beinahe zum bewaffneten Aufstand geführt, ist also als Vorbereitung zum Hochverrat zu betrachten." Daß der Streik aber nicht zum bewaffneten Aufstand führte, weil die Bezirksleitung ihn ausdrücklich auf drei Tage befristete, daß die Partei sich überhaupt erst an eine spontan ausbrechende Massenbewegung angehängt und sie keineswegs inszeniert hatte, stört die Anklagebehörde selbstverständlich nicht. Ebenso nicht, daß die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung unter Beseitigung der verbrecherischen Cuno-Regierung nichts mit Hochverrat gemeinsam hat.

Bei Grylewicz, Schumacher und Schlecht erschien übrigens den Behörden die Beteiligung an der Leitung des Cuno-Streiks als **kein zureichender Grund, sie länger als fünf Wochen in Haft zu halten, während man Maslow schon 15 Monate lang in Untersuchungshaft gehalten hat.**

Bezeichnend für den tendenziösen Charakter ist der Zeitpunkt der Anklage. Genosse Maslow, der vom September 1923 bis Ende Januar nach Rußland berufen war und sich erwiesenermaßen dort in **persönlichen Angelegenheiten** auseinanderzusetzen hatte, wird vorgeworfen, daß er sich an den Sitzungen des Exekutiv-Komitees der Komintern beteiligt habe. Dabei war Maslow **überhaupt nicht Mitglied der Exekutive.** Als belastend scheint aber den deutschen Behörden schon zu gelten, daß ein Russe sich mehrere Monate in Rußland aufhält.

Daß alle diese Argumente doch keine hinreichende Grundlage für das Verfahren bilden, beweist, daß man sich Maslows bekannten theoretischen Auseinandersetzungen mit den Lehren der russischen Revolution bemächtigte und darauf eine Anklage konstruierte. Als das Buch erschienen war, wurde es einige Wochen danach wegen hochverräterischen Inhalts beschlagnahmt und Genosse Maslow erhielt eine **Nachtragsanklage wegen Veröffentlichung dieser Broschüre.** Dieses von der Reichsanwaltschaft im Falle Maslow beliebte Verfahren muß als höchst merkwürdig und in der Geschichte des deutschen Strafprozesses einigermaßen neu bezeichnet werden.

Als Hauptbelastungszeugen in diesem Verfahren sollen die im „Tscheka"-Prozeß verurteilten Poege und Neumann fungieren, die zwar mit Maslow nie etwas zu tun gehabt haben, aber „über die allgemeine Haltung" der Partei sich äußern sollen. Man hat von der deutschen Justiz schon macherlei erlebt, aber dieses Verfahren, durch das Damoklesschwert der Urteilsvollstreckung von zweifelhaften Elementen Aussagen herauszuholen, hat nicht einmal im mittelalterlichen System der Folter ein Vorbild.

Die neue Krise der deutsch-russischen Verhandlungen

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse sind neue Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag aufgetaucht, die zurzeit in Moskau stattfinden. Die Ursache dieser Schwierigkeiten läßt sich leicht feststellen: Es ist die Abneigung des deutschen Unternehmertums, mit einem Staat zu einer Vertragsregelung zu kommen, der den kapitalistischen Grundsätzen nicht entspricht. Für die deutschen Großhändler und Industriellen ist das russische Außenhandelsmonopol der gegebene Stein des Anstoßes. Man will sich den Bedingungen und der Kontrolle eines proletarischen Staates nicht fügen. Man sagt, daß mit Sowjet-Rußland ein richtiger Handelsvertrag gar nicht möglich wäre. Diese Bestrebungen der deutschen Handels- und Industriekreise beeinflussen die Regierung und hindern den Abschluß der Moskauer Verhandlungen.

Bei dieser Gelegenheit zeigt die deutsche Bourgeoisie wieder einmal ihre beispiellose Borniertheit und Engherzigkeit. Die Unternehmer anderer Länder, wie z. B. Italien, Amerika und Frankreich, begreifen viel leichter, daß man sich in Rußland den Grundsätzen der proletarischen Diktatur fügen muß, wenn man zu Geschäftsabschlüssen kommen will. Aber der deutsche Unternehmer will von seinem gewohnten Schema, das am bequemsten ist, nicht abweichen.

Dazu kommt der Umstand, daß die deutsche Großbourgeoisie wie hypnotisiert auf den Gang der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen starrt. Aus Paris, vom französischen „Erbfeind" soll das Heil kommen. Mit dem Bolschewismus Rußlands dagegen will man möglichst nichts zu tun haben.

Die deutsche Arbeiterschaft hat gerade die umgekehrte Auffassung. Sie verspricht sich von den Abmachungen der deutschen und westeuropäischen Schwerindustrie gar nichts, aber sie weiß, daß nur die Verständigung des industriellen Deutschland mit dem agrarischen Rußland die wirtschaftliche Zukunft des deutschen werktätigen Volkes zu sichern vermag. Die Arbeiterschaft verlangt, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch engherzige Borniertheit und durch den Antibolschewismus gewisser Unternehmercliquen nicht gestört werden.

„Der hochgebietende Herr Generalfeldmarschall" erlaubt wieder das Tragen von Uniformen

Hindenburg hat das Uniformverbot aufgehoben. Durch das Reichswehrministerium wird bekanntgegeben, daß Hindenburg die Verordnung Eberts vom 30. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens mit sofortiger Wirkung aufhob. Unterzeichnet ist dieser Aufhebungserlaß am 26. August und gegengezeichnet vom Reichswehrminister Geßler. Eberts Verordnung stützte sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung, der vom Recht, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, handelt. Diese Verordnung wurde von monarchistischen Richtern nie als rechtsgültig anerkannt. Nach Hindenburgs Erlaß, der dem Reichstag vorgreift, hat jeder mit dem Recht zum Tragen der Uniform verabschiedete Heeresangehörige nun wieder die Befugnis, Uniform zu tragen mit dem ganzen Zubehör. Wahrscheinlich ist die Erleuchtung zu diesen Gottesgnadenerlaß dem hochgebietenden Herrn Generalfeldmarschall — so wird Hindenburg in einem Schreiben des deutschvölkischen Offiziersbundes angeredet — gekommen während seiner vertraulichen Unterhaltungen mit Rupprecht von Bayern und anderen monarchistischen Freunden.

Luthers „Preisabbau"

Sein eigener Schwindelindex ist gestiegen

Die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den frisierten Feststellungen des Statistischen Reichsamtes des Herrn Luther auf 145,0 des August gegen 143,8 im Vormonat. Das bedeutet eine Steigerung um 1,2 Prozent.

Die Steigerung ist vor allem auf die Erhöhung der Wohnungsmieten zurückzuführen; bei den Ernährungsausgaben wurden Preissteigerungen von Fleisch, Butter, Milch und Eiern teilweise durch die Verbilligung von Gemüse und Kartoffeln ausgeglichen.

Es besteht die begründete Aussicht, daß, trotz der scheinbaren augenblicklichen Senkung gewisser Lebensmittel, die Preise in absehbarer Zeit in die Höhe schnellen werden.

Die Junker fordern tagtäglich Verteuerung ihrer Produkte und versuchen, durch Ausfuhr und das System der Einfuhrscheine eine künstliche Getreidekneppheit zu schaffen und diese Knappheit zu Preissteigerungen auszunutzen.

Die Arbeiter dürfen sich nicht durch geringfügige momentane Preissenkungen gewisser Lebensmittel einlullen und von Lohnkämpfen abhalten lassen.

Die Teuerungswelle steigt unaufhaltsam an. Das beweist trotz aller Reden und Konferenzen selbst Luthers eigener Schwindelindex.

Das Münchner Proletariat empfängt die Rußland-Delegation

(Eig. Drahtm.) München, 2. September.

Die aus Rußland zurückgekehrten Arbeiterdelegierten wurden gestern am Bahnhof von einer gewaltigen Arbeitermenge empfangen. Es bildete sich ein spontan mächtiger Demonstrationszug, der unter Absingen revolutionärer Lieder zu dem Versammlungslokal zog, wo die Delegierten sprechen sollten. Die Polizei war gegenüber dieser spontanen Kundgebung der Münchener Arbeiter fast machtlos. Das ist um so bemerkenswerter, als München seit dem Zusammenbruch der von der SPD.-Führerschaft so schamlos verratenen Räte-Republik eine derartige Demonstration des revolutionären Proletariats nicht mehr erlebt hat.

Es dämmert auch im schwarzen Bayern.

Das Programm der Unternehmeroffensive

Ein Wort zum Breslauer Gewerkschaftskongreß

Es wird nützlich sein, den in Breslau versammelten Gewerkschaftsbureaukraten ernsthaft vor Augen zu halten, was das deutsche Unternehmertum will. Am 20. Juni d. J. tagte in **Bad Kösen** der **große Ausschuß des Deutschen Industrie-Schutzverbandes.** Auf der Tagung dieses gefährlichsten Scharfmacherverbandes des Unternehmertums hielt Generaldirektor Karl **Grützner** ein Referat über die **„Notwendigkeit des Abbaues der Arbeitsgesetzgebung".**

Aus dem Referat des Herrn Grützner wollen wir nur einige charakteristische Stellen hervorheben:

„Die Gewerkschaften, als die Vertreter der Arbeiterschaft, müssen verstehen, daß sich die fürchterliche Lage, in die das deutsche Volk und damit auch die deutsche Arbeiterschaft geraten ist, niemals dadurch ändern läßt, **daß man die Löhne in die Höhe zu schrauben sucht,** denn das Geld an sich spielt ja letzten Endes keine Rolle!!"

„Auch die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften müßten den Mut aufbringen, der Arbeiterschaft einmal die Wahrheit zu erklären und ihr zu sagen, **daß die Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft von Schaden ist, wie der sorgende Vater dem verhätschelten Kinde das Zuckerzeug wegnimmt, an dem es sich den Magen verdirbt. Der Vater darf sich vor dem Geschrei und Geheul, das dann anhebt, eben nicht fürchten, weil er mit Erfüllung seiner Pflicht dem unverständigen Kinde ja nur Gutes erweist."**

Die zynische Frechheit, mit der Herr Grützner über die deutsche Arbeiterschaft urteilt, läßt sich gar nicht übertreffen. Aber wodurch **ist das Proletariat in eine solche Lage gekommen,** daß man es mit dem heulenden Kinde vergleicht, dem das „Stückchen Schokolade" (das dürftige tägliche Brot!) fortgenommen wird? Weil die opportunistische Führung der deutschen Gewerkschaften dem Unternehmertum **eine Konzession nach der anderen machte.** Heute glauben die Herren, daß sie sich alles erlauben können.

Im Anschluß an das Referat Grützners wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Lage der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit ist besorgniserregend. Die Ursachen liegen nicht lediglich in den Kriegsfolgen und in den schwierigen außenpolitischen Verhältnissen. Neben dem Raubbau der Steuergesetze trägt vor allem die Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit mit Schuld an dem Niedergange, der sich beim Weiterbestande dieser Gesetze noch verschlimmern und zu unhaltbaren Zuständen führen wird. Die Zukunft der deutschen Industrie liegt in dem Problem beschlossen, daß es gelingt, den größten wirtschaftlichen Erfolg mit dem geringsten Verlust an Zeit und Arbeit, also mit dem geringsten Leerlauf herauszuholen. Dieses Problem fordert auch, daß die zwecklose Geschäftigkeit, wie sie aus den Kriegs- und Nachkriegsgesetzen **auf arbeitsrechtlichem Gebiet erwächst, rücksichtslos aus dem Wirtschaftsleben entfernt werde."**

„Die Generalversammlung des über 10 000 Industriebetriebe umfassenden deutschen Industrieschutzverbandes fordert deswegen **die Aufhebung der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918,** soweit diese die Möglichkeit von Zwangstarifverträgen schafft, **der Verordnung über das Schlichtungswesen, insbesondere der Bestimmungen über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüche,** ferner der, die Verfügungsfreiheit des Arbeitgebers zum Nachteil der Interessen des Betriebes einschränkenden **Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes** (§ 84 bis 98), ebenso der **Stillegungsverordnung,** die überhaupt keinerlei praktischen Wert hat, die Arbeitgeber aber mit zwecklosen Formalitäten und Zeitverlusten belastet und endlich der verschiedenen **Arbeitszeitverordnungen,** die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in ungünstiger Weise beeinflussen.

Das ist alles deutlich genug. Das deutsche Unternehmertum ist einmütig entschlossen, in der **Arbeitszeit** sich keine Hemmungen auferlegen zu lassen. Das Unternehmertum will das **unbegrenzte Recht,** die **Betriebe Killzulegen** und Arbeiter aufs Pflaster zu werfen; das Unternehmertum will die **letzten Reste der Betriebsräterechte abschaffen** und wieder völlig Herr im Haus werden. Das Unternehmertum erklärt endlich, daß es das **Schlichtungswesen nicht mehr nötig hat,** sondern daß es ohne diese Komödie einer wirtschaftlichen Gerichtsbarkeit die Arbeiter direkt niederschlagen will.

Nach diesen Grundsätzen ist das deutsche Unternehmertum in den letzten Wochen auf der ganzen Front zum Angriff übergegangen. Wir fragen den **Gewerkschaftskongreß,** was er zu tun gedenkt, um gegenüber der Unternehmerfrechheit die einheitliche Kampffront der Arbeiter im deutschen und internationalen Maßstabe zu schaffen? (Siehe dazu den Bericht über den Gewerkschaftskongreß.)

Wir bitten alle unsere Parteigenossen und Leser, den Brief der Exekutive an die deutsche Partei, der im Innern des Blattes abgedruckt ist, sorgfältig und genau zu lesen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß diese offene Darlegung zur Festigung und Aktivierung der Partei beitragen wird. Nicht durch Verschleierung, sondern durch Austrag der Gegensätze werden wir in unserer Arbeit vorwärtskommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0001

Pressestimmen zum ersten Bericht der Arbeiterdelegation in Berlin

„Volksblatt“ und „Leipziger Volkszeitung“ keifen

Alle Berliner Zeitungen nehmen zu dem ersten öffentlichen Bericht der Arbeiterdelegation aus Rußland Stellung. Im Gegensatz zur Presse der SPD. versucht die bürgerliche Presse einigermaßen objektiv zu sein. Wir brachten schon gestern die „Kritik“ des „Vorwärts“ und fügen heute die bürgerlichen Pressestimmen, und im Gegensatz dazu die Pressestimmen des hiesigen „Volksblattes“ und der „Leipziger Volkszeitung„ hinzu. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt u. a:

„Im allgemeinen kann man sagen, daß die gestrige gewaltige Kundgebung beherrscht war von dem Gedanken, daß eine Annäherung der beiden Arbeiterparteien erstrebt werden müsse. Die außerordentlich gut besuchte Versammlung konnte ohne nennenswerte Störungen zu Ende geführt werden.“ Allerdings weist das bürgerliche Blatt mit Behagen darauf hin, daß der Sozialdemokrat Ovenhagen von Essen ohne Widerspruch zu finden feststellen konnte, „daß die russischen Kommunisten viel realer seien, als die deutschen, und daß aus dieser Tatsache ihre unbestreitbaren Erfolge resultieren.“

Die „Vossische Zeitung“ berichtet:

„Gestern erstatteten die Arbeiterdelegierten vor Vertretern der Berliner Betriebe Bericht; demnächst soll ein schriftlicher Bericht folgen. In welchem Sinne dieser schriftliche Bericht gehalten sein wird, ergab ein Delegationsbeschluß, der nach Mitteilung eines Redners einstimmig gefaßt worden ist. Er proklamiert den „Kampf gegen alle Feinde Rußlands“ und gegen die „Saboteure der politischen und gewerkschaftlichen Einheitsfront“ des Proletariats. Im übrigen beschränkten sich die Sprecher der Versammlung, die in dem großen Saale der Bockbrauerei, Fridicinstraße, stattfand, auf allgemeine Darlegungen, die davon zeugten, wie stark die russischen Eindrücke nachwirkten.“

Die „Vossische Zeitung“, die sich offensichtlich vor ihrem bourgeoisen Leserkreis geniert, daß ihr eigener Berichterstatter v. Schönaich in dieser revolutionären Arbeiterkundgebung gesprochen hat, versucht zu retten, was zu retten ist und schreibt:

„Der einzige Redner, der sachliche Töne anschlug, war der General a. D. v. Schönaich, der als Landwirt und Pazifist über seine Eindrücke, wie er sie, unabhängig von der Arbeiterdelegation und von allen offiziellen Arrangements, davongetragen hat, berichtet. Die Leser der „Vossischen Zeitung“, die bereits eine Reihe von Artikeln Schönaichs kennengelernt haben, wissen, in welch vorurteilsfreiem Geist dieser scharfsinnige Beobachter die Dinge studiert. Seine Eindrücke, die nicht frei von Skepsis sind, entsprechen keineswegs dem Grade von Begeisterung, die sich die Mitglieder der Arbeiterdelegation offenbar zur Pflicht gemacht hatten. Seine Ausführungen machten auf die Hörer sichtlichen Eindruck.“

Die „Berliner Volkszeitung“ zitiert jedoch von Schönaich und bestätigt den Bericht der „Roten Fahne“:

„Ueberall ist man in Rußland dabei, den Bauer rationelle Bodenbewirtschaftung zu lehren. Er ist klug genug, um es zu lernen. Was eine intensivierte Wirtschaft bei den gewaltigen Bodenschätzen Rußlands bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Ich bin Pazifist und gegen jede gewaltsame Enteignung. Aber die Enteignung, die man in Rußland gewaltsam vorgenommen, ist anständiger als die Enteignung in Deutschland während der Inflation. Die Russen haben das Eigentum den Reichen abgenommen und haben es den Armen geschenkt. In Deutschland haben die Reichen das Geld der Armen in die Tasche gesteckt. Rußland hat Rohstoffe, Land und Menschen. Deutschland hat Intelligenz und Industrie. Deshalb müssen Rußland und Deutschland zusammengehören.“

„Berliner Börsen-Kurier“:

„Der große Saal der Bockbrauerei in der Fridicinstraße war überfüllt. Durch alle Eingänge drängten sich Neugierige, die keinen Platz im Saale mehr fanden, an den offenen Fenstern bauten sie sich auf, wenigstens noch ein paar abgerissene Sätze aus den Vorträgen zu erhaschen. Das Publikum: zum größten Teil Arbeiter, aber auch nicht wenige Intellektuelle, unter diesen wieder eine große Anzahl Russen. Die Stimmung der Versammelten ist begeistert und erregt. Die Vorträge werden begleitet von lebhaften Akklamationen, Zwischenrufen und, wenn das Vorgetragene nicht gefällt, auch reichlichem Zischen.“

„In Rußland hat, so hörte man, der Arbeiter die Macht, und diese Macht entschädigt ihn für die noch zahlreichen Entbehrungen, die die drückende wirtschaftliche Lage ihm auferlegt, hieß es immer wieder. In Rußland habe der Arbeiter seine sozialen Forderungen voll durchgesetzt, den uneingeschränkten Achtstundentag, vierzehn Tage bis einen Monat Urlaub, „Paläste“ als Erholungsheime. Die russischen Führer erhalten nicht mehr als die bestentlohnten Arbeiter, der Präsident der ukrainischen Republik erhält 192 Rubel monatlich. (Zuruf: „Da hängt der „Vorwärts“ morgen ein paar Nullen an!“)

Zum Schluß eine Ueberraschung. Der pazifistische General Freiherr v. Schönaich, der ebenfalls erst kürzlich von einer Rußlandreise zurückgekehrt ist, bittet ums Wort. Er spricht „als Bauer, nicht als General“, wie er sagt, über die Lage der Bauern in Rußland. Rußland sei auf dem Wege zum intensiven Agrarbetrieb, der russische Bauer habe Willen und Intelligenz genug dazu. Deutschland müsse ihm mit seiner Technik zu Hilfe kommen. Die abschließenden Worte spricht der Führer der KPD., der ehemalige Präsidentschaftskandidat Thälmann. Er spricht nur eingestellt auf die Bedürfnisse der breiten Masse. Gesang der Internationale. Die Versammlung ist beendet.“

Unter der Ueberschrift: „Die Märchenerzähler sind da“ berichtet das gestrige „Volksblatt“:

In Berlin fand am Montag Berichterstattung der „ersten Arbeiterdelegation nach Rußland“ statt. Es handelte sich um eine reine Schaustellung. Was die sorgfältig ausgewählten und noch sorgfältiger gehütet in Rußland Reisenden zu berichten wußten, war eine vollkommen kritiklose Lobhudelei.“

Es ist typisch, daß die SPD.-Presse genau so wie der „Vorwärts“ von den dreißig sozialdemokratischen Arbeitern, die zum großen Teil namhafte Gewerkschafter sind, immer nur von angeblichen Mitgliedern der SPD. spricht. Kein SPD.-Blatt erwähnt auch nur mit einem Wort die Rede des bekannten Reichsbannerführers, des Generals von Schönaich. Der ist scheinbar der SPD. besonders auf die Nerven gefallen. Darum erwähnt man überhaupt nichts. „Dumme SPD.-Arbeiter“ kann man beschimpfen und ihre Berichte als lügen- und kritiklose Lobhudelei bezeichnen. Aber einen so prominenten General, den glaubt die SPD.-Presse durch Schweigen aus der Welt zu bringen.

Die „Leipziger Volkszeitung“, das linke SPD.-Organ, schreibt unter der Ueberschrift „Der neueste Schlager“:

„Die KPD. ist nach vielen Mißerfolgen entzückt. Sie hat wieder einen neuen Schlager. Das sind die Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland. Deutsche Arbeiter, angeblich auch Mitglieder der SPD., reisen nach Rußland, halten sich dort einige Wochen auf, lassen sich in den Betrieben herumführen, hören sich Vorträge an, und erzählen dann nach ihrer Rückkehr in Versammlungen ihre Erlebnisse. Man verschone uns mit solchen Erzählungen.“

Die Linken und die Rechten gleichen sich in der „Berichterstattung“ über den Bericht der Delegation aus Rußland vollkommen. Beide sprechen zynisch von den angeblich sozialdemokratischen Arbeitern, beide verschweigen das Referat des Reichsbannerführers von Schönaich.

Aber aus jeder Zeile, die die SPD.-Blätter über dieses Thema schreiben, merkt man, wie ungeheuer peinlich ihnen jedes Wort ist und wie sie am liebsten alles totschweigen würden, wenn das ginge.

Die Ueberschüsse der deutschen Dawes-Eisenbahn

Die deutsche Reichsbahn hat vor kurzen einen Bericht über ihre Geschäftsergebnisse in den letzten Monaten veröffentlicht. Der Bericht reicht in seinem Zahlenmaterial zwar nur bis zum 1. Juni, läßt aber doch einigermaßen die Geschäftsverhältnisse des Betriebes erkennen. Die ordentlichen Ausgaben der Reichsbahn betrugen im März 308 Millionen Goldmark, im April 296 Millionen, im Mai 290 Millionen Goldmark. Von diesen ordentlichen Ausgaben betragen die persönlichen Ausgaben, also für Löhne und Gehälter, monatlich im Durchschnitt ungefähr 200 Millionen Goldmark, der Rest sind sachliche Ausgaben; Reparaturen Materialanschaffungen usw. Dazu kommen noch außerordentliche Ausgaben. Diese beliefen sich im März auf 26 Millionen, im April auf 23 Millionen und im Mai auf 25 Millionen. Wir stellen nun der Gesamtsumme der Ausgaben die Einnahmen in den drei genannten Monaten gegenüber.

	März:	April:	Mai:
Einnahmen:	360 Millionen	389 Millionen	390 Millionen
Ausgaben:	334 Millionen	319 Millionen	315 Millionen
Ueberschuß:	26 Millionen	70 Millionen	75 Millionen

Der amtliche Bericht der Reichsbahn erklärt, daß die Lage im März unnormal gewesen sei, der Betrieb wäre in diesem Monat „nicht unbedeutenden Störungen durch Teilstreiks und ungünstige Witterungsverhältnisse ausgesetzt gewesen.“ Die folgenden Normalmonate zeigen jedoch einen ziemlich ständigen Ueberschuß von 70 Millionen und darüber. Gegenüber den Lohnforderungen der Eisenbahner behauptet nun die Reichsbahngesellschaft, daß sie die Ueberschüsse zur Reparationszahlung braucht. Es ist richtig, daß die Reparationsbelastung der Eisenbahn vielleicht die schwerste Last ist, die der Dawes-Plan der deutschen Wirtschaft auferlegt. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß diese Last von den Eisenbahnern allein getragen werden muß. Der Dawes-Plan untersagt es durchaus nicht, daß die Eisenbahn unter schwierigen Umständen durch Zuschüsse aus der Reichskasse gestützt wird.

In der Reichskasse wäre für diesen Zweck Geld genug. Der Reichsfinanzminister von Schlieben mußte im August im Reichstag zugeben, daß er einen Kassenbestand von 800 Millionen Goldmark hat. Inzwischen ist dieser Kassenbestand noch gewachsen. Die Reichsbahn soll sich gefälligst an Herrn von Schlieben wenden und den Arbeitern und Beamten die so bitter notwendigen Lohnzulagen nicht verweigern.

Zur Lohnbewegung der Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands

Wie schon vorauszusehen war, haben die am 26. August in Magdeburg stattgefundenen Lohnverhandlungen für die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands kein Resultat gezeitigt. Trotzdem alle Gemeindearbeiter Deutschlands einen einheitlichen Manteltarifvertrag (RMT.) haben, der es nicht mehr zuläßt, daß in diesem oder jenem Bezirk bessere Arbeitsbedingungen bestehen, kommen die Löhne in Mitteldeutschland bei weitem nicht an die Löhne der anderen Bezirke heran. Die Löhne der Großstädte Halle, Magdeburg, Erfurt können keinen Vergleich aushalten mit den Löhnen gleichwertiger und gleichteurer Städte, wie die nachfolgende Statistik nachweist.

	Handwerker	Ungelernte	Frauenlohn
Halle	65	49	31
Magdeburg . .	65	49	31
Erfurt	65	49	31
Hannover . . .	78	64	50
Leipzig	80	65	48
Stuttgart . . .	95	70	58
Köln	93	80	68
Hamburg . . .	85	72	55
Kiel	78	64	50
Nürnberg . . .	92	74	53
München . . .	92	74	53

Durch die Statistik ist der Nachweis erbracht, daß die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands bis zu 30 Pf. pro Stunde weniger erhalten wie die gleichwertigen Gemeindearbeiter anderwärts.

Auf Grund dieser zwingenden Verhältnisse hatte dann auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband eine Mindestforderung von 20 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde unterbreitet. Dabei ist noch zu beachten, daß die Gemeindearbeiter in anderen Städten die höheren Löhne schon seit Monaten haben, wohingegen die hiesigen Gemeindearbeiter die Forderung von 20 Pf. erst ab 1. September aufgestellt haben.

Trotz dieser bescheidenen Forderung wollte der Arbeitgeberverband in eine Verhandlung nicht eher eintreten und den Gemeindearbeitern kein Gegenangebot machen, bevor sie nicht von ihrer Forderung herabgegangen seien.

Ein Herabgehen von dieser Mindestforderung war für die Arbeiterschaft undiskutabel und so wurden dann am Mittwoch in später Abendstunde die Verhandlungen vertagt.

Am Donnerstag und Freitag hat sich dann sogar der Provinzial-Städtetag bewogen gefühlt, gegen die antisoziale Lohnpolitik des Arbeitgeberverbandes Stellung zu nehmen. Viele Stadtgemeinden sind der Meinung, daß man die rigorose Politik des Syndikus Feuerherdt nicht mehr mitmachen kann, und daß man aus diesem reaktionären Arbeitgeberverband austreten müsse.

Am Sonnabend, dem 29. August, haben noch einmal Verhandlungen über die Erhöhung der Gemeindearbeiterlöhne in Quedlinburg während der Tagung des Städtetages stattgefunden.

Auch hier waren die Arbeitgeber nicht zu bewegen, den Gemeindearbeitern auf ihre Forderung ein Gegenangebot zu machen, so daß in den Nachmittagsstunden die Bezirksschiedsstelle für das Tarifgebiet in Tätigkeit treten mußte.

Nach stundenlangen Verhandlungen wurde dann von dem Schiedsgericht gegen die Stimmen der Arbeiter folgender Schiedsspruch gefällt:

1. „Der Spitzenlohn der Gemeindearbeiter wird mit Wirkung ab 1. September bis zum 31. Oktober um 10 Prozent erhöht.
2. Das Spannenverhältnis des Bezirkslohntarifs bleibt bestehen.“

In Auswirkung dieses Schiedsspruches würden dann die Löhne folgende Erhöhung bekommen:

	(Männliche)					(Weibliche)			
Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
alter Lohn	65	62	55	52	49	44	36	33	31
Erhöhung	7	7	6	6	5	4	4	3	4
Neuer Lohn	72	69	61	58	54	48	40	36	35

Eine solche ungenügende Erhöhung der Löhne in dieser Zeit und bei den Existenzmöglichkeiten ist für die Gewerkschafter vollständig undiskutabel, weswegen dann auch der Schiedsspruch abgelehnt werden wird.

Der Zentralausschuß in Berlin wird nun noch einmal zu diesem ungenügenden Schiedsspruch Stellung zu nehmen haben. Die Arbeiterschaft erwartet, daß der Zentralausschuß mehr Verständnis der mitteldeutschen Lohnlage entgegenbringt.

Die Gemeindearbeiterschaft Mitteldeutschlands wird aber aus solchen Handlungen des Arbeitgeberverbandes die Konsequenzen ziehen müssen.

Der Zustrom zu den Gewerkschaften hat schon seit mehreren Monaten in verstärktem Maße zugenommen; es ist jetzt Aufgabe der letzten Beschäftigten, sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen, um durch die Einheitsfront aller Beschäftigten in den Gemeindebetrieben und Verwaltungen den Kampf gegen den unsozialen und reaktionären mitteldeutschen Arbeitgeberverband aufzunehmen.

Streiflichter von der Leipziger Messe

Auch die diesjährige Herbstmustermesse bringt für die Stadt Leipzig einen Verkehr mit sich, der für den Uneingeweihten als nicht zu übertreffen angesehen wird. Dem regelmäßigen Meßbesucher bleibt die Tatsache jedoch nicht verborgen, daß die kapitalistische Wirtschaft im internationalen Maßstabe sich in einer Krise befindet, die nicht mehr als akut, sondern als chronisch anzusehen ist. Wenn der Verkehr in der inneren Stadt auch ein sehr lebhafter ist, so ist er doch nicht mit dem der vorjährigen Messen, und vor allem nicht mit dem Meßverkehr der Vorkriegszeit zu vergleichen. Wenn die amtlichen Zahlen über den Verlauf und den Besuch der Messe objektiv sind, dann werden sie diese Tatsache registrieren müssen.

Das Hauptinteresse dürfte, wie bei allen anderen Messen, die technische Mustermesse, deren Hauptaufstellungsplan an sich am Völkerschlachtsdenkmal befindet, in Anspruch nehmen. Die riesigen Meßhallen wurden am Sonntag von einer ungeheuren Menschenmenge durchflutet. Die Mehrzahl der Besucher dürfte sich allerdings aus Neugierigen rekrutieren. Einzelne Hallen weisen leere Ausstellungskojen auf, während im Gegensatz hierzu, zum Beispiel in den Vorkriegsjahren, das Meßamt nicht genügend Raum aufbringen konnte, um die vielen in- und ausländischen Aussteller unterzubringen. Für den Arbeiter dürfte die Besichtigung der Maschinenbauhalle von Interesse sein. Hier sind die modernsten Maschinen aufgestellt und im Betrieb zu besichtigen. Die moderne Maschinentechnik schreitet mit Riesenschritten vorwärts, trotz aller Krisen der kranken Weltwirtschaft. Die Maschine macht den Unternehmer mühelos reich und den Arbeiter brotlos. Jeder Prospekt, jedes Plakat und jede andere Reklame in dieser Halle ruft dem Unternehmer direkt oder indirekt zu: „Kaufe diese Maschine, sie ersetzt Dir viele Arbeiter, die Lohn fordern.“ Wir greifen aus dem Wirrwarr dieser raffinierten Ausbeutungsmethode wahllos nur einen einzigen Fall heraus. An einer Holzbearbeitungsmaschine, die zur Fabrikation von Feilenheften bestimmt ist, ist ein Schild angebracht, aus dem hervorgeht, daß die Maschine in einer Minute zehn Feilenhefte fertigstellt. Ein Feilenheft kostet zurzeit in den Eisenhandlungen durchweg 15 bis 25 Pf. Der Materialpreis wird sich im höchsten Falle auf 2 Pf. belaufen. Dieses kleine Beispiel charakterisiert treffend die Profitgier der Unternehmer, denn niemand wird glauben, daß der Fabrikant die Preise für seinen Artikel herabsetzt, obwohl sich die Herstellungskosten durch Anschaffung moderner Maschinen wesentlich reduzieren. Aehnliche unwiderlegliche Rechenexempel könnte man in jeder Ausstellungskoje anstellen. Der Zweck dieser modernen Maschinentechnik ist nicht etwa der Allgemeinheit zu dienen, sondern vielmehr der, den Profit der Unternehmer zu erhöhen und sich so viel wie möglich unabhängig von menschlicher Arbeitskraft zu machen. Warum auch nicht, so eine Maschine arbeitet ja weit billiger als ein Arbeiter. Ein wenig Elektrizität, eben so wenig Oel genügen, um eine Maschine stundenlang, ohne Unterbrechung arbeiten zu lassen, während ein Arbeiter sich doch einmal ausruhen muß und, obgleich er nicht den zehnten Teil, oft nicht den hundersten von dem einer Maschine schafft, einen wesentlich höheren Lohn beansprucht, als die Betriebskosten einer Maschine sind. Am Eingang der Halle steht eine riesengroße Eisenschere, die Vierkanteisen von einer Stärke bis zu 250 Millimeter mit Leichtigkeit zerschneidet. Dem Marxisten drängt sich immer wieder die Frage auf, wann wohl die Zeit kommen mag, wo diese Maschinen demjenigen dienen, von dem sie erschaffen wurden, dem Proletarier.

Vom rechten Seitenflügel der großen Kuppelhalle, weithin sichtbar, wehen zwei rote Fahnen herab. Ein darunter angebrachtes großes Schild besagt, daß hier die Ausstellungshalle der Union der russischen Sowjet-Republiken ist. Am Eingang zu diesem Flügel steht aus Holz gearbeitet in großen Ausmaßen das Wahrzeichen des ersten Arbeiterstaates, Hammer und Sichel. Der Eingang zur Halle ist in roter Farbe gehalten.

In der Hauptsache sind Pelzwaren ausgestellt. Auch kaukasische Edelhölzer nehmen einen Teil der Ausstellung ein. Außerdem sind russische Lebensmittel, Erze, Schuhwaren, Literatur, Lebensmittel und viele andere Erzeugnisse zu sehen. In dieser Halle herrscht ein recht lebhafter Verkehr.

Schon am Sonntag hörte man viele Aussteller über den schlechten Geschäftsgang klangen, und es ist nicht anzunehmen, daß sich dieser im Laufe der Woche noch wesentlich bessern wird. Der in den verschiedenen Hallen oft enorme Verkehr kann die Tatsache nicht verbergen, daß auch diese Messe ein Spiegelbild des Niederganges der kapitalistischen Wirtschaftordnung ist.

T—z.

Hat das Alter der politischen Führer Einfluß auf die Bewegung?

(Arbeiterkorrespondenz)

Man hört oft in Diskussionen mit Anhängern der bürgerlichen Parteien diese, auf ihre Führer hinweisend, sagen: „Wir haben fast ausschließlich alte und erfahrene Männer an unserer Spitze, was bei der KPD. in nur geringem Maße der Fall ist.“ Das geben wir ohne weiteres zu; denn wir sehen und spüren es, daß diese alten Führer ihre Erfahrung zum Schaden (Aufwertung, Steuerraub und Zollgesetze) der breiten Massen anwenden, um ihrer Klasse soviel wie irgend möglich materielle Gewinne zuzuschanzen. Aber nicht nur im Parlament beobachten wir das „uneigennützige“ Treiben der „alten erfahrenen“ Führer, sondern in allem, was auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet liegt. Es ist noch nicht allzu lange her, daß ich einen Artikel über den Staatsgerichtshof, von der Feder eines bürgerlichen Schmoks, las. Darin stand wörtlich: „... und dann setzt sich der Gerichtshof nur aus alten, auf rechtspolitischem Gebiet erfahrenen Männern zusammen, welche sich schon lange zu einer abgeklärten Weltanschauung durchgerungen haben.“ Vergleicht man mit diesen Worten die Urteile des Staatsgerichtshofes, die hauptsächlich gegen Kommunisten gefällt werden, so hat man für derartigen Quatsch im höchsten Falle doch nur ein Kopfschütteln übrig. Der „Tscheka“-Prozeß, besonders seine Durchführung hat ein schlagendes Licht auf die Abgeklärtheit der Gesinnungen der Niedner und Co. geworfen. Und wie dieser, so sind fast alle Prozesse vor diesem Gerichtshof ein Hohn auf die Lebensinteressen des Proletariats. Mit der Maske der abgeklärten Gesinnung verdeckt man die heuchlerische Fratze der krassesten Rechtsbeugung. Man kann ja seine Gesinnungen danach wieder abklären, z. B. in Lauchstädt im „Goethe-Theater“. Jeder Proletarier und jeder, der in der proletarischen Bewegung steht, kennt die Objektivität und die abgeklärte Gesinnung der Bourgeoisie. Wir brauchen also nicht an dieser Stelle leeres Stroh zu dreschen und kehren zum Anfang unserer Betrachtung zurück. Der KPD. mangelt es an alten Führern. Schrecklich. Untersuchen wir doch zunächst, ob denn wirklich die Führertugenden der „Alten“ so groß sind, daß sie für unsere Bewegung und vor allem für unseren Kampf unentbehrlich sind. Jeder denkende Mensch wird bestätigen, daß im Alter der Eifer und die schnelle Entschlußkraft des Menschen nachläßt. Es gibt hier natürlich, wie überall, rühmliche Ausnahmen (Lenin). Aber umzustoßen ist diese Tatsache nicht. Alte Menschen, plötzlich vor eine wichtige Entscheidung gestellt, werden immer bedenklich sein. Und welch ungeheure Verluste können gerade durch kurzes Zögern in solchen Fällen eintreten. Hier wird ein Jüngerer, der mit schnellem, klarem Blick die Situation überschaut, und dem es viel weniger an Eifer gebricht als dem „Alten“, viel eher am Platze sein. In unserer Bewegung, die aller Wahrscheinlichkeit doch einmal zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse hindrängt, müssen Führer stehen, die im gegebenen Moment durch Eifer und Entschlußkraft das ersetzen, was ihnen an sogenannter „Erfahrung“ abgeht. Wir wissen aus der Geschichte, daß alte, tüchtige Männer durch kurzes Zögern und Bedenken oft um den Erfolg ihres Sieges gebracht wurden; indem die Gegner diese kurze Zeit zum Gegenschlage ausnützend ausholte. Also nicht nur alte, erfahrene Führer sind die Voraussetzung des Sieges, sondern jugendliche Entschlußkraft, zäher Eifer und schnelles Handeln.

K. Sch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0002
DFG

Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale

an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD.

An die Partei! An die Arbeiterschaft!

Genossen!

Wir veröffentlichen heute den Offenen Brief der Exekutive der Komintern, der Delegation und des ZK. der KPD. an die deutsche Parteimitgliedschaft. Wir fordern jeden Parteigenossen auf, diesen Brief in allem Ernst und mit dem vollen Gefühl seiner Verantwortlichkeit zu lesen.

Die Beschlüsse der Exekutive sind von größter Tragweite für die Zukunft der Partei. Die Kommunistische Internationale kritisiert mit bolschewistischer Offenheit die Fehler der bisher leitenden Gruppe unserer Parteiführung. Die Delegation der KPD. hat nach ausführlichen, tagelangen Beratungen mit der Exekutive diesen Beschlüssen sowie dem heute veröffentlichten Brief einstimmig und ohne jeden Vorbehalt zugestimmt. Das Zentralkomitee der KPD. hat ihn in seiner Plenarsitzung gleichfalls vorbehaltlos angenommen.

Die Partei muß nicht nur ihre Fehler bis zu Ende aufdecken und ausmerzen, sondern sie muß daraus zugleich die Konsequenzen, die Lehren für ihre künftige Politik ziehen. Sie muß dies einheitlich und geschlossen, ohne Schwankungen und falsche Rücksichten, tun. Dann hat sie Garantie, daß ihre politische Umstellung ohne jeden Schaden für die Erfüllung ihrer großen praktischen Aufgaben, ohne jede Gefahr einer „Parteikrise" erfolgen wird.

Die Feinde des Leninismus in allen Lagern werden in Triumphgeschrei ausbrechen. Sie werden zum tausendsten Male den Kommunismus totsagen. Das wird uns keinen Augenblick verwirren. Jeder Grabspruch der Feinde muß ein neuer Kampfruf für die Kommunisten sein.

Keine Partei der Welt vermag so offen vor allen Werktätigen ihre eigenen Fehler bloßzulegen wie die Partei der Kommunisten. Wir verstecken unsere Blöße nicht in Geheimkabinetts wie die sozialdemokratischen Führer, nicht in Kommissionssitzungen wie die Zweite Internationale.

Wir scheuen weder die Selbstkritik noch die Kritik der Arbeiterklasse, denn wir sind Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut der Arbeiterklasse.

Wir sagen klar und deutlich: Nicht um Personen handelt es sich, sondern um die Sache der Partei und der Revolution, wenn wir aus eigenen Kräften, unter Führung der Kommunistischen Internationale die Abweichungen von der Linie des Bolschewismus richtigstellen.

Die Partei muß brechen, endgültig brechen mit einem System, das uns von den großen Massen des Proletariats getrennt und bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Wir sprechen offen aus, daß wir in dieser Beziehung unsern politischen Kurs ändern. Mögen unsere Gegner hoffen, mögen sogar einige Stimmen in unseren eigenen Reihen behaupten, die Partei vollziehe eine Aenderung „nach rechts", zum „Opportunismus", die Feinde werden am eigenen Leibe das Gegenteil spüren und alle ehrlichen Parteimitglieder werden sich in der Praxis vom Gegenteil überzeugen.

Die KPD. ändert ihre Linie nicht nach rechts, sondern in der Richtung zum Bolschewismus — neben dem es, außer hohlen Phrasen, keine „linkere" Politik geben kann.

Die KPD. ändert ihre Linie, indem sie sich noch stärker, entschlossener und bewußter als bisher auf die proletarischen Massen, auf die Millionen nichtkommunistischer, parteiloser, sozialdemokratischer, freigewerkschaftlicher Arbeiter orientiert. — Sie rufen wir auf, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen.

Unter dieser Losung: Mit ganzer Kraft vorwärts!
Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der Kommunistischen Internationale.

Der Text des Briefes der Exekutive.

Liebe Parteigenossen!

Schon während der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive — März-April 1925 — und kurz danach haben wir zusammen mit der Vertretung der Kommunistischen Partei Deutschlands ausführlich die Fragen besprochen, in denen unserer Meinung nach die größten Mängel der Parteiarbeit zum Ausdruck gekommen sind. Die wichtigste Frage — die Frage der deutschen Partei — war damals und ist auch jetzt — das Problem der Steigerung der Werbekraft unserer Partei, das Problem der Eroberung der Massen und besonders der Massen des sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Von diesem Standpunkt aus haben wir unsere allgemein-politische Linie bestimmt, von diesem Standpunkt aus haben wir die anderen Fragen betrachtet. Dazu gehören u. a. folgende Aufgaben: die Arbeit in den Gewerkschaften; die Ueberzeugung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft (Fragen der Propaganda, „andere Töne" usw.; „Normalisierung" des Parteilebens, innere Parteidemokratie, Ausnutzung der ehemaligen Opposition, Diskussionsfreiheit, Wählbarkeit der Parteifunktionäre, Heranziehung neuer führender Kräfte usw.), was für uns auch als Voraussetzung des richtigen Verhältnisses zu den außerparteilichen Massen gilt; **die Liquidation des versteckten Kampfes gegen die Internationale** (Liquidierung der Praxis der sogenannten selbständigen Emissare in anderen Parteien, ehrliche Durchführung der wirklich bolschewistischen Linie).

Vor dem Parteitage haben die Vertreter der Exekutive noch einmal mit der Vertretung der deutschen Partei verhandelt, zwar nicht vollkommen offiziell, das war auf Wunsch der deutschen Vertretung

In diesen Verhandlungen wurden die drei wichtigsten Fragenkomplexe besprochen.

Erstens: Die Exekutive hat darauf hingewiesen, daß bei der führenden Gruppe Ruth Fischer—Maslow einige rechte Abweichungen vorhanden sind, eine zu parlamentarische Einstellung usw.

Zweitens: Man hat beschlossen, eine **wirkliche Wendung in der Gewerkschaftsfrage** zu machen und demonstrativ auf dem Parteitag eine starke, arbeitsfähige Gewerkschaftsabteilung zu wählen, bzw. den entsprechenden Auftrag der neuen Parteizentrale zu geben.

Drittens bestanden die Vertreter der Exekutive darauf, daß in die Zentrale neue führende Arbeitskräfte, insbesondere mit der Gewerkschaftsarbeit vertraute Genossen, darunter auch einige oppositionelle Genossen, zu wählen sind. Nicht deswegen, um die Partei nach „rechts" zu schleppen, wie es bewußt falsch behauptet wird, sondern um ein n Zutritt zu den schwankenden Mitgliedern der Partei zu verschaffen.

Ueber die Zusammensetzung der Parteizentrale hat die Exekutive dreimal nachträglich Anfragen erhalten und dreimal ihre Ratschläge bestätigt.

Auf dem Parteitage selbst wurden diese Beschlüsse größtenteils nicht durchgeführt. Die Gruppe der Genossin Ruth Fischer hat nicht nur die Beschlüsse sabotiert, sondern auch eine derartige Behandlung der Delegation der Exekutive hervorgerufen, daß die letztere gezwungen wurde, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Am Schlusse des Parteitages wurde ein Bündnisangebot der Gruppe Scholem—Rosenberg gegen die Exekutive stillschweigend angenommen, was prinzipienlos war, da politisch der Parteitag im Geiste des Kampfes gegen die Ultralinke geführt worden war. Analog damit wurde ein Konflikt mit der Vertretung der Jugendinternationale hervorgerufen und die internationale Jugendkonferenz, an der die Vertreter von 13 Ländern teilnahmen, hat offiziell dagegen Stellung genommen und die entsprechende Appellation an die Exekutive gerichtet.

Damit wurde eine schwere Krise geschaffen. Die erste Delegation, die zu uns kam mit der Direktive, die Desavouierung der EKKI.-Delegation zu fördern, mußte nach heftiger Diskussion anerkennen, daß die Exekutive recht hat Die gelaurte Delegation hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Kritik seitens der EKKI. für richtig hält, das Auftreten der EKKI.-Delegation für richtig hält und die politische Linie der Jugendvertretung, sowie auch die der Internationalen Jugendkonferenz, unterstützt.

Inzwischen wurde — auf Wunsch der deutschen Delegation — beschlossen, die größere Vertretung kommen zu lassen. Mit allen möglichen Mitteln verzögerte Genossin Fischer deren Ankunft.

Die zweite Delegation teilte sich in zwei Gruppen. Die Genossin Ruth Fischer kämpfte zuerst gegen die Kritik der EKKI., aber nach langer Diskussion in der Kommission des EKKI., in der die Vertreter aller wichtigen Parteien vorhanden waren, hat auch sie eine Erklärung abgegeben, in der sie die Richtigkeit der Kritik des EKKI. anerkennt.

Dies ist kurz der Tatbestand Wir wollen aber einige Erläuterungen dazu bringen, um den deutschen Genossen den Standpunkt der KI. klarzumachen.

1. Allgemeine Lage.

Die weltpolitische Situation kann man als sehr kritisch betrachten. Trotz der relativen Stabilisierung in Mitteleuropa stehen die wichtigsten Widersprüche des modernen Kapitalismus unter dem Zeichen der größten Spannung. Das stürmische Wachstum der Sowjet-Union und der Niedergang in England, die Erfolge der internationalen roten Einheitsfront (englisch-russischer Gewerkschaftsblock und der Kampf um die Einheit; die deutschen und anderer Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland; die Arbeiter- und Bauern-Kongresse in Frankreich; die Revolutionierung der englischen Arbeiterbewegung überhaupt usw.), sowie auch die unerhörte Verschärfung der kolonialen und halbkolonialen Freiheitskämpfe (Marokko, Syrien, besonders aber China); andererseits die Konzentration der imperialistischen Kräfte gegen die Sowjet-Union (der militärisch-diplomatische „Ring" um Moskau; Hetze in der bürgerlichen Presse; englische Politik und der Garantiepakt; Kriegs- und Blockade-Vorbereitungen; das Auftreten von Kautsky und der sozialdemokratischen Presse usw.) — alles das sind die Symptome der allgemeinen Verschärfung der Lage

Als sehr wichtige Erscheinung in diesem Komplex ist die Neu-Orientierung Deutschlands nach Westen zu bezeichnen. Diese Orientierung schafft eine andere allgemeine Stimmung im Volke und teilweise findet sie auch ihre Widerspiegelung in den am wenigsten klassenbewußten Teilen des Proletariats.

Damit sind in der deutschen Arbeiterschaft zwei Prozesse zu bemerken: erstens, neue Welle der Sympathie zur Sowjet-Union; die sozialdemokratischen Arbeiter beginnen sich zum Kommunismus zu entwickeln, zwar nicht direkt zur Kommunistischen Partei, sondern auf Umwegen und in neuartiger Weise, die die Partei einzuschätzen lernen soll. Das typische Beispiel sind die Arbeiterdelegationen.

Andererseits ist in gewissen — wenn auch kleinen — korrumpierten Teilen der Arbeiterschaft ein Wachstum der sogenannten „antimoskowitischen" Tendenzen zu verzeichnen, die der Ausdruck der neuen Orientierung der Bourgeoisie sind. Dieser Prozeß ist teilweise auch in der KPD. vorhanden. Die sogenannte ultralinke Tendenz ist manchmal nur ein Deckmantel für die sozialdemokratischen, reformistischen, „levitischen" Stimmungen, die sich in einen direkten Verrat an der internationalen Arbeiterklasse zu verwandeln drohen. Diese beiden Prozesse sind internationaler Natur und deswegen besonders wichtig.

Zweifellos bestanden eine Reihe erschwerender Umstände, als die Linke die Parteiführung übernahm: Oktoberniederlage, sechs Monate Illegalität, Macdonald-Regierung, Linkswahlen in Frankreich, Dawes-Gutachten und die daraus folgenden reformistischen Illusionen in breiten Arbeiterschichten. Trotzdem wären die bis zu einem gewissen Grade unvermeidlichen Verluste der Partei nicht so stark gewesen, wenn die Führerschaft der Partei nicht die erwähnten schweren Fehler begangen hätte.

Trotzdem müssen wir hier konstatieren, daß die erwähnte Führergruppe der Parteizentrale keineswegs gewußt hat, richtig auf die neuen Prozesse in der Arbeiterschaft zu reagieren. Bei einer keineswegs schlechten Allgemeinlage bleibt die Zahl der Parteimitglieder bestenfalls stabil; ernster Rückgang in den Gewerkschaften: starke Verluste bei den politischen Wahlen; ungenügende Entwicklung der Werbekraft der Partei, trotz der scheinbaren Einheit, die keineswegs eine bolschewistische Einheit ist — dazu ist man jetzt gekommen. Die Parteiführung wußte nicht, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zu gewinnen.

Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow verstand nicht, energisch gegen die „ultra-linken", in Wirklichkeit aber antikommunistischen Tendenzen zu kämpfen und unterstützte sogar diese Tendenzen, indem sie eine höchst zweideutige Rolle in den internationalen Fragen spielte.

2. Die Gewerkschaftsarbeit, die Komintern und die führenden Gruppen der Parteizentrale.

Diese Mängel der Führung kamen in der Frage der Gewerkschaften besonders kraß zum Ausdruck. Bereits auf dem Frankfurter Parteitag (1924), auf dem der Sieg der deutschen Linken über den Brandlerismus entschieden wurde, entstanden starke Differenzen zwischen der Exekutive und der neuen deutschen Parteileitung in der Gewerkschaftsfrage. Die führende Gruppe Maslow-Ruth Fischer wandte sich zwar gegen die gröbsten Vorstöße der ultralinken Regierer der Arbeit in den reformistischen Verbänden, aber sie bewiesen durch die Halbheit der Beschlüsse (z. B. in der Frage der unabhängigen Verbände), daß sie den eigentlichen Kern und die ganze Größe des Problems unserer Gewerkschaftsarbeit nicht begriffen haben. Dieses Unverständnis für die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit hatte praktisch monatelang eine mangelhafte Durchführung der Beschlüsse der Komintern durch die Gruppe Maslow-Ruth Fischer zur Folge. Ein vertrauliches Telegramm der Exekutive nach dem Frankfurter Parteitag wurde in einem Zirkular an alle Bezirksekretäre gesandt, um sie zum Protest gegen die Exekutive aufzureizen; die gewerkschaftsfeindliche Propaganda in den Reihen der Partei wurde bis zum 5. Weltkongreß nicht genügend bekämpft

Der 5 Weltkongreß stellte zum ersten Male die Losung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf die Tagesordnung. Er betrachtete diese neue Losung als Grundelement unserer gesamten bolschewistischen Strategie, deren nächstes Ziel die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist. In diesem Zusammenhang analysierte der 5. Kongreß die Mac Donald-Regierung als das, was sie war: als die, wenn auch falsche reformistische — Widerspiegelung eines tiefen, historischen Entwicklungsprozesses der englischen Arbeiterklasse

Die deutsche Delegation unter Führung Ruth Fischers bekämpfte auf dem 5. Weltkongreß zunächst den Vorschlag der Exekutive. Dabei wurde der versteckte Anwurf erhoben, der Kampf um die internationale Gewerkschaftseinheit sei nur ein „Schachzug der russischen Außenpolitik", der Versuch einer Annäherung an die sozialdemokratische Mac Donald-Regierung

Erst nach langen Verhandlungen ließ sich die Delegation von der Haltlosigkeit ihrer Politik überzeugen. Die Beschuldigung, der Kampf um die Gewerkschaftseinheit beruhe auf einem diplomatischen Spiel der russischen Außenpolitik, läßt sich nur aus einer im Grunde antibolschewistischen, sozialdemokratischen Mentalität der führenden Gruppe erklären. Die gleiche Beschuldigung wurde von Mac Donald selbst, sowie von allen englischen und internationalen Sozialverrätern erhoben, um den Kampf um die Gewerkschaftseinheit zu diskreditieren.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Bestandteil der bolschewistischen Strategie gegenüber der Mehrheit der internationalen Arbeiterklasse. Wer sie nicht begriffen hat, konnte und kann die gesamte weltpolitische Konstellation der Gegenwart nicht richtig einschätzen und noch weniger die Taktik der Komintern im eigenen Lande mit ganzer Kraft durchführen.

Der Verständnislosigkeit der führenden Gruppe gegenüber der internationalen Gewerkschaftskampagne entsprachen die schweren Fehler und Versäumnisse ihrer Gewerkschaftsarbeit in Deutschland selbst.

Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses in der Gewerkschaftsfrage wurden allzusehr auf dem Wege des mechanischen Drucks und der Androhung von organisatorischen Maßnahmen „durchgeführt".

Dagegen war die wirkliche Aufklärungsarbeit, die ideologische Erziehung der Parteimitglieder zum Verständnis unserer Gewerkschaftspolitik, die Ausarbeitung einer positiven politischen Linie innerhalb des ADGB. äußerst mangelhaft.

So verstärkten sich die schweren Verluste, die unsere Partei im letzten Jahre auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit erlitt. Während die Opposition auf dem letzten ADGB.-Kongreß (1922) 88 Delegierte zählte, ist sie auf dem diesjährigen Kongreß nur durch 2 Delegierte vertreten. Wir haben eine Reihe von Zahlstellen und Ortskartellen verloren. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ideologisch und vor allem organisatorisch ist unser Einfluß auf die mehr als 80 Prozent parteilosen Mitglieder der deutschen freien Gewerkschaften aufs stärkste zurückgegangen. Obwohl eine Reihe von objektiven Umständen (die veränderte politische Lage, die Massenausschüsse, die reaktionären Statuten und Wahlbestimmungen der Gewerkschaften) gleichfalls zu den Ursachen unserer Verluste gehören, spielen die Fehler und Versäumnisse der führenden Gruppe der Parteileitung eine entscheidende Rolle dabei.

Die Fehler unserer Gewerkschaftsarbeit bestehen vor allem in dem Unvermögen, die uns günstigen Stimmungen und Strömungen breiter Arbeiterschichten politisch-organisatorisch zu erfassen und festzuhalten. Seit einigen Monaten zeigt sich das langsame Wiedererwachen der politischen Aktivität großer Teile der deutschen Arbeiterschaft (Bauarbeiterstreik und andere Lohnkämpfe in den verschiedensten Industriezweigen, Holzarbeiterkampf, machtvolle Demonstrationen in vielen Großstädten, erfolgreiche Rote Tage usw. usw.). Die Parteileitung verstand es nicht, auf diese neuen Erscheinungen zu reagieren, vor allem nicht, sie für unsere Gewerkschaftsarbeit auszuwerten.

Wir erwähnten schon, daß die Gruppe der Genossin Ruth Fischer die frühere Gewerkschaftsabteilung der Zentrale in leichtfertiger Weise auflöste. Die ausdrückliche Zusage des Vertreters der Zentrale, auf dem 10. Parteitag die erneute Bildung einer starken Gewerkschaftsabteilung vorzuschlagen, wurde nicht eingehalten. Für dieses Versäumnis lassen sich nur zwei Erklärungen finden: entweder die führende Gruppe hat vergessen, den Beschluß der Komintern durchzuführen, oder sie wollte ihn nicht durchführen. Im ersten Falle hat sie nicht weniger als eine der wichtigsten organisatorisch-politischen Parteiaufgaben vergessen, im zweiten Falle hat sie den Willen der Kommunistischen Internationale sabotiert. In beiden Fällen hat sie vor der Partei und der Internationale eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Einer der Gründe für das Verlagen der führenden Genossen dieser Gruppe in der Gewerkschaftsfrage ist der Mangel an Glauben an die politische Kraft und Aktivität der Massen sowohl der eigenen Parteimitglieder als auch der gesamten Arbeiterklasse. Dieser Pessimismus, der alles anderes als Bolschewismus ist, einiger führender Genossen kommt beispielsweise in folgenden Ausführungen zum Ausdruck:

„Wenn man absieht von den Spitzenfunktionären und sich die Mühe nimmt, hinunterzusteigen in die Mitgliedschaft, wird man sehen, daß unsere Proleten im Betrieb sich unsicher fühlen in der Verteidigung der Kommunistischen Partei. Sie fühlen sich nicht als die Sieger der Zukunft, sondern als die Traditionsleute, die dabei sind, weil es anständig ist." (Rede der Genossin Ruth Fischer auf dem Zentralausschuß vom 9./10. Mai 1925, vergl Protokoll in der Broschüre „Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD.", Seite 55.)

Wir sind fest überzeugt, daß diese Aeußerungen eine Geringschätzung der Kommunistischen Partei Deutschlands sind, die trotz aller Mängel ihrer Spitze zu den gesündesten, besten proletarischen Sektionen der Komintern gehört.

Noch krasser ist der Hinweis in der Rede Ruth Fischers (in der deutschen Kommission des Präsidiums), „daß die Massen aus dem Alltag stehen, Soldaten spielen":

„Ich glaube, daß die Ursache der Schwierigkeiten aus zwei Hauptquellen kommt, die aber im Zusammenhang miteinander stehen. Erstens aus einer versteckten Liquidatorenstimmung tief in der Masse der Mitgliedschaft, die sagt: Wir haben keinen Sieg errungen, wozu sollen wir uns plagen, eine Kommunistische Partei aufzubauen. Wir können ebenso gut Klassenkampf in der Sozialdemokratie machen. Als Beispiel, als Beweis dafür gilt, daß unsere Parteigenossen mit geradezu leidenschaftlicher Begeisterung Demonstrationen und Roten Frontkämpferbund machen. Warum? Weil sie sich damit vorspiegeln, daß sie an der Eroberung der Macht stehen, daß sie damit spielen können,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0003

Revolution zu machen, ohne die kleine Organisationsarbeit zu leisten. Meine Ueberzeugung ist, daß der Demonstrationscharakter überwiegt, weil unsere Leute sich flüchten in diese Demonstrationen, um die tägliche Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben nicht machen zu müssen."

Diese Auffassungen haben weder mit einer richtigen Einschätzung der realen Lage noch gar mit dem Bolschewismus irgend etwas gemeinsam. Sie sind ein Versuch, die Selbstkritik der führenden Gruppe durch eine falsche Kritik an der gesamten Parteimitgliedschaft zu ersetzen. Diese Geringschätzung der Parteimitglieder und der Arbeitermassen ist ein weiterer Schlüssel für die Fehler der erwähnten Genossen auch in der Gewerkschaftsarbeit.

Im Gegensatz zu diesen Abweichungen besteht die Aufgabe der Führung gerade darin, daß Vertrauen der Partei in ihre eigene Kraft und in alle gesunden Kräfte der Arbeiterklasse zu stärken, ihren Kampfgeist zu wecken in ihnen das Bewußtsein ihrer wachsenden Stärke wachzurufen.

3. Das Verhältnis zur Kommunistischen Internationale.

Die großen politischen Strömungen in der Arbeiterklasse bleiben auch auf die Partei der revolutionären Vorhut des Proletariats nicht ohne Einfluß. Der Drang, immer breitere Arbeiterschichten zum Zusammenschluß mit der siegreichen Arbeiterklasse der Sowjetunion spiegelt sich in unseren eigenen Reihen in der Durchdringung mit dem Leninismus, mit den Erfahrungen der Bolschewiki wider. Umgekehrt finden die Schwankungen und Verrätereien gewisser, von der bürgerlichen Antimoskau-Hetze beeinflußter Arbeitergruppen ihre letzte Ausstrahlung in den „antimoskowitischen", d. h. gegen die Sowjetunion, gegen die RKP. und gegen die Komintern gerichteten Tendenzen innerhalb unserer Partei.

Diese Gefahr ist in der KPD. um so größer, als alle ihre heutigen Richtungen und Schattierungen ohne jede Ausnahme noch stark der Wirkung sozialdemokratischer „westeuropäischer" Traditionen unterliegen.

Jede bisherige Abweichung von der kommunistischen Politik begann in Deutschland mit einer Attacke gegen Sowjetrußland, die RKP., die Komintern. Die siebenjährigen Erfahrungen der deutschen Revolution lehren, daß alle derartigen Abweichungen ganz gleichgültig, ob sie rechts oder „links" maskiert waren, sich entweder direkt zur Sozialdemokratie entwickelten, oder faktisch ein Bündnis mit ihr eingingen. Das gilt für die KAPD., für Levi, für Friesland, für einige Brandlerianer, für die Schuhmacher-Gruppe usw.

Die Veränderung der politischen Situation, der endgültige Uebergang der deutschen Bourgeoisie zur westlichen Orientierung, die bis zum Gipfelpunkt gesteigerte Rußlandhetze der Sozialdemokratie macht gegenwärtig die Gefahr antibolschewistischer Abweichungen in der KPD. größer und akuter denn je.

Die ultralinke Gruppe Scholem, Rosenberg, Katz, die der Komintern und ihren wichtigsten Parteien „Opportunismus" vorwirft, hat nicht nur nichts mit dem Leninismus gemeinsam, sondern trägt sowohl in ihrem Verhältnis zur Komintern, als auch in ihrer Stellungnahme zu den Problemen der deutschen Revolution ausgesprochen antibolschewistischen Charakter.

Gefährliche, im Wesen sozialdemokratische Abweichungen solcher Art bestehen jedoch nicht nur bei der offiziellen ultralinken Gruppe, sondern sie finden sich auch bei den führenden Personen der Gruppe Maslow-Ruth Fischer. Die Schriften des Gen. Maslow können nicht als ein Beitrag zu ernsten, gewissenhaften, theoretischen Erziehung der Partei im Geiste des Leninismus gewertet werden. Namentlich seine letzten literarischen Arbeiten sind ein versteckter, äußerst gefährlicher Angriff gegen die Grundlagen des Leninismus und gegen die gesamte Politik der Komintern in der gegenwärtigen Periode.

In seinem Buch „Die zwei Revolutionen des Jahres 1917" (Band 1, 4. Lieferung, S. 45 ff.) schreibt Gen. Maslow folgendes über den 3. Weltkongreß der KI.:

> „Auf dem Dritten Weltkongreß sind meiner festen Ueberzeugung nach so große Fehler gemacht worden, daß er den europäischen (!!) Parteien weit mehr Schaden als Nutzen gebracht hat. Ganz sicher gilt das für die KPD. . . .
>
> Auf dem Dritten Weltkongreß wurde eine Generalattacke gegen die Linken geritten, die bis zur Lächerlichkeit ging: hatte doch Gen. Trotzki sogar in der Partei Frossards . . . . in der KPF. . . . . auch höchst akute „Linksgefahren" entdeckt. Bedauerlicherweise beging Genosse Lenin den gleichen Fehler. Es ist das der einzige Fehler, der mir (!) von seiten Lenins in der Behandlung der Partei bekannt ist. So den Charakter einer Partei wie der KPD. mit ihren starken sozialdemokratischen Traditionen zu verkennen, insbesondere unter richtig erkannten objektiven Bedingungen, die gar keine Gelegenheit zu linken Exzessen gaben. . .
>
> Der Dritte Kongreß gab sachlich Levi recht. . . . .
>
> Der Kongreß stieß die deutsche Partei (ebenso wie die französische) nach rechts, löste eine schwere und langandauernde Liquidatorenkrise aus . . . . ."

Die Exekutive erklärt vor der ganzen Kommunistischen Internationale, daß dieser ungeheuerliche Angriff gegen Lenin und den Leninismus um keinen Preis geduldet werden kann.

Der Vorwurf, die Komintern habe nicht nur die Kritik Levis an einigen ultralinken Fehlern der Partei anerkannt, sondern sie habe der levitischen Renegatengruppe „sachlich Recht gegeben", sie habe auf dem Dritten Kongreß die „europäischen Parteien" in den Opportunismus „gestoßen", er habe in der deutschen Partei das Liquidatorentum „ausgelöst", ist eine Wiederholung dessen, was Rühle, Pfemfert und die inzwischen bei der Konterrevolution gelandeten KAPD.isten im Jahre 1921 sagten. Genosse Maslow versucht, dem angeblichen „Opportunismus" Lenins einen „reinen", „linken", spezifisch „westeuropäischen" Kommunismus entgegenzustellen. Das entspricht genau der Plattform Paul Levis, Frossards, Höglunds und aller Feinde des Leninismus.

Unter dem Pseudonym eines Kampfes gegen den Trotzkismus und gegen den Renegaten Levi richtet Maslow seinen Vorstoß gegen Lenin, der „den Charakter der KPD. verkannt" haben soll. Unter dem Mantel des Kampfes gegen die „westeuropäischen" d. h. antibolschewistischen Abweichungen vom Kommunismus propagiert Maslow einen „westeuropäischen Kommunismus" schlimmster Sorte.

Es ist kein Zufall, daß Genosse Maslow heute, im Jahre 1925, gerade den Dritten Weltkongreß zum Ziele seiner Attacke macht.

Der Dritte Kongreß verkörpert gerade das konkrete Glied in der Kette der Entwicklung des Leninismus und der Komintern, das in der gegenwärtigen Situation für alle Kommunistischen Parteien, in erster Linie aber für die deutsche, von größter, unmittelbarer, praktischer Bedeutung ist. Der Dritte Weltkongreß fand an einem Wendepunkt der internationalen proletarischen Revolution statt, im Moment des Ueberganges von der Periode des stürmischen revolutionären Aufstiegs in den Nachkriegsjahren 1919 und 1920, zur Periode der verlangsamten revolutionären Entwicklung von 1921 bis 1925 — und darüber hinaus. Aus der neuen Einschätzung der Weltlage zog der Dritte Kongreß unter Führung Lenins neue Konsequenzen für die Taktik aller Kommunistischen Parteien.

Während der 1. und der 2. Weltkongreß die Strategie und Taktik der Komintern nur in ihren allgemeinen Umrissen bestimmte, arbeitete der 3. Kongreß die konkrete Politik der Kommunistischen Parteien in der gegenwärtigen Uebergangsperiode zwischen zwei Revolutionen heraus. Er stellte in den Mittelpunkt unserer Politik die Losung: „Heran an die Massen", d. h. den Kurs auf die Gewinnung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse. Damit schuf er den Anfang der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, die die Achse unserer gegenwärtigen Politik bildet.

Wer — wie Genosse Maslow — diesen wichtigsten Wendepunkt unserer Taktik verleugnet, wer ihn als „Rechtsschwenkung" diskreditiert, wer ihn als Konzession an den Trotzkismus oder an den Renegaten Levi verspottet, der greift die Grundlagen der Komintern an.

Die praktischen Konsequenzen aus der falschen Theorie des Gen. Maslow sind unvermeidlich. Wenn man die Basis der Einheitsfronttaktik streicht, müssen ihre Resultate in der Praxis Null sein. Wenn man behauptet, „Lenin habe den Charakter der Kommunistischen Partei Deutschlands verkannt", kann man diese Partei nicht im Geiste des Leninismus führen. Die Ideologie des Genossen Maslow steht nicht nur in taktischem, sondern in prinzipiellem Gegensatz zum Leninismus. Sie ist eine der Wurzeln des Widerstandes, der sich innerhalb der KPD. noch heute der Taktik der Komintern entgegenstellt. Sie ist eine der Wurzeln des jahrelangen Unverständnisses, das die führende Gruppe der deutschen Zentrale bis heute der Gewerkschaftsarbeit, diesem Kern unserer Politik, entgegenbringt. Sie ist schließlich eine der Wurzeln des fortgesetzten Kokettierens mit den ultralinken Gruppen von seiten ihrer angeblichen „Bekämpfer", mit den Genossen Maslow und Ruth Fischer an der Spitze.

Das Verhältnis der Gruppe des Gen. Maslow zur Komintern ist seit dem 3. Weltkongreß ein unrichtiges, unbolschewistisches. Auf dem Jenaer Parteitag bekämpfte diese Gruppe den Standpunkt Lenins und der Exekutive. Sie kritisierte nicht nur — und dies mit vollem Recht — die opportunistische Verdrehung der Einheitsfronttaktik durch die Brandlerianer, sondern sie erhob auch alle möglichen Bedenken und Vorbehalte gegen die richtige Einheitsfronttaktik der Komintern, sowie gegen die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung". Die antibolschewistischen Tendenzen besaßen bis vor kurzem maßgebenden Einfluß in ihrer Mitte. Nicht ungestraft bildete die Gruppe Maslow-Ruth Fischer, trotz aller Warnungen der Komintern, bis vor fünf Monaten eine feste Einheit mit der Gruppe Scholem-Rosenberg-Katz. Auch auf dem Frankfurter Parteitag zeigten sich „antimoskowitische" Vorstöße gegen die Komintern (in der Gewerkschaftsfrage, der Frage der Zusammensetzung der Zentrale u. a.). Im Verlaufe des letzten Jahres entsandte Gen. Ruth Fischer, trotz des Einspruchs der Exekutive, mehrfach Emissäre in verschiedene Sektionen der Komintern, deren „Mission" darin bestand, auf fraktionellem Wege die Taktik der Exekutive zu ändern. Das Resultat dieser Reisen war, daß die deutsche Partei in den Bruderssektionen der Komintern diskreditiert, ihnen entfremdet wurde.

Besonders scharf kamen diese Tendenzen auf dem letzten Parteitag zum Ausdruck. Alle Vorschläge der Exekutive in der Gewerkschaftsfrage und in der Zentralfrage wurden trotz der gegebenen Zusagen abgelehnt. Von der versprochenen demonstrativen Wendung in unserer Gewerkschaftspolitik war — außer in dem Referat des Gen. Thälmann — keine Rede auf dem Parteitag.

Allen Delegierten des Parteitages wurde durch die Zentrale eine Sondernummer des Berliner „Funken" überreicht, deren Hauptinhalt ein — „diplomatischer" — Angriff Maslows gegen die Komintern bildet. In diesem Artikel „Einige Bemerkungen über unsere 10 Parteitage" schreibt Maslow u. a.:

> „Die spätere Linke der KPD. hat vor dem 4. Weltkongreß in diesem Sinne und mit vollem Recht die Forderung „Zurück zum 2. Weltkongreß" erhoben. In dem schon erwähnten Erinnerungsbuch erzählt Genossin Zetkin, Lenin habe sich über diese „Dummheit" lustig gemacht. Ich zweifle nicht daran, da ich mir vorstellen kann, wie ihm diese Losung dargestellt und ausgelegt worden ist. . . .
>
> Nicht umsonst hat der 4. Kongreß, trotz des Spotts Lenins, die 21 Bedingungen ausdrücklich erneut bestätigt, und nicht umsonst mußte der 5. Weltkongreß . . bewußt und betont auf die Grundsätze des zweiten zurückgreifen. . . ."

Maslow versucht hier abermals durch die demagogische Gegenüberstellung des 2., 4. und 5. Weltkongresses einerseits, des 3. andererseits, die Einheit der politischen Entwicklung der Komintern ideologisch zu zerstören und die Grundlagen der kommunistischen Politik in der gegenwärtigen Periode zu diskreditieren. Maslow stellt ferner die unwahre Behauptung auf: „Leider wurden die Leviten geradezu unterstützt von den russischen Genossen."

Dieser Hetze gegen die „russischen Genossen" folgt in Maslows Artikel die ebenfalls gefährliche Legende, daß „die Leviten sich in Moskau (!) auf dem Kongreß mit Recht als Sieger betrachteten".

„Der Dritte Kongreß", schreibt Maslow weiter, „hinderte vor allem die KPD., sich selbst Klarheit zu verschaffen. Der Dritte Kongreß hat so . . . . . auf die KPD. einen ähnlichen Effekt ausgeübt, wie zwei Jahre früher der Heidelberger Parteitag: trotz richtiger Beschlüsse . . . . . eine schädliche Wirkung."

> „Wären die Grundsätze des 2. Kongresses vorgetragen worden, ohne daß man sich den Popanz von „linken" Gefahren ausmalte . . . . dann hätte man wahrscheinlich die Krise in der KPD. wie auch in der KPF bedeutend abgekürzt.
>
> Aber auch die Exekutive und auch die russischen Genossen (!) waren ganz und gar nicht einig . . . ."

Maslow schreibt weiter, daß nicht seine eigene Gruppe, sondern die Exekutive „die deutsche Partei lange gehindert hat, in ein gutes Verhältnis zur Exekutive zu kommen".

Er erzählt mit voller Zustimmung folgende Anekdote:

> „Als die Exekutive nach Jena ihren (durch nichts gerechtfertigten) Angriff durch eine Einladung, eine Berliner Delegation nach Moskau zu schicken, korrigieren wollte, war es zu spät; die Organisation lehnte diese Einladung nach dem Mittagessen einstimmig ab und der schon rechte Friesland schrieb den Absagebrief im Auftrage der Organisation."

Dieser letzte Absatz ist ein beispielloser Versuch der Herabsetzung der Kommunistischen Internationale vor den Augen der deutschen Arbeiter.

Das antibolschewistische Spiel der Gruppe Maslow selbst beweist am klarsten, daß Lenin sich auf dem 3. Weltkongreß nicht einen „Popanz von linken Gefahren ausmalte", sondern daß diese Gefahren noch heute, vier Jahre nach dem 3. Welkongreß, die Entwicklung der deutschen Partei hemmen, sie an der gesunden politischen Arbeit hindern, ihre Ideologie vergiften. Der ausgesprochendste Vertreter dieser linken, besser levitistischen Gefahren ist Maslow und seine Auffassung vom 3. Weltkongreß.

Die gesamte deutsche Partei, vor allem die besten Genossen der deutschen Linken in allen Parteiorganisationen und Bezirken haben die Pflicht, das von der Gruppe Maslow-Ruth Fischer geförderte, nicht bolschewistische System des Verhältnisses der Partei zur Komintern mit aller Kraft zu brechen.

Gebrochen, endgültig gebrochen werden muß auch mit dem System der „doppelten Buchführung", daß die erwähnten Genossen ein volles Jahr lang gegenüber der Komintern angewandt haben. Anstatt die richtige Linie der Komintern aufrichtig durchzuführen, unternahm diese Gruppe fortgesetzte Verschleppungsversuche vor den eigenen Parteimitgliedern durch den Hinweis auf den angeblichen „Druck nach rechts" von seiten der Exekutive; gleichzeitig leistete sie systematischen Widerstand vor der Exekutive durch den Hinweis auf den angeblichen „Zug nach ultralinks" von seiten der deutschen Parteimitglieder.

Die Erfahrungen der verflossenen Kampfperiode seit dem Frankfurter Parteitag beweisen auch dem letzten deutschen Kommunisten, daß die Komintern in allen Streitfragen unbedingt recht hatte gegenüber der Gruppe Maslow-Ruth Fischer. Sie hatte Recht in der Einheitsfronttaktik und in der Gewerkschaftsfrage. Sie hatte ebenso recht in der Frage der Präsidentschaftswahlen, wie mit ihren — jahrelang in den Wind geschlagenen — Warnungen vor den ultralinken Gefahren in der deutschen Partei.

Wir sind fest überzeugt, daß die kommunistischen Arbeiter Deutschlands sehr rasch erkennen werden, daß auch in dem gegenwärtigen Kampf um den innerparteilichen Kurs der KPD., um ihr Verhältnis zur Komintern, um ihr Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen, um ihr Verhältnis zur leninistischen Theorie, die Komintern unbedingt recht hat, während die Gruppe Maslow-Ruth Fischer in allen diesen Fragen unbedingt unrecht hat.

4. Die innere Parteilinie.

Die führende Gruppe der Parteizentrale verstand nicht, die richtigen Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt zu den Massen zu finden. Das geschah auch aus dem Grunde nicht, weil ihre innerparteiliche Politik falsch war.

Wie erwähnt, wurden die Fragen des inneren Parteilebens während der Sitzung der Erweiterten Exekutive ausführlich mit den Vertretern der deutschen Zentrale besprochen. Die Vertreter der Exekutive wiesen darauf hin, daß der Ultrazentralismus, der mechanische Druck, die vorwiegend administrativen Maßregeln, das Fehlen der Propaganda und der Ueberzeugungsmethode überhaupt, die Furcht vor neuen Kräften usw. unbedingt verheerende Wirkungen haben müßten. In der damaligen Beratung wurde beschlossen, die innere Parteidemokratie zu verstärken. Wir waren der Meinung, daß, nachdem der Sieg über die Rechte gewonnen ist, nachdem die Linke die Oberhand in der Partei hat, nachdem also die organisatorischen Garantien für eine im Ganzen richtige allgemeine Politik geschaffen sind, das Problem der Parteierziehung in den Vordergrund tritt. Andererseits glaubten wir, daß der Kreis der neuen Führerkaders die Partei zu verbreitern sei: Die Möglichkeit einer breiteren Auslese der Parteifunktionäre müsse garantiert werden, was ohne Diskussionen, Wählbarkeit, bewußte Politik der Heranziehung und Prüfung neuer Arbeiter unmöglich ist. Im Zusammenhang damit fordern wir die Heranziehung neuer Kräfte, darunter auch der besten Mitglieder der ehemaligen Opposition, die der Komintern und der Partei treu geblieben sind. Diese Arbeit wurde aber nicht geleistet. Andererseits war bei uns diese Frage auch mit der Frage des Verhältnisses zu den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern verbunden. Denn wenn man in der Partei lediglich administrative Mittel anwendet, so überträgt man die gleiche Politik in verstärktem Maße auf die außerhalb der Partei stehenden Arbeiter und schneidet sich damit die Wege zur Eroberung neuer Arbeiter ab. Wir glauben, daß ohne diese innerparteilichen Reformen die Partei nicht imstande sein wird, eine richtige Politik unter den Massen durchzuführen. Deshalb forderte die Exekutive diese Reformen in der Richtung der „Normalisierung des Parteilebens". Während der erweiterten Exekutive hat die deutsche Delegation mit der Genossin Ruth Fischer an der Spitze diese Vorschläge angenommen.

Nochmals wurden diese Probleme mit der deutschen Delegation kurz vor dem Parteitag besprochen. Die Exekutive schlug vor, die Zentrale durch eine Reihe von Parteiarbeitern, die mit der Masse eng verbunden sind, zu erweitern. Die russischen Genossen wiesen u. a. darauf hin, daß die RKP. seit dem Tode Lenins die Zahl ihrer Zentralemitglieder stark vergrößert und damit die Zentrale gestärkt, ihre Autorität gefestigt und gleichzeitig bessere Verbindungen mit der Parteimasse geschaffen hat, was — im Zusammenhang mit der innerparteilichen Demokratisierung — auch bessere Verbindungen zu den Arbeitermassen außerhalb der Partei schuf. (Leninaufgebot.)

Der deutsche Parteitag wurde aber so vorbereitet und so durchgeführt, daß trotz aller Versprechungen gerade das Gegenteil erzielt wurde. Obwohl in der Partei starke Flügelgruppen (Ultralinke und „rechte) existieren, fand diese Tatsache absolut keine Widerspiegelung auf dem Parteitag selbst. Es war keine politische Diskussion, da jede Delegation vorher ausführlich besprach, was zu sagen ist; sogar auf dem Parteitag selbst — der höchsten Instanz der Partei, wurde die Diskussionsfreiheit annulliert. Wie schwach der Parteitag vorbereitet wurde, zeigen die gedruckten Anträge aus den Bezirken. Es gab nur sieben Anträge: einen über Esperanto (!), vier über Beiträge, einen über Arbeiterkorrespondenzen und einen über Kommunalkurse.

Analoge Erscheinungen sind auf ideologischem Gebiet zu konstatieren. Niemals in der Arbeiterpresse hat man eine solche Reklame gesehen, wie für die Broschüre des Genossen Maslow. In Wirklichkeit besteht diese Broschüre lediglich aus richtigen Zitaten und durchaus unrichtigen Bemerkungen des Genossen Maslow. Nach diesem Muster versuchte man, das geistige Leben der Partei zu entwickeln.

Es wäre nicht so schlimm, wenn die persönliche Autorität der Führer hochstünde. Aber diese Autorität muß einige Voraussetzungen haben und nicht nur mechanisch erworben werden. Leider aber sehen wir etwas anderes, und das ist eine Gefahr für die Gesamtpartei.

Es mangelt in der Partei an der Kontrolle von unten, d. h. durch die Mitgliedschaft der Partei. Gleichzeitig kämpfte die führende Gruppe fortgesetzt gegen die Kontrolle von oben, d. h. durch die Exekutive der Komintern. Auf diese Weise wurde ein solcher Zustand geschaffen, daß man das Verantwortlichkeitsgefühl verlor, was zu verschiedenen, ganz unerträglichen Dingen geführt hat.

Eine derartige Struktur der Partei macht die Entwicklung ihrer Werbekraft unmöglich. Ein derartiges System verdirbt die Partei selbst. Dieses System muß gebrochen werden, um einer noch größeren Krise vorzubeugen, die wirklich katastrophale Wirkungen haben kann.

5. Die Gefahr der Prinzipienlosigkeit.

Der praktische Bolschewismus besteht u. a. darin, daß man nach theoretisch erkannten, ehrlich durchdachten, politischen Linien handelt. Bei der Gruppe Maslow-Ruth Fischer befindet sich aber die innere Ueberzeugung, die innere Einschätzung der Lage in krassestem Konflikt mit der angenommenen Linie. Die tiefste Grundlage dieser Gruppe ist sehr pessimistisch: keine revolutionären Perspektiven, überhaupt die Auffassung: die Massen sind vollständig passiv, sie flüchten aus dem Alltagsleben, sie spielen Soldaten usw. Sie zu gewinnen ist eine unerfüllbare Aufgabe. Andererseits „fordert" die Komintern die Gewinnung der Massen. Schon damit ist der Zwiespalt in der Praxis dieser führenden Gruppe gegeben. Mit dem Pessimismus ist das Kokettieren mit den Ultralinken verbunden. Auf die Forderungen der Internationale erfolgt: die papierene Anerkennung dieser Forderungen und die Anstrengung, sie im Leben zu verwirklichen, ohne daran zu glauben. Daraus folgt die schwankende Position und die politische Haltlosigkeit dieser Gruppe, eine Haltlosigkeit, die mit einer Diplomatie schlimmster Art im Verhältnis zur Komintern verbunden ist.

Das typische Beispiel dafür ist der zehnte Parteitag.

Wir haben bereits gesehen, wie man ihn „geistig" vorbereitete: Genosse Maslow schrieb die Artikel, deren einziger Sinn darin bestand, die Bedeutung des 3. Weltkongresses zu diskreditieren, die gesamte Taktik der Internationale ihrer Basis zu berauben und gleichzeitig die Basis für die ultralinken Gruppierungen zu begründen.

Formell aber kämpfte man auf dem Parteitag gegen ultralinks. Andererseits wurde, sobald es mit der Internationale zum Konflikt gekommen war, sofort die politische Linie vergessen und der Block mit den Ultralinken geschlossen. In Moskau aber erklärte Genossin Ruth Fischer, daß der Parteitag ultralinks gestimmt war und sie gar nichts dagegen tun konnte, obwohl sie wollte! Auf einer Seite fördert man ultralinke Stimmungen, auf der anderen erklärt man: wir haben uns in einer Notlage befunden.

Diese „Taktik" hat bereits ihre Tradition. Genossin Ruth Fischer erklärte in Moskau immer wieder, daß die „Massen" sie stören, die Politik durchzuführen, die die Exekutive empfiehlt, während sie in Berlin sagte, daß ihr die KJ. eine unrichtige Politik aufzwingt.

Diese Gewohnheit fand ihren Ausdruck auch in der Rede des Genossen Schneller — Genosse Schneller hat inzwischen diesen Irrtum anerkannt —, der in Moskau erklärt hat (um Personen zu verteidigen), daß die Linke bankrott sei. Wir halten diese Behauptung für falsch. Nicht die Linke, sondern einige Führer dieser Linken sind bankrott und die Linke wird sich behaupten auf anderen Gleisen, indem sie immer größere Schichten der Parteimitgliedschaft überzeugen und die energischste, positive Arbeit entwickeln wird.

Eine große Rolle spielt bei dem prinzipiellen Kampf gegen die Kommunistische Internationale das Argument, daß wir die deutsche Partei ständig „nach rechts stoßen" wollen.

Wir konstatieren hier nochmals, daß in allen wichtigen Problemen die nachträgliche Erfahrung vollständig den Standpunkt der Komintern rechtfertigte. Jeder versteht das jetzt ganz klar. Nur ein politisch ganz bornierter Mensch sieht nicht ein, daß wir ohne diese Taktik anstatt der Partei heute bloß ein Häuflein Kommunisten und dabei sehr schlechter, gehabt hätten.

Aber die Legende über das permanente „Stoßen" der Partei nach „rechts" durch die Komintern muß endgültig und vollständig zerbrochen werden. Wir unterstreichen, daß die Exekutive im jetzigen Moment die führende Gruppe nicht von rechts, sondern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0004

von uns kritisiert. Wir würden als bewußte Lügner jedes dahingehende Argument behandeln, die Komintern wolle die Partei „nach rechts" schleppen. Gerade um die Linke und mit ihr die Gesamtpartei aus dem Sumpfe herauszuziehen, bestehen wir auf den vorgeschlagenen Reformen.

6. Die Aufgaben der Partei.

Die Kritik an den Fehlern der bisher führenden Gruppe wird nur dann einen wirklichen und dauernden Nutzen bringen, wenn sie zu einer besseren und entschlosseneren Erfüllung der **positiven** Aufgaben der Partei bei der Gewinnung der Massen führt.

Die **wichtigste Aufgabe** der Partei besteht im gegenwärtigen Augenblick darin, rechtzeitig und tatkräftig auf die sich anbahnende politische Umgruppierung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zu reagieren. Die bedeutsamste Erscheinung der letzten Monate ist der beginnende Widerstand breiter Arbeitermassen gegen die „westliche Orientierung", d. h. gegen den Uebergang der Bourgeoisie auf die Seite des Ententeimperialismus, gegen die Führung der 2. Internationale, die Wendung dieser Arbeitermassen zu Sowjetrußland und — wenn auch auf Umwegen — zur proletarischen Revolution. Ohne diesen Entwicklungsprozeß in seiner Bedeutung und seinem Tempo zu überschätzen, muß die Partei diese neuen Erscheinungen in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit rücken, so sorgfältig verfolgen und bei jedem ihrer praktisch politischen Schritte zu berücksichtigen.

Alles kommt darauf an, daß die Partei ihre Werbekraft in größerem Maße steigert. Sie muß den sich nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber neue Formeln, einen neuen Ton, einen neuen Inhalt der Agitation finden. Sie muß alle Vorgänge im Lager der Sozialdemokratie genau erkennen, studieren, in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen, entsprechend den lokalen Verhältnissen, durch unsere Agitation beeinflussen. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die sich von ihren konterrevolutionären Führern abzukehren, langsam, zögernd, aber unverkennbar der proletarischen Revolution zuzuwenden beginnen, müssen das Gefühl haben: die Kommunistische Partei ist wirklich eine Partei der Arbeiter, eine Partei, die unentwegt für unsere Interessen, unsere Teilforderungen, unsere Tagesnöte kämpft, die uns nicht nur als Agitationsobjekt, sondern als Klassenbrüder betrachtet, die ehrlich die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf will.

Vom Gesichtspunkt dieser **Hauptaufgabe** müssen alle andern politischen Schritte der Partei unternommen werden. Von diesem Gesichtspunkt muß vor allem unsere Parlamentsarbeit geleistet sein. An jedem Ort und in jeder politischen Frage müssen wir die Tribüne suchen, von der aus die Partei zu den Arbeitermassen in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie spricht, um sie auf die Seite des Klassenkampfes hinüberzuziehen. In diesem Licht müssen wir die Fragen des Garantiepaktes, des Völkerbundes, der Handelsverträge, der Kredite, der Zölle, der Steuern, der Wohnungspolitik usw. stellen.

Zugleich muß der Kampf gegen die monarchistische Gefahr gegen die Klassenjustiz, für die Vollamnestie usw. mit den tagtäglichen ökonomischen Lohn- und Arbeitskämpfen des Proletariats verbunden werden.

Um wirklich einen Zugang zu dem besten Teil der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu finden, muß man den Kampf aufnehmen gegen jene Exzesse, die aus der Zeit stammen, wo der Kampf mit der Waffe in der Hand geführt wurde. Den größten Schaden für die Sache der Arbeiterklasse bringen z. B. Fälle von gegenseitigen Schlägereien zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten (auf Versammlungen, unter der Jugend usw.), die durch die Schuld der Sozialdemokraten, mitunter aber auch nicht ohne Schuld der Kommunisten bis auf den heutigen Tag noch stattfinden. Den konterrevolutionären Führern der deutschen Sozialdemokratie kommen solche gegenseitigen Schlägereien gerade recht, und diese Führer suchen selbstverständlich einen solchen Kampf bewußt an. Die Kommunisten müssen die Initiative zur endgültigen Beseitigung solcher Erscheinungen ergreifen, was selbstverständlich den guten Willen bei den sozialdemokratischen Arbeitern voraussetzt.

Man muß nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu unterscheiden verstehen zwischen den konterrevolutionären sozialdemokratischen Führern und der breiten Masse der sozialdemokratischen Arbeiter. Unsere Presse, insbesondere unsere Betriebszeitungen (Wandzeitungen usw.) müssen es verstehen, die Agitation gegen die verbrecherische Politik der sozialdemokratischen Führer so zu führen, daß dabei jeder sozialdemokratische Arbeiter in der betreffenden Fabrik oder in dem betreffenden Betrieb fühlt, daß ihm gegenüber, dem Arbeiter an der Drehbank, dem einfachen gewählten Betriebsratsvertreter, ein anderes Verhältnis besteht als gegenüber dem hohen „Barmat"-Führer, der die Arbeiter im Parlament von vorn und hinten verkauft.

Die wirkliche, für alle Arbeiter sichtbare Umstellung wird vollzogen, wenn die Partei alle Kräfte auf **die Steigerung unserer Gewerkschaftsarbeit konzentriert.** Durch unsere Gewerkschaftsarbeit muß die KPD. geschlossen durch unsere Gewerkschaftsarbeit muß die Rote Einheitsfront gebildet werden.

Die Partei, ihre Gewerkschaftsfraktionen müssen in allen Verbänden, Ortskartellen und Zahlstellen eine großzügige Agitation auf Grund der Reise der ersten Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland entfalten. Diese Reise muß einen gewaltigen Widerhall in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung erwecken.

Der Drang der Arbeiter zur Einheit der Gewerkschaften muß möglichst bald zur **Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften,** nach dem Vorbild der englischen Arbeiterbewegung, kristallisiert werden. Das ist der nächste Schritt vorwärts in der deutschen und internationalen Einheitsbewegung, den die deutsche Partei tun muß. Die große Bewegung für die Einheit der Gewerkschaften wird breiteste Massen erfassen und neuen Zustrom für die freien Gewerkschaften bringen, wenn die Kommunistische Partei zur treibenden Kraft für die Gewerkschaftseinheit wird. Die Kommunisten müssen verstehen lernen, in den Gewerkschaften die beste, energischste, sachlichste Arbeit zu leisten, sie müssen den parteilosen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern durch Anschauungsunterricht **beweisen,** daß sie als Bolschewisten zugleich aktive Gewerkschaftler zu sein verstehen. Unsere Fraktionen in den Gewerkschaften erwachsen damit eine Reihe von Aufgaben: Wirkliches Eindringen in das Gewerkschaftsleben, intensivstes Studium der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge (Konzernwesen, Wirtschaftskonjunktur, Lage der Industriezweige, Besonderheiten der Wirtschaftsgebiete usw.), Herausarbeitung einer klaren und sachkundigen Tarif- und Sozialpolitik, Führung von Arbeitskämpfen, insbesondere Streiktrategie, Stellung zu allen Organisationsfragen der Gewerkschaften, Kampf für die Industrieverbände, besondere Berücksichtigung der Rolle und Aufgaben der Betriebsräte, Betonung der Interessen der Arbeiterjugend innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterinnen usw.

Der Ausbau einer starken Gewerkschaftsabteilung bei der Zentrale der KPD. muß den ernsten Willen der Parteileitung zeigen, diese Arbeit zur Grundaufgabe der Partei zu machen.

Was bedeutet für die Kommunistische Partei die Erkämpfung des Einflusses in den Gewerkschaften in einem solchen Lande wie Deutschland? Das bedeutet vor allen Dingen, Einfluß unter den organisierten Arbeitern in den Fabriken, Betrieben, Bergwerken, Werkstätten, auf den Eisenbahnen, in allen Industrieunternehmungen erkämpfen und diesen Einfluß vertiefen. Irgend einen nennenswerten ernsten Einfluß in den jetzigen deutschen Gewerkschaften kann nur derjenige kommunistische Arbeiter haben, der Einfluß im Betriebe hat. Der Einfluß der Kommunisten aber gerade in den Betrieben ist in der letzten Zeit schwächer geworden, was wir uns nicht zu verhehlen brauchen. Man muß die einfache Wahrheit begreifen, daß der Kampf der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie um den Einfluß auf die Massen letzten Endes in den Betrieben entschieden wird. Man muß begreifen, daß ein gründlicher und ernster Einfluß nicht so sehr auf dieser oder jener Versammlung erobert wird, wieviel mehr durch lange und beständige Arbeit unter den Massen in den Betrieben. Man muß begreifen, daß der Hauptfehler der deutschen Kommunisten in der letzten Zeit darin besteht, daß sie allzuviel Aufmerksamkeit den „hohen", „parlamentarischen" Fragen und allzuwenig Aufmerksamkeit der Arbeit in den Betrieben gewidmet haben.

Wie haben die russischen Bolschewisten seinerzeit die Menschewisten besiegt? Sie überließen den Menschewisten ruhig ihre Lorbeeren auf den „Konzert-Versammlungen", in den Coulisren des Parlaments usw., während sie selbst zu den Massen gingen auf die Fabriken und in die Betriebe und durch jahrelange Arbeit in den Betrieben, in den Tiefen der Arbeitermassen die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihre Seite brachten.

Reden wir weniger davon, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist! Handeln wir um so mehr, damit durch eine unermüdliche jahrelange Arbeit innerhalb der breiten Massen in den Betrieben die Mehrheit der Arbeiterschaft für uns gewonnen wird.

Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands — in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften! Eine lange Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern — das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!

Zur Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist eine entschlossene, organisatorische Umstellung der Partei im Sinne der Organisationsbeschlüsse des letzten Parteitages erforderlich. Die auf dem Parteitag in Berlin beschlossenen neuen Statuten und Organisationsrichtlinien müssen aufs **rascheste** verwirklicht werden. Die organisatorische Umstellung der Partei hängt eng mit der politischen zusammen. Ihre **gemeinsame Richtlinie** besteht in der **Verlegung des Schwergewichts der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei in die Betriebe, mit dem Ziel, die Massen der Arbeiter in den Betrieben zu erobern.**

Im Vordergrund der organisatorischen Umstellung stehen folgende drei Aufgabengebiete:

1. Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisierung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft in und durch alle Organisationen der Partei.

2. Ernsthafte und unbedingte konsequente Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.

3. Organisatorische Zusammenfassung und Festigung des kommunistischen Einflusses in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, aber zugleich auch in den sich neu bildenden Massenorganisationen des Proletariats.

Die Durchführung einer lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft erfordert die Beseitigung des Ueberzentralismus, die Heranziehung neuer Kräfte nicht nur für die Zentrale, sondern für alle leitenden Organe der Partei, besonders auch für die Bezirksleitungen; die Garantie der kollektiven Arbeit der gesamten Mitgliedschaft und die engste Zusammenarbeit mit der Komintern.

Die Zusammenarbeit mit der Komintern ist um so notwendiger, weil durch sie die Partei durch die Erfahrungen der gesamten Internationale bereichert wird.

Neben der Reform des innerparteilichen Kurses und der Umstellung auf die Betriebszellen ist von größter Wichtigkeit der rasche Aufbau eines Systems wirklich bolschewistischer, mit größter Initiative praktisch arbeitender **Parteifraktionen** in ausnahmslos allen Organisationen der Arbeiterschaft, wo Kommunisten stehen. Diese Aufgabe beschränkt sich keineswegs auf die Gewerkschaften, sondern gilt auch für sämtliche anderen parteilosen Massenorganisationen, sei es, daß sie bereits seit längerer Zeit bestehen, sei es, daß sie sich erst neu herausbilden. Der RFB. bietet das beste Beispiel für die Neubildung proletarischer Massenorganisationen auf Grund der Kampferfahrungen des deutschen Proletariats. Rasche Einstellung der Partei auf solche Organisationen (Sport-, Mieter-, Freidenker-, Rote Frauenliga usw.) und ihre Ausnutzung zur Stärkung der Gewerkschaftsarbeit ist notwendig.

In der Reihe der Fehler und Mängel der Leitung der KPD. nimmt nicht den letzten Platz ihre vollkommen unrichtige Politik gegenüber dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands ein. Die zahlenmäßige Schwäche und die Schwierigkeiten des Jugendverbandes in Deutschland lassen sich in bedeutendem Maße dadurch erklären, daß die Partei fast nichts gemacht hat, um dem Jugendverband zu helfen, einen bedeutend höheren Stand zu erreichen. Aber die Hauptursache der Schwäche des deutschen Jugendverbandes ist die, daß er bis zur letzten Zeit auf demselben unrichtigen Wege ging, auf dem die Partei von ihrer Führung geleitet wurde, und mit der Partei alle ihre Fehler teilte. Umsomehr Bedeutung hat der Umstand, daß auf dem 10. Parteitag einzig die Jugend offen und bis zu Ende die Vorschläge der Komintern verteidigte. Das ist ein sicheres Zeichen dessen, daß die Jugend bereits ohne die Hilfe der Partei und sogar trotz des Widerstandes der Parteiführung selbständig den richtigen Weg zu beschreiten begonnen hatte. Deshalb war vollkommen unzulässig das Benehmen der Vertreter der Parteiführung, das auf dem Parteitag in der Obstruktion gegenüber der Jugend und danach in dem „Druck" gegenüber dem FK. des KJVD. seinen Ausdruck fand. Die Partei muß es verstehen, daß ein solches Verhältnis dem KJV. gegenüber die ganze kommunistische Arbeit unter der arbeitenden Jugend zunichte machen kann; diese Arbeit ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen der wirklichen Bolschewisierung der Partei.

Die Organisationen des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Partei. Zugleich müssen endlich die notwendigen Schritte unternommen werden, um in Deutschland **praktisch** eine **leninistische Bauernpolitik** zu verwirklichen. Die Partei muß die steigende Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und des Bauerntums wegen der Regelung der Aufwertungsfrage, der Handelsverträge, der Kredite, der Steuern und Zölle zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie mobilisieren. (Kommunistische Fraktionsarbeit in den Aufwertungs-, Mieterorganisationen, den Organisationen der Weinbauern, Kleinbauern, Pächter usw.)

Die Parlamentsarbeit der Partei im Reiche, den Ländern und Kommunen muß in allererster Linie vom Gesichtspunkt der Förderung unserer Arbeit in den Massenorganisationen durchgeführt werden. Dazu ist die engste Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsfraktionen und den kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften usw. eine unerläßliche Voraussetzung.

Die Partei darf keinen Augenblick vergessen, daß nach wie vor ernste rechte und ultralinke Gefahren in ihren Reihen bestehen. Dagegen bieten nicht mechanische Maßnahmen einen Schutz, sondern die breite, gründliche, bis zum letzten Parteimitglied vordringende, alle Organisationen und Zellen umfassende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit durch die Partei. Die ideologische Ueberwindung aller Fehler auf praktischem und theoretischem Gebiet erfolgt am besten auf dem Wege der **Durchdringung** der Partei mit den Grundsätzen des Leninismus und der Komintern, auf dem Wege der **Anwendung** dieser Grundsätze auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland und die daraus erwachsenden praktischen Parteiaufgaben.

Eine breite Aufklärungskampagne unter der gesamten Mitgliedschaft über die Notwendigkeit und den politischen Sinn der gegenwärtigen Auseinandersetzung muß den bewußten Anfang dieser innerparteilichen Propagandaarbeit bilden.

7. Warum muß die Partei gerade jetzt und warum muß sie rasch umgestellt werden?

Viele Parteigenossen werden fragen, warum der Umschwung in der Führung der KPD. so „plötzlich" notwendig ist in Wirklichkeit handelt es sich keineswegs um „plötzlich" aufgetauchte Differenzen zwischen der Exekutive und der Gruppe — Ruth Fischer. Es handelt sich vielmehr um Gegensätze, die während des ganzen Verlaufs der letzten anderthalb Jahre vorhanden waren und sich immer weiter bis zu den jetzigen für die Partei und die Internationale völlig unerträglichen Zustand verschärften. Mehr als einmal hat die Exekutive die führende Gruppe vor der Fortsetzung ihrer Abweichungen gewarnt. Bereits auf der Tagung der Erweiterten Exekutive teilte die russische Delegation der deutschen Vertretung unter Führung Ruth Fischers nach ernsten, tagelangen Beratungen mit, daß bei der Fortsetzung des bisherigen innerparteilichen falschen Kurses ein schwerer Konflikt unvermeidlich sei. Die Vertreter der Exekutive in Deutschland wiesen immer wieder auf die Abweichungen und Irrtümer der erwähnten Gruppe hin. Trotzdem blieben alle Ratschläge und ernsten kameradschaftlichen Warnungen wirkungslos. Die Exekutive versuchte bis zuletzt das Entstehen eines offenen Konfliktes und die daraus mit Notwendigkeit folgenden organisatorischen Maßnahmen zu vermeiden. Nur aus diesem Grunde beschränkte sich die Exekutive auf Verhandlungen mit der führenden Gruppe der Parteizentrale und versichtete, in der Hoffnung, auf diesem Wege eine Gesundung zu erreichen, auf die Austragung der sich anbahnenden Gegensätze vor den Organisationen und der Mitgliedschaft der Partei. Wir versuchten, auf dem Wege der erzieherischen Einwirkung, der kameradschaftlichen Zusammenarbeit die Gruppe Ruth Fischer-Maslow von ihren Fehlern zu überzeugen. Wir vermieden trotz aller Bedenken den offenen Kampf, um der Linken der deutschen Partei, mit deren politischer Linie sich die Exekutive mehr als einmal solidarisiert hat, nicht im Augenblick ihres schweren Kampfes gegen die Rechten und Ultralinken Abweichungen in der KPD. Schwierigkeiten zu bereiten.

Dieser notwendige Schritt wurde uns dadurch erleichtert, daß sich innerhalb der Linken der deutschen Partei der Kern einer starken Opposition gegen das System der Genossen Ruth Fischer-Maslow herausgebildet hat. Der Berliner Parteitag und die Ereignisse unmittelbar nach seiner Beendigung bewiesen endgültig, daß die Hoffnungen der Exekutive, die Differenzen auf dem Wege der normalen Zusammenarbeit beizulegen, gescheitert sind. Die Vorstöße der Genossen Ruth Fischer und Maslow machen es zur zwingenden Notwendigkeit, die Fragen der deutschen Partei offen vor der ganzen Mitgliedschaft zu stellen.

Mögen unsere Feinde in ein Triumphgeheul ausbrechen und ihre Finger auf die Wunden der deutschen Partei legen. Mag die Bourgeoisie, mögen die Sozialverräter ganz Deutschlands die Partei verspotten und verhöhnen. Lenin hat uns gelehrt, ohne Rücksicht auf den Feind, schonungslos alle Fehler unserer Partei, der einzigen Partei der Vorhut des revolutionären Proletariats, mit bolschewistischer Offenheit bloßzulegen. Keine Partei der Welt ist imstande, so offen und bis zu Ende folgerichtig ihre eigenen Mängel zu erkennen und aufzudecken, wie die Kommunistische Partei. Dies allein ist das Unterpfand für die rasche und vollständige Ueberwindung dieser Fehler.

Die Exekutive ist sich überzeugt, daß kein kommunistischer Arbeiter in Deutschland sich durch das mit Sicherheit zu erwartende Triumphgeschrei der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse auch nur einen Augenblick verwirren oder beirren lassen wird.

Mögen auch alle Rechten und Ultrarechten in unseren eigenen Reihen den Augenblick für gekommen halten, sich aufs neue hervorzuwagen. Mögen die Brandleristen erklären: „die Linke ist bankerott". Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in geschlossenen Reihen vorwärts gehen, ohne den Rufen der rechten und ultralinken Gegner auch nur Gehör zu schenken.

Wir wiederholen nochmals: nicht die deutsche Linke ist bankerott, sondern einige ihrer Führer.

Die deutsche Linke mit all ihren Fehlern in der Vergangenheit und in der Gegenwart, war nicht bloß eine Gruppe von einzelnen Personen. Sie hat eine große historische Rolle zu erfüllen. Sie zog die Lehre aus dem Oktober 1923, sie schlug den Brandlerismus, sie einigte die zerrissene Partei im Moment ihrer schwersten Krise.

Die deutsche Linke muß die besten Traditionen der Vorhut des deutschen Industrieproletariats, der besten, stärksten Parteiorganisationen, wie Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet, Rheinland erhalten und fortsetzen, aber sie muß zugleich verstehen, alles Falsche, Unreife, Unbolschewistische aus ihrer Vergangenheit und Gegenwart auszumerzen. Dann wird sie nicht nur der linke, sondern der wirkliche, bolschewistische, führende Kern der KPD. werden.

Lenin hat uns gelehrt, daß, unsere Fehler offen und rücksichtslos vor der ganzen Arbeiterklasse zu kritisieren, bereits zur Hälfte sie zu überwinden bedeutet. Die KPD. hat in ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte mehr als einmal — frei von jeder kleinbürgerlichen Sentimentalität, von jedem Selbstgefühl — ihre Schwächen aufgedeckt und überwunden. Die KPD. wird diesem Beispiel folgen.

Die Hauptmängel sind nicht zu suchen in der kerngesunden proletarischen Mitgliedschaft der Partei, sondern in der Spitze ihrer Spitze, die versagt hat. Vor der Partei stehen neue große Aufgaben. Die Situation entwickelt sich nicht gegen uns, sondern **für uns.** Der Klassenkampf in Deutschland bewegt sich seit einigen Monaten nicht mehr auf der sinkenden, sondern auf der **aufsteigenden Linie.**

Nur wenn die gesamte Partei alle Zeichen der Zeit erkennt, wenn sie sich auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft, auf die Kommunistische Internationale auf die unbesiegbare Kraft der deutschen Arbeiterklasse besinnt, — kann sie die Krise überwinden und das deutsche Proletariat zum Siege führen. Dann aber mit Sicherheit.

Exekutive der KI.:

Sinowjew, Bucharin, Manuilski, Piatnitzki,
Lesowski (Sowjet-Union).
Jacob (Frankreich).
Brown (Groß-Britannien).
Kuusinen (Finnland).
Scheflo (Norwegen).
Kilbom (Schweden).
Kolarow (Bulgarien)
Dimitrow (Bulgarien).
Weschkovitsch (Jugoslavien).
Katayama (Japan).
Roy (Indien).
Mickewitsch-Kapsukas (Litauen).

Delegation der KPD.:

Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan,
Schneller, Scher, Kühne, Ströbel, Heinz Neumann
und das

Zentralkomitee der KPD.
(Sektion der Komm. Internationale.)

Resolution

des ZK. der KPD. zu den Beschlüssen der Exekutive in der deutschen Frage.

1. Das ZK. der KPD. billigt den Bericht über die Verhandlungen der Delegation der KPD. mit der Exekutive der Komintern, er stimmt den Beschlüssen der Exekutive vorbehaltlos zu.

2. Das ZK. stimmt dem Offenen Briefe der Exekutive an die deutsche Parteimitgliedschaft zu und erkennt die Richtigkeit der von seiten der Exekutive an der bisher führenden Gruppe Ruth Fischer-Maslow geübten Kritik an.

3. Das ZK. stimmt den organisatorischen Beschlüssen der Exekutive zu und beschließt, sie sofort durchzuführen.

4. Um die breitesten Massen der Parteimitgliedschaft in allen Bezirken und Organisationen von der Richtigkeit und Notwendigkeit der gefaßten Beschlüsse zu überzeugen, ist von seiten der Zentrale eine breite aufklärende Tätigkeit in der gesamten Partei zu entfalten.

5. Das Zentralkomitee hat als geschlossene Körperschaft die Beschlüsse der Exekutive durchzuführen und gegen jeden Widerstand zu verteidigen.

6. Die innere Arbeit des Zentralkomitees muß im Sinne des neuen Kurses auf der Linie erhöhter Kollektivarbeit, d. h. stärkste gemeinsame Zusammenarbeit aller Mitglieder und Kandidaten des ZK. organisiert werden.

7. Eine Parteikrise kann nur dann vermieden werden, wenn das ZK. auf der Linie der neuen Beschlüsse die gesamte Partei einheitlich zusammenschließt und auf dem Wege der praktischen positiven Aufgaben geschlossen vorwärts führt.

8. Jeder Angriff gegen die Linie der Komintern im allgemeinen und gegen die neuen gefaßten Beschlüsse in der deutschen Frage insbesondere muß rücksichtslos bekämpft werden, von welcher Seite er auch kommen mag, sei es von rechts oder von ultralinks.

*

Mit allen gegen eine Stimme, bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0005

Gewerkschaftsbewegung

Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Halle

Die hallischen Zimmerer nahmen am Sonnabend in einer gut besuchten Mitgliederversammlung zu der am 28. August getätigten **Vereinbarung über die Löhne der Bauarbeiter Stellung.** Das einleitende Referat hielt der Kollege Förster. Aus den Ausführungen war zu entnehmen, daß die Vereinbarung in keiner Weise der wirklichen Teuerung entspricht, noch der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Seite der Bauarbeiter Rechnung trägt. Fest steht, daß die Ausperrung der Unternehmer verkracht ist, ihren Willen haben sie nicht durchgesetzt. War doch ihr Hintergedanke der, die baugewerblichen Organisationen zu zerschlagen, um dann einen RTV. zustande zu bringen, welcher restlos ihren Wünschen nach Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau usw. entsprechen sollte. Aber auch die Bauarbeiterschaft hat durch das **mangelhafte Kompromiß** ihren Sieg über die Unternehmer nicht vollenden können und ist auf halbem Wege stehen geblieben. Die Vereinbarung ist nach Ansicht der Verhandlungskommission unter folgenden Gesichtspunkten getätigt: 1. Die Finanzlage des Verbandes, 2. die vorgeschrittene Jahreszeit und 3. daß einige Kampfgebiete bereits 12 Wochen im Kampfe standen. Eine Gesamtaussperrung hätte eventuell die Bauarbeiter direkt den Unternehmer ausgeliefert. Das sollte vermieden werden. Der Kollege Förster ging dann auf die **Haltung des ADGB.** und der dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften ein. Die Schwerfälligkeit der ADGB. in einem derartigen heroischen Kampfe, wie ihn die Bauarbeiter geführt haben, sofort mit aller Energie und aktiver Solidarität einzugreifen, ist wieder einmal bewiesen. Das bedingt, daß die Berufsverbände schleunigst in machtvolle Industrieorganisationen umgestellt werden müssen, welche aber auch dann nur einen Erfolg sichern, wenn der Kampf unter **scharfstem Klassenkampf** geführt wird. Da auf Grund der Vereinbarung eine Weiterführung nach Lage der Sache im Reiche nicht mehr erfolgreich sein kann und um Zerspliterungen zu verhindern, empfiehlt die Streikleitung den Abbruch des Kampfes.

Eine Entschließung, die mit bereits veröffentlichten, wurde dann mit großer Mehrheit angenommen:

Unter Verbandsangelegenheiten wurden noch einige geschäftliche Mitteilungen erledigt und unter anderem beantragt, die Angelegenheit MTV. in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen, wozu ein Zentralvorstandsmitglied geladen werden soll.

Ortsausschuß Naumburg zur Bezirkskonferenz des ADGB.

In der letzten Kartellsitzung entspann sich nach Erledigung der Eingänge und des Kassenberichts eine längere Debatte über die am 10. und 11. Oktober stattfindende **Bezirkskonferenz des ADGB.** Der Kassenbericht des Bezirkssekretärs Wernicke, welcher gedruckt vorlag, verursachte **bei allen Delegierten lebhafte Bedenken, weil** gerade die Ortskartelle, auf die sich Wernicke bei seiner Kampagne gegen die Opposition stützt, noch mit dem 1. und 2. Quartal der Beiträge im Rückstande sind, während fast alle Ortskartelle der Opposition ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Auf der Bezirkskonferenz muß zu dieser Sachlage unbedingt Stellung genommen werden. Die Einberufung der Bezirkskonferenz nach Magdeburg erschien Delegierten als unzweckmäßig, da Magdeburg von sehr viel kleinen Ortskartellen gerade des Oppositionsbezirks Halle-Merseburg aus finanziellen Gründen nicht beschickt werden könne. Das Naumburger Kartell beschloß aber einstimmig, die zukehenden zwei Delegierten nach Magdeburg zu entsenden und zu finanzieren. Als solche wurden gewählt die **Genossen Fieker und Kramer.** Den Delegierten wurde anheim gegeben, im Sinne des gewerkschaftlichen Einheitsgedankens auf dem Kongreß zu arbeiten und scharf Stellung zu nehmen gegen die Zoll- und Steuerpolitik des ADGB.

Unter „Verschiedenes" wurde Stellung genommen zur Frage des Bauarbeiterkampfes und ein Antrag der Bauarbeiter angenommen, der verlangt, daß die städtischen Bauten in eigene Regie übernommen werden sollen, wofür sich insbesondere die Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament einzusetzen haben. Des weiteren wendet sich das Kartell einstimmig gegen die verleumderische Stellungnahme der SPD.-Presse, insbesondere des „Volksboten" gegen die Hilfsaktionen der IAH.

Eine Resolution, welche sich gegen die Sabotage der SPD.-Presse wendet, wurde mit allen Stimmen angenommen und soll beiden Pressen, dem „Volksboten" und „Klassenkampf", zum Abdruck übersandt werden.

Bundestag des Verkehrsbundes

(Schluß)

Ein Antrag von Mannheim-Ludwigshafen, der besagt, es ist mit größtem Nachdruck auf einen baldigen **Zusammenschluß mit dem Eisenbahnerverband und der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft** hinzuwirken, ebenso ist eine **Arbeitsgemeinschaft mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu erstreben,** ebenso ähnlich Anträge von Stadthagen und Stettin, die verlangen, der Vorstand ist zu beauftragen, sofort Schritte zu unternehmen, **sämtliche Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation, gegliedert in Industriegruppen, zusammenzuschließen, werden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.** Desgleichen ein Antrag München, der verlangt:

„Die Delegierten zum 12. Gewerkschaftskongreß werden beauftragt, sich erneut für die Form der Industrieorganisationen einzusetzen. Die Tendenz der Industrieorganisationen darf **nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern nur der Klassenkampf bilden."**

Ein Antrag Göppingen: Der Bundestag hat gemeinsam mit dem deutschen Gewerkschaftskongreß Mittel und Wege zu beraten, um eine Beseitigung der unerträglichen Einkommensteuer (Lohnsteuer) herbeizuführen, wird ebenfalls überwiesen.

Ein Antrag Hamburg und Stadthagen, der vom Bundesvorstand verlangt, bei allen in Frage kommenden Körperschaften sowie auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß sich mit aller Entschiedenheit für die Auflösung der technischen Nothilfe einzusetzen, wird einstimmig angenommen.

Anträge von Berlin, Barmen, Duisburg, Elbing, Erfurt, Göppingen, München und Stettin fordern:

„Der Bundestag wolle beim ADGB. bzw. dem internationalen Gewerkschaftsbund dafür Sorge tragen, daß endlich die **gesamten Gewerkschaften der Welt sich einheitlich zusammenschließen unter der Voraussetzung, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaften ausgeschieden werden** und ob Amsterdamer oder Moskauer Richtung, im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einheitliche Richtlinien beschlossen werden, die zum Nutzen und Wohl der gesamten organisierten Arbeiter sind", wurde überwiesen.

Ein Antrag Stadthagen, „der deutsche Verkehrsbund tritt als korporatives Mitglied der Internationalen Arbeiter-Hilfe bei", wird zur Erledigung dem Vorstand überwiesen.

Der Antrag Dortmund, der verlangt, auf die politischen Parteien ist einzuwirken, daß für die Beamten, die bis jetzt noch immer ohne rechtliche Betriebsvertretung sind, endlich ein **Beamtenrätegesetz** geschaffen wird, wird angenommen.

Ein Antrag Frankfurt a. M. verlangt, daß allen Bestrebungen für die Jugendlichen ein Arbeitsdienstpflichtgesetz einzuführen die größte Aufmerksamkeit zu widmen ist und gegebenenfalls mit der Fühlungnahme des Jugendsekretariats des ADGB. der schärfste Kampf dagegen geführt werden muß, wird angenommen.

Ein Antrag München, der besagt, der ADGB. hat im Einvernehmen mit den politischen Arbeiterparteien und deren Fraktionen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den 1. Mai als Feiertag zu erkämpfen, wird dem Vorstand überwiesen.

Ein Antrag Nordhausen, dem Reichstag einen Antrag zu unterbreiten, der verlangt, daß das Betriebsrätegesetz in seiner alten Form wieder in Kraft zu setzen ist, d. h. die durch die Verordnungen auf-

Verbandstag der Holzarbeiter

16. bis 22. August in Stuttgart

Infolge des freien Materialandranges können wir erst heute mit dem Bericht des Verbandstages der Holzarbeiter beginnen. Red.

Am 17. August wurde in Stuttgart der 14. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes eröffnet. **Dem von der „Roten Fahne" entsandten Berichterstatter wurde der Eintritt zum Kongreß verweigert.**

Nach der Konstituierung des Verbandstages und den üblichen Begrüßungsansprachen wählte man in das Präsidium Tarnow und Kellermann, Stuttgart. **Der russische Holzarbeiterverband hatte dem Verbandstag ein Telegramm gesandt, in welchem er die Tagung begrüßt und die Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß in der Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten beider Organisationen stattfindet.**

Danach tritt der Verbandstag in die ordentliche Tagesordnung ein. Bei der Stellung der Unterstützungsfragen zu den eingebrachten Anträgen der Tagesordnung waren alle Anträge der Opposition nicht genügend unterstützt. Zum zweiten Tagesordnungspunkt: Bericht des Vorstandes, spricht **Tarnow.** Bei der Frage des Achtstundentages und der gesetzlichen Sicherungen zum Schutze der Arbeitsverhältnisse, wie Demobilmachungsverordnung usw., vergißt er, selbstverständlich zu bemerken, daß diese **gesetzlichen Verordnungen mit ihren Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterschaft nur eine Folge der Zustimmung der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz und der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführer** waren. Zur Frage der internationalen Beziehungen zu Rußland wirft Tarnow **dem jetzt in Sowjet-Rußland weilenden Kollegen Freiberger Geschmacklosigkeit vor, da er hinter dem Rücken der Organisation die Reise nach Rußland angetreten habe,** trotzdem jedermann weiß, **daß Freiberger als Vorsitzender der Holzarbeiter Betriebsräte von diesen einstimmig gewählt wurde.**

Nach dem Referat Tarnows folgt der Bericht des Ausschusses. **Aus dem Bericht geht hervor, daß der Hauptvorstand 44 Kollegen wegen ihrer kommunistischen Anschauung aus dem Verband ausgeschlossen hat.** Der Bericht des Holzarbeiterverbandes gibt Kaiser, der die alten bekannten Tiraden von der Spaltung der Gewerkschaften und den Kommunisten aufwärmt. Die Außenpolitik Rußlands bezeichnet er als einen roten Imperialismus und beweist dadurch, daß er den bürgerlichen Kriegshetzern gegen Rußland in nichts nachsteht.

Den Bericht der Pressekommission erstattet Genosse Handke, Berlin. In seinem Bericht knüpft er an den letzten Beschluß des Verbandstages in der Frage der Arbeitsgemeinschaft an und stellt fest, daß die bisherige Schreibweise des Verbandsorgans in der alten arbeitsgemeinschaftlichen Einstellung weiter fortgesetzt worden ist. An den letzten Ereignissen in England zeigt er, welche Kraft in den Gewerkschaften vereinigt ist, wenn sie nur energisch auf die Durchsetzung ihrer Forderungen bestehen. Weiter wendet er sich scharf **gegen die Ausführungen Kaisers, der die Politik des einzigen Arbeiterstaates, Rußland, als roten Imperialismus bezeichnete.**

In der **Diskussion** spricht als erster Freigang, Berlin, über den großen Musikarbeiterkampf, den der Hauptvorstand nicht unterstützt hat. Er erklärt den Zustand, daß die Preßkommission nicht gemeinsam mit dem Hauptvorstand geht, für unhaltbar. Er fordert also indirekt die **Abschaffung der Preßkommission.**

Genosse Josef Huber, München, fordert von Tarnow Auskunft, in welcher Nummer der „Trud" die Mitteilung gestanden habe, daß Freiberger zweiter Präsident des Deutschen Holzarbeiterverbandes sei. Aller Wahrscheinlichkeit sei dies eine der üblichen antibolschewistischen Pressemeldungen. Freiberger ist zweiter Vorsitzender der Münchener Zahlstelle und Vorsitzender der freigewerkschaftlichen Betriebsräte München. Er geht dann auf die Angriffe der Unternehmer ein und zeigt, daß diese nur auf Grund der arbeitsgemeinschaftlichen Politik sich wieder so stärken konnten. Dieser Vorstoß der Unternehmer habe schon mit dem Abbau der Betriebsräte begonnen. Er widerlegt dann nochmals die demagogische Behauptung, daß die „Zellenbildung" die Gewerkschaften zerstöre. **Die Kommunisten wollen nicht die Gewerkschaften zerstören, sondern fordern für sich dasselbe Recht, in der Organisation ihre Meinung zu vertreten, um den Verband von der arbeitsgemeinschaftlichen Einstellung abzubringen und ihn zu revolutionieren, damit er ein wirkliches Organ des Klassenkampfes wird.** Die Ausschüsse sind deshalb zu Unrecht erfolgt.

Die meisten der noch folgenden Redner singen ein Loblied auf die Politik des Hauptvorstandes und stimmen in den Chor der Kommunistenhetze ein. Eine sachliche Diskussion mit diesen Delegierten ist unmöglich, sie bringen immer wieder die alten Sprüche.

Gemolke, München (SPD.), muß gegenüber Tarnows Behauptung, daß Freiberger hinter dem Rücken der Organisation nach Rußland gegangen sei, erklären, daß er **regelrecht in der offiziellen freigewerkschaftlichen Betriebsrätevollversammlung Münchens gewählt wurde.**

Genosse Wandt, Wiesdorf, widerlegt die Behauptungen von der Schuld der Kommunisten am Niedergang des Verbandes und bringt zum Ausdruck, daß es ebenfalls auch das Bestreben der Kommunisten ist, den Verband wieder auf den höchsten Mitgliederstand zu bringen.

2. Tag

Die Schlußworte bringen nichts neues. Die Hetze Tarnows über die dreimal totgejagten Kommunisten sind alle Kamellen.

Ueber die **Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes** referieren Schleicher und Dämmer vom Hauptvorstand.

In seiner Rede bringt Schleicher zum Ausdruck, daß es nicht unbedingt notwendig ist, Tarifverträge abzuschließen. Die Kollegen müssen es auch verstehen, ohne Tarifvertrag ihre Forderungen durchzusetzen. Welch radikale Theorie aus diesem Munde! Diese Theorie entspringt jedoch nicht der revolutionären Auffassung, sondern der einfachen Tatsache, daß von seiten der Unternehmer der Abschluß von Tarifverträgen nicht immer für vorteilhaft gehalten wird, um ihre Forderungen besser durchzusetzen. Dieser Auffassung der Unternehmer passen sich jetzt die Reformisten an. Des weiteren tritt er für eine bessere Bezahlung der Facharbeiter gegenüber den Spezialarbeitern und ungelernten Arbeitern ein. Eine Forderung, die so gestellt schon lange von den Unternehmern erhoben wird, um die Arbeiterschaft zu spalten.

Anschließend spricht Dämmer über die **Lohn- und Tarifverhältnisse** der einzelnen Branchen, der Knöpf-, Kamm-, Pinsel-, Korb-Industrie usw. Ein großer Teil seiner Ausführungen behandelt die Grenzstreitigkeiten mit den einzelnen Verbänden, besonders mit dem Metallarbeiterverband. Ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit für die Schaffung von Industrieverbänden.

Die **Diskussion** brachte am zweiten Tage nichts wesentliches, nur Dörfer, Fürth, wendet sich gegen Schleichers Auffassung von der Differenzierung und fordert, daß die Spanne zwischen den Facharbeitern, Spezialisten und ungelernten Arbeitern nicht allzusehr vergrößert wird.

Knoll vom ADGB. verteidigt die Haltung des ADGB. Er habe immer seine Pflicht getan. Die Frage der Arbeitszeit und der Löhne gehört nicht zu den Aufgaben des ADGB., sondern zu den Aufgaben der einzelnen Verbände. Eine feine Ausrede. Knoll schlägt vor, das Material von Dämmer über die Grenzstreitigkeiten mit dem Metallarbeiterverband auf dem Gewerkschaftskongreß **gegen Dißmann** zu verwenden.

3. Tag

Die Diskussion wird fortgesetzt. Nach mehreren Diskussionsrednern wird ein Schlußantrag angenommen, durch welchen die Opposition nicht mehr zu Wort kommt.

Im Schlußwort bedauert Schleicher, **daß kein Gauvorsteher** zu diesen Fragen gesprochen hat. Er forderte „größere Vorsicht" bei den Kämpfen. Es sollen also die Kämpfe, die bisher ohne den Hauptvorstand geführt wurden, unterbunden werden. Bei Abschluß von Tarifverträgen müssen wir wieder zur Vorkriegsmethode, der Dreiteilung, zurückkehren. Tarife sollen nur abgeschlossen werden, wenn sie Waffen in der Hand der Kollegen sind. Weiter erklärte er, daß sie wohl prinzipiell für 14 Tage Ferien sind, aber leider bei den Verhandlungen nicht immer darauf bestehen können. Das ist ein schöner Trost für die Holzarbeiter.

Die vorgeschlagene Resolution wurde angenommen.

Es erhält dann das Wort Tarnow zum vierten Punkt: „Die Stellung der Gewerkschaften zum Staat und zur Wirtschaft".

Tarnow geht in seinem Referat über diesen Punkt von der Tatsache aus, daß die jetzige Ruhe im Wirtschaftsleben mehr Zeit als früher bietet, um über die Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen. In seinem Referate war jedoch nichts von den Grundsätzen des Klassenkampfes und der gesellschaftlichen Entwicklung, wie sie Marx und Engels der Arbeiterschaft gelehrt hat, zu spüren. Als nächstes Ziel fordert Tarnow die „Mitwirkung der Arbeiter in der Wirtschaft". Politisch haben wir sie formell, aber wirtschaftlich nicht. Natürlich geht dies nicht mit Gewalt durchzusetzen, sondern nur Schritt für Schritt. (Angeführt so wie seit 1918 die Sozialisierung marschiert ist, und die Arbeiterklasse langsam in den Sozialismus hineinwuchs.) Er geht dann auf den Versuch der Unternehmer ein, auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter sich neues Betriebskapital zu beschaffen. Dies ist nicht notwendig, denn sie können sich ja Geld borgen. Eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung kann nicht durch die Vergrößerung des Lohnanteils an dem Arbeitsertrag erreicht werden, sondern nur durch Steigerung der Produktivität. Dazu ist notwendig, die Zahl der unproduktiv Arbeitenden zu verringern, den Zwischenhandel auszuschalten, aber auch die Intensivierung der Arbeitsleistung. (Also mehr schuften. Eine alte Forderung der Unternehmer in der heutigen Zeit.) Der Reichswirtschaftsrat muß ausgebaut und der Artikel 165 der Verfassung durchgeführt werden. Er fordert von den Parteien alle Möglichkeiten, um auch außerparlamentarisch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten. (Warum geschah das nicht beim Zollkampf?)

Wegen der „Vortrefflichkeit" des Referats wurde gegen die Stimmen der Opposition von einer Diskussion Abstand genommen.

Angenommen wurde noch eine Resolution zur Zoll- und Steuerpolitik, die im wesentlichen sich der Erklärung des ADGB. anschließt und für Lohnforderungen zum Ausgleich der Verteuerung der Lebenshaltung eintritt.

Es folgt das Referat John über den Internationalen Holzarbeiter-Kongreß. Seine Ausführungen sind eine Wiedergabe des gedruckt vorliegenden Berichts Woudenbergs. Den Holzarbeiterverbänden in Rußland, Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und der unitären Organisation Frankreichs wurde die Aufnahme in die Union verweigert, weil die Bedingungen der Wiener Resolution, welche die Lösung von der Roten Gewerkschafts-Internationale fordert, nicht erfüllt sind. Der Brüsseler Kongreß hat die Wiener Resolution wiederum bestätigt. Dafür hofft man aber, daß es gelingt, die gelbe amerikanische Organisation für die Union zu gewinnen.

In der Diskussion wurde von Genossen Joseph Huber, München, noch einmal auf die Notwendigkeit der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit hingewiesen. Wenn die Internationale nicht nur in Worten bestehen soll, dann muß sie alle Länder in sich vereinigen. Nur so wird sie in der Lage sein, den Angriffen des Weltkapitals entgegentreten zu können. Die russischen Kollegen haben bewiesen, daß sie das Recht haben, in der Internationale aufgenommen zu werden. Sie haben immer wieder ihren Willen zur Einheit betont. Auf dem von den englischen und russischen Gewerkschaften eingeschlagenen Weg muß die Einheit hergestellt werden. Wer dagegen ist, der will die Einheit nicht.

Im Schlußwort betont Tarnow noch einmal, daß die Russen nur aufgenommen werden, wenn sie auf den Boden von Amsterdam treten. Mit allen Mitteln werden sie sich wehren, daß sie durch irgendeine Hintertür hereinkommen. Wenn Rußland aufgenommen werden will, muß es sich von der RGJ. und der 3. Kommunistischen Internationale lösen.

Es wird gegen die Stimmen der Kommunisten eine Resolution angenommen, die die Brüsseler Beschlüsse billigt. (Schluß folgt.)

---

gehobenen Paragraphen wieder in Kraft treten zu lassen, wurde überwiesen.

Ein Antrag Dresden verlangt, daß beim Vorstand des ADGB. dahin zu wirken ist, daß letzterer beim Parteivorstand der SPD. vorstellig wird, um zu erreichen, daß die sozialdemokratischen Beamten veranlaßt werden, sich einer dem ADGB. angehörenden Gewerkschaft anzuschließen, wurde angenommen.

Ein Antrag Stadthagen verlangt, daß die wegen ihrer politischen Tätigkeit ausgeschlossenen Bundesmitglieder, soweit sie Antrag auf Wiederaufnahme stellen, ausnahmslos in den Verkehrsbund wieder aufgenommen werden, wird dem Vorstand überwiesen. Zu diesem Antrag meinte Schumann, daß wegen politischer Vergehen noch niemand aus dem Verbande ausgeschlossen worden sei (!) und damit der Antrag als erledigt betrachtet werden muß, weil die Voraussetzungen nicht zutreffen. (!!) Damit ist die Beratung der Anträge abgeschlossen.

Die Wahl des Bundesvorstandes ergab die Wiederwahl sämtlicher bisheriger Mitglieder.

Mulst-Duisburg, Schicht-Dresden, Detter-Berlin, Flieger-Berlin, Lehrke-Bochum, gaben folgende Erklärung ab:

„Nach den Verhandlungen auf dem Bundestage, nach den verschiedenen Abstimmungen und den Ausführungen des Kollegen Schumann zum Geschäftsbericht und des Kollegen Lindow zum Bericht der Presse stellen wir fest, daß der Hauptvorstand es als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, auf das schärfste die Kommunisten zu bekämpfen. Ferner steht fest, daß der Bundesvorstand das Reichspostministerium der reaktionären Luther-Regierung zu dem Verbandstag eingeladen hat, während die russische Bruderorganisation, obwohl ein Antrag der Ortsverwaltung Münchens gestellt war, nicht eingeladen wurde. Wir vertreten die Auffassung, daß durch eine derartige Stellungnahme des Vorstandes die Einheit der Arbeiterklasse nicht gefördert, sondern sabotiert wird. Es stimmt nicht, daß, wie Schumann sagt, an der Tätigkeit des Vorstandes keine Kritik geübt wurde. Es ist dies einwandfrei festzustellen im Verhandlungsprotokoll. Wir erklären uns außerstande, einem derartig eingestellten Vorstand unser Vertrauen zu geben."

Engel, der die Erklärung verlesen hatte, hatte dazu nur die vage Antwort: Wir haben keine Veranlassung, Organisationen, die sich gegen unsere Taktik wenden und dieselbe zu durchkreuzen versuchen, einzuladen.

Schumann kommt in seiner Schlußrede auf die Gehaltsfrage der Angestellten zu sprechen und bekommt für den Vorstand die Ermächtigung, die Grundgehälter der Angestellten aus sich heraus zu regeln.

Auf die Zusammensetzung des Bundestages eingehend, meint er, daß diese auf das zurückkehrende Vertrauen der Mitglieder an die Angestellten zurückzuführen sei. Bei den üblichen Schlußreden sprechen auch der Schweizer und holländische Vertreter. Unter Absingen der Internationale wurde sodann die Tagung geschlossen.

Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Bundestag wird dem Vorstand überlassen.

Achtung, Metallarbeiter!

In Betrieb der Firma Albert Mohr, Halle, Delitzscher Straße, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma beabsichtigt, den Lohn abzubauen. Daraufhin haben gestern die Maschinenbauer restlos die Arbeit eingestellt. Wir ersuchen die Kollegen um strengste Solidarität. **Die Streikleitung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Heraus zum Protest gegen Grützners Verbot!

Sonnabendabend in der „Funkenburg", Merseburg, große Protestkundgebung — Sonntag Aufmarsch auf den Straßen Ammendorfs

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Grützner hat geruht, den Internationalen Jugendtag, der am 6. September in Merseburg stattfinden sollte, zu verbieten, da am gleichen Tage in Merseburg ein Sedanrummel stattfindet. Das darf sich das mitteldeutsche Proletariat, und in seiner Vorhut das Jungproletariat, nicht ohne Protest bieten lassen. Daher wird der bereits ursprünglich für Sonnabend vorgesehene Begrüßungsabend den Charakter des Protestes gegen Grützners Verbot tragen. Das übrige Programm bleibt unverändert und umfaßt folgendes:

1. Teil:

1. Massengesang („Internationale").
2. Rezitation.
3. Aufführung des JSB. („Der Wagen").
4. Sprechchor.
5. Zwei Bilder (Steuern und Zölle).

2. Teil:

6. Spielmannszug des RFB.
7. Rezitation.
8. Ansprache des Jugendvertreters.
9. Theater: „Der Geist des Proletariats!"
10. Schlußgesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!"

Junge und erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen zu dieser Protestkundgebung. Der Sozialdemokrat Grützner wollte den Aufmarsch des Jungproletariats verhindern. Das darf nicht sein.

Auf, zur Protestkundgebung am Sonnabendabend 8 Uhr in der „Funkenburg", Merseburg!

Für Sonntag aber heißt die Parole:

Auf, zum Internationalen Jugendtag nach Ammendorf!

Programm

zur Feier des 11. Jahrestages des Internationalen Jugendtages

am Freitag, dem 4. September (nicht Donnerstag, den 3. September), abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark".

1. Musikstück
2. Vorspruch
3. Rezitationen
4. Gesangsvortrag
5. Die Reformation. Ein Feldpostbrief (Lesestück)
6. Musikstück
7. Ansprache (Peter Maslowski).

Pause

8. Gesangsvortrag
9. Sohn und Vater (Lesestück)
10. Musikstück
11. Rezitationen
12. Gemeinsamer Gesang („Dem Morgenrot entgegen").

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

Der Küchenmeister des „Retters" in der Steintor-Diele

„Hall. Nachrichten" v. 31. August 1925.

Weinstube am Steintor

neben Walhalla
empfiehlt
ihre gutgepflegten und preiswerten
Weine u. Schaumweine
feinste Küche
unter der Geschäftsleitung des ehem. Küchenmeisters im Hauptquartier Sr. Exzellenz v. Hindenburg

Abds. Künstlerkonzert

Lieber „Klassenkampf"!

Siehst Du nun, was los ist? Also die ganze Zeit her hast Du uns „beschwindelt" und immer geschrieben, die Offiziere hätten verschwenderisch hinter der Front gelebt. Da hast Du's nun, nicht mal einen Küchenmeister hat das Große Hauptquartier gehabt, dort stand nur eine Feldküche. — Doch Spaß beiseite: Unter solchen Umständen wäre der Krieg auch für mich eine Erholung — ein wohltuendes Stahlbad gewesen. Schade, daß er zu Ende ist, nicht wahr. Großes Hauptquartier! Freue Dich, Steintordiele Du im nächsten Krieg oder im nächsten Bürgerkrieg als Großes Hauptquartier vorgesehen, dann kann in der Küche Fortsetzung folgen „unter der Geschäftsleitung des ehem. usw. usw."

Freut Euch auch, Ihr Bürger Halles, daß Ihr ihn in Euren Mauern beherbergt, den ehemaligen Küchenmeister im Hauptquartier des Retters, mit dessen Kochkunst jetzt Reklame gemacht wird.

Geht hin, alle, und holt Euch eine Kostprobe, dann wißt Ihr Bescheid, weshalb der Stellungskrieg 4 Jahre lange gedauert hat.

Mit bestem Gruß!

Ein Leser des „Klassenkampf".

Tier- u. Menschenliebe der „Hallischen Nachrichten"

Humanität ist eine schöne Sache, sie darf nur nicht in Menschenliebe ausarten, ist die Auffassung der Objektivität bis hart an die Grenze des Erlaubten liebenden „Hallischen Nachrichten". Sie veröffentlichen ein Bild: Gasmasken für Tiere. Da wird gezeigt, wie einem Hund die Gasmaske vorgebunden wird. In dem Text dazu heißt es:

„In dem nächsten Kriege, auf den man trotz aller schönen Friedensreden in allen nichtdeutschen Ländern mit aller Energie vorbereitet, werden auch Pferde und Hunde mit Gasmasken ausgestattet sein. Diese humane Neuerung ist an und für sich zu begrüßen, doch wären alle Völker der Welt heilfroh, wenn es nie dazu käme, sie praktisch zu erproben." —

Natürlich sind nur die „nichtdeutschen Länder" so böse, einen Krieg zu wollen. Die Möchtegernimperialisten der deutschen Bourgeoisie begnügen sich vorläufig mit Tannenberg- und Sedanfeiern, mit Ludner-Beitelreisen und Reichswehrfeldgottesdiensten und die „Hallischen Nachrichten" mimen, wenn auch nicht in dem rasenden Tempo der „Halleschen" und „Allgemeinen Zeitung" wacker mit. Dabei verrät uns die herzliche Tierliebe dieses Bildes nicht, ob es auch Gasmasken für Säuglinge und Schulkinder gibt, so daß diese „humane Neuerung an sich zu begrüßen" wäre. Oder bilden sich die Humanitätsduselinge der „Hallischen Nachrichten" ein, daß in den nächsten Kriegen vor der Vernichtung ganzer Städte und somit auch der Kinder halt gemacht werden wird? Da sollen sie mal den Retter fragen.

*

Daß wir in furchtbarster Teuerung leben, können selbst bürgerliche Zeitungen nicht abstreiten. Sie empfehlen aber gutwirkende Mittel dagegen. — Nicht etwa Lohnerhöhung, wie jeder klardenkende Arbeiter meinen wird, sondern Einschränkung der Lebenshaltung. Nicht nur den Proletariern. Die „Hallischen Nachrichten" versuchen die kleinen Beamten zu trösten und sie von der klaren Erkenntnis auch ihrer Klassenlage abzubringen. Sie versuchen den Angestellten, denen man eben erst einen neuen Tarif von unglaublich minimalen Gehältern anzubieten wagt, klarzumachen, daß sie sich einrichten müssen. Es fragt sich nur, ob sie von diesen guten Ratschlägen satt werden. Dabei behauptet der Artikelschreiber der „Hallischen Nachrichten" mit der Kühnheit des keine Zusammenhänge sehenden Kleinbürgers:

„Ein höher gestelltes Einkommen bringt auch eine Verbesserung der ganzen Lebenshaltung und eine Erhöhung der Ansprüche mit sich und macht so Aufwendungen zur Regel, ja zur Notwendigkeit, an die man in einer weniger bemittelten Haushaltung gar nicht denken würde."

Damit soll wieder mal der Segen der Armut so recht hervorgehoben werden. Wer nichts hat, braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen über die „Ansprüche", die er stellen könnte. Und wer viel hat, hat die entsetzliche Sorge, wie er wohl das Geld los werden wolle und alle „Aufwendungen" richtig einteile.

Die „Hallischen Nachrichten" sollen nur aufpassen, daß ihre hausfraulichen Beruhigungspillen bei ihren Lesern nicht einmal durchschlagenden Erfolg haben.

Die Bauarbeiter

wurden durch den Verrat der Gewerkschaftsbureaukratie gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Trotzdem werden sie am kommenden Freitag fast keinen Lohn erhalten. Darum schickt sofort die Sammellisten mit den Geldbeträgen ein. Die Bauarbeiter

müssen unterstützt werden!

6. September, Kampftag der arbeitenden Jugend!

Zum elften Male veranstaltet die Kommunistische Jugend-Internationale am 6. September ihren Internationalen Jugendtag. Elf Jahre sind vergangen, leidem die revolutionäre Jugend Europas ihren direkten Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg und für die Diktatur des Proletariats aufgenommen hat.

Bei Beginn des Weltkrieges, im Jahre 1915, war es nur eine kleine Schar, die den Kampf begann. Heute ein 2-Millionen-Heer, vereinigt in der Kommunistischen Jugend-Internationale, die der Ausbeutung und neuen imperialistischen Kriegen den Krieg erklärt haben!

Noch sind die Wunden, die der Krieg dem arbeitenden Volke gebracht hat, nicht vernarbt, und schon zeigen uns die Kolonienkriege in Marokko Syrien und China, daß ein **neuer Weltkrieg** droht mit allen seinen Schrecken für die Arbeiterschaft aller Länder. Zu gleicher Zeit organisieren die Kapitalisten Europas den **Feldzug gegen Sowjet-Rußland.** Deutschland soll durch den Eintritt in den Völkerbund Aufmarschgebiet gegen das Arbeiter-Rußland werden. Heute schon verbittet die arbeitende Jugend Deutschlands als Fremdenlegionäre auf den Schlachtfeldern von Marokko im Interesse der französischen Imperialisten. 8000 Deutsche, insbesondere Jungarbeiter, sind durch die elende wirtschaftliche Lage der Kapitalisten auf die Schlachtbank gehetzt. 4000 sind bereits Opfer des französischen Imperialismus.

Aufs neue soll die arbeitende Jugend Deutschlands unter Führung von deutschen Generalen im Interesse des Ententekapitals als Kanonenfutter gegen das Arbeiter-Rußland geführt werden.

Steuern und Zölle sind die praktischen Auswirkungen des Dawes-Gutachtens, die die Lebenslage der deutschen Arbeiter weiter herunterschen und verschlechtern.

Die Ausbeutung der Jungarbeiter wird insbesondere schamlos betrieben. Davon zeugen folgende Beispiele:

Arbeitszeit und Löhne der Jungarbeiter

Die jugendlichen Arbeiter auf den Bergwerken in Mansfeld verdienen bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 1,30 bis 1,50 Mark. Metallarbeiterlehrlinge erhalten in Halle im ersten Lehrjahre bei achtstündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 4,80 Mark. Löhne der jugendlichen Arbeiterinnen bei der Firma Nagel in Sennewitz bei elfstündiger Arbeitszeit pro Tag 1,22 Mark. In der Henkong-Bude in Trotha bei Halle erhalten die jugendlichen Arbeiterinnen bei neunstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 1,53 Mark. Diese Beispiele können beliebig verlängert werden und zeigen mit aller Deutlichkeit, mit welcher Brutalität die Unternehmer gegen die gesamte Jungarbeiterschaft vorgehen. Die Lehrlingsselbstmorde zeigen das Aufgehen der Dollarsonne über dem Dawes-Deutschland mit seinen Lehrlingszuchthäusern. Die Folge dieser Ausbeutung, die in allen Fällen verbunden ist mit gemeiner Behandlung der Lehrlinge durch Lehrherren oder Meister, daß die

Lehrlingsselbstmorde

erschreckend zunehmen. Im Juni wurde in Berlin ein Lehrling von seinem Meister im Jähzorn niedergeschlagen und starb kurz darauf im Krankenhaus. Ende Juli nahm ein Lehrling aus Weißensels sich das Leben, ließ sich von einem Eisenbahnzug überfahren. Ursache: Die brutale Behandlung und Verpflegung durch den Lehrmeister. In Berlin erschoß sich vor vierzehn Tagen ein Lehrling; in dem hinterlassenen Brief teilte er den Eltern mit, daß der Meister daran schuld sei. In den Zeitungen lesen wir fast täglich: „Selbstmord. Ursachen nicht bekannt, Nachforschungen sind eingeleitet."

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! Mobilisiert zum Kampf gegen dieses fluchwürdige System. Demonstriert am Internationalen Jugendtag für die Jugendforderungen des ADGB., der bisher für seine Forderungen noch nichts getan hat:

Für die 45stündige Arbeitswoche, einschließlich der Fortbildungsschulzeit für die jugendlichen Arbeiter!

Für einen freien Sonnabendnachmittag!

Für einen dreiwöchentlichen bezahlten Erholungsurlaub für jugendliche Arbeiter!

Für ausreichenden Jugendschutz und Jugendrecht!

Tretet ein in die freien Gewerkschaften, gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend muß der Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen geführt werden.

Die Sozialistische Arbeiter-Jugend versucht den wirtschaftlichen Aufstieg Sowjet-Rußlands, damit verbunden die Hebung der Lage der russischen Jungarbeiter, durch gemeine antibolschewistische Lügen und Verleumdungen zu verschweigen. Die englische Gewerkschaftsdelegation hat in ihrem Bericht, obwohl es keine Kommunisten sind, festgestellt:

Junge Arbeiter bis zu 16 Jahren arbeiten in Rußland vier, junge Arbeiter bis zu 18 Jahren sechs Stunden am Tage.

Junge Arbeiter unter 18 Jahren werden in den Bergwerken unter und über Tage nicht beschäftigt.

Der Erholungsurlaub für Jugendliche ist in Sowjet-Rußland eingeführt. Ausreichende Lehrlingsausbildung in Lehrlingswerkstätten wird vorgenommen.

Das sind Berichte der englischen Gewerkschaftsdelegation über die Lage der russischen Arbeiterjugend und des Kommunistischen Jugendverbandes. Diese Berichte beweisen deutlich, mit welchem Schwulst von Lügen die Führer der Sozialistischen Arbeiter-Jugend das deutsche Jungproletariat über die wahre Lage der russischen Arbeiter-Jugend hinwegtäuschen wollen. Die Berichte sind spärlich, doch in diesem Augenblick hat die russische Jugend eine Einladung an das deutsche Jungproletariat mit der Aufforderung gesandt, eine Jugend-Delegation nach Sowjet-Rußland zu entsenden. In allen Betrieben und Gewerkschaften muß die arbeitende Jugend Deutschlands Stellung dazu nehmen und eine Delegation entsenden. Mobilisiert, werbt, rüstet unter der großen Armee des Jungproletariats. In Fabriken, Schächten, auf dem Lande, in den Kontoren, überall dort, wo die arbeitende Jugend unterdrückt und ausgebeutet wird, muß tausendfältig der Ruf erklingen:

Heraus zum Internationalen Jugendtag!

Am 6. September auf nach Wittenberg und Ammendorf!

Demonstriert mit der Kommunistischen Jugend

Für die Jugendforderungen des ADGB.!
Für das Streikrecht der Lehrlinge!
Für eine Jungarbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland!
Für die internationale Einheit der Gewerkschaften!
Gegen Steuerraub und Wucherzölle!
Für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Kommunistischer Jugendverband Halle-Merseburg

Jugendkundgebung im „Volkspark" nicht Donnerstag, den 3., sondern Freitag, den 4. September! Karten behalten Gültigkeit

Hallische Tageschronik

Fasching?

In der Nacht vom 30. zum 31. August gegen 2 Uhr entstand auf dem Hallmarkt eine Ansammlung von etwa 200 Personen, hervorgerufen durch zwei männliche Personen, die dadurch großen Unfug verübten, daß sie sich zum Teil ihrer Kleidungsstücke entledigt hatten und halb nackt herumliefen. Der Unfug wurde abgestellt und die Ansammlung zerstreut.

Vom Hunde gebissen

Am 31. August, gegen 8 Uhr nachmittags, wurde in der Leipziger Straße ein Friseurlehrling von einem Hund in den rechten Oberschenkel gebissen. Der Verletzte wurde einem Arzt zugeführt, und konnte nach Anlegung eines Verbandes seinen Weg allein fortsetzen. Der Besitzer des Hundes ist zur Anzeige gebracht, weil der Hund, welcher zwar an einer Leine geführt wurde, keinen vorschriftsmäßigen Maulkorb trug. Tierärztliche Untersuchung des Hundes ist in die Wege geleitet.

Gewerbesteuer

In Nr. 30 des Amts- und Verordnungsblattes für den Saalkreis werden die Gewerbetreibenden des Saalkreises öffentlich aufgefordert, eine Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital für das Rechnungsjahr 1925 abzugeben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Steuererklärung bei Vermeidung von Strafen in der Zeit vom 11. bis 25. September 1925 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, Halle (Saale), Luisenstraße 6, einzureichen sind.

* **Achtung, Betriebsvertrauensleute.** Sämtliche noch im Umlauf sich befindlichen Sammellisten für die ausgesperrten Bauarbeiter sind unverzüglich, spätestens bis Montag, den 7. September, mit den gesammelten Geldbeträgen im Bureau der JAH., Am Wasserturm 2, abzuliefern. Am Freitag können diese aber noch einmal den Kollegen zwecks Zeichnung unterbreitet werden, da die JAH. auch noch in dieser Woche eine Verteilung für die an der Aussperrung beteiligten Bauarbeiter vornehmen wird. Bund der Freunde der JAH., LA. Halle-Merseburg.

Sprechstunden des Stadtgesundheitsamts

Schulärztliche Abteilungen:

Schmeerstraße 1, 1. und 2. Etage, Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag vormittags 8 bis 9 Uhr.

Abteilung für Säuglinge und Kleinkinder:

Schmeerstraße 1, 1. Etage links, Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag nachmittags 3 bis 4 Uhr nur für Kleinkinder (vom 1. bis 6. Jahre).

Städtische Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen:

Montag vormittags ½9 bis 10 Uhr, Erdgeschoß der Schule, Freimfelderstraße 88.

Dienstag vormittags ½9 bis 10 Uhr, Kinderhort, Lauchstädter Straße 28.

Mittwoch vormittags ½9 bis 10 Uhr, Gesundheitsamt, Schmeerstraße 1, 2. Etage (zugleich Schwangerenfürsorge).

Donnerstag vormittags ½9 bis 10 Uhr, Kinderhort Böllberger Weg 116.

Freitag vormittags ½9 bis 10 Uhr, Kinderhort Bürgerpark, Seebener Straße.

Sonnabend vormittags ½9 bis 10 Uhr, Gesundheitsamt, Schmeerstraße 1, 2. Etage (zugleich Schwangerenfürsorge).

Krüppelfürsorgestelle:

Schmeerstraße 1, 2. Etage, Montag, Donnerstag, 8 bis 9 Uhr vormittags.

Fürsorgeärztliche Abteilung:

Talamtschule, Zimmer Nr. 6, wochentäglich 12 bis 1 Uhr

Eheberatungsstelle:

Talamtschule, Zimmer Nr. 6, Donnerstag, 5 bis 6 Uhr nachmittags.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Was sind die Vorbedingungen eines Samariters?

Von der Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle wird uns geschrieben:

Trotz aller hygienischer Vorkehrungen werden täglich Menschen im gewöhnlichen Verkehr, bei ihren Beschäftigungen und in ihren Wohnungen von Unfällen und plötzlichen Erkrankungen betroffen, welche oftmals das Leben bedrohen und schleunige Hilfe erfordern. Nur selten ist es möglich, daß sofort der berufene sachverständige Helfer, ein Arzt, zur Stelle sein kann. Die Angehörigen oder gerade hinzukommenden Personen werden dann die erste Hilfe leisten. Dieselben werden versuchen, eine drohende Lebensgefahr bei dem Verunglückten oder Erkrankten abzuwenden oder ihm ärztliche Behandlung verschaffen. Es kann auch möglich sein, daß man den Patienten erst transportfähig machen muß. — Wenn nun auch jeder Mensch bereit ist, seinem Mitmenschen die erste Hilfe angedeihen zu lassen, so ist doch nicht jeder befähigt, dieselbe so zu leisten, daß sie wirklich zum Nutzen gereicht. Viele stehen in den meisten Fällen ratlos da oder ergreifen in der besten Absicht doch nicht die geeigneten Maßregeln. Dadurch verursachen sie in ihrem Eifer oft mehr Schaden. Es ist nötig, in der Zeit bis zur Ankunft des Arztes durch rasche, energische Hilfe beängstigende und das Leben bedrohende Erscheinungen zu bekämpfen. Ferner ist es auch nicht gleichgültig, wie ein Verletzter aufgehoben, gelagert und transportiert wird. Oft braucht auch der Arzt eine sachgemäße Unterstützung. — Solche Hilfeleistungen müssen freilich erlernt werden. Man bedarf hierzu einiger Kenntnisse von dem Bau und der Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers und einen Lehrgang über erste Hilfe. Dieser Samariterkursus ist kein Unterricht über ärztliche Behandlung. Dieselbe ist Sache des Arztes. Es wäre wünschenswert, daß möglichst viele Arbeiter sich diese Kenntnisse aneignen würden, um vorkommenden Falls bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen ihre Nächstenliebe auch durch zweckmäßige Nächstenhilfe betätigen zu können. Besonders für Hausfrauen, welche häufig in die Lage kommen, bei Erkrankungen in der Familie hilfreich eingreifen zu müssen, eignen sich die Samariterkurse sehr gut. — Jetzt finden wir auf obige Frage von selbst die richtige Antwort. **Ein Samariter muß gut geschult und ärztlich geprüft sein.** Die Gewähr für eine gute Durchbildung geben die **Samariter-Kurse der ASK. Halle.** Man besuche schon jetzt die **Uebungsstunden Freitags 8 Uhr im „Volkspark“.**

Zuschriften und Beschwerden sind zu richten an Kurt Rehahn, Georgstraße 8, bei Dienstanforderungen und sonstige Kolonnenangelegenheiten wende man sich an Max Hintze, Huttenstraße 96.

Alle klassenbewußten jungen Arbeitersportler
beteiligen sich am Sonntag geschlossen am
Internationalen Jugendtag in Wittenberg und Ammendorf!

Für die Einheit der Arbeiter-Wander-Bewegung

(Von einem Arbeiterwanderer)

Der Arbeiter-Wander-Bund „Naturfreunde“ Deutschland, bestehend seit dem Jahre 1907, ersieht seit Jahren seine hauptsächlichste Arbeit darin, die vielen kleinen Arbeiter-Wanderorganisationen zusammenzufassen, um der proletarischen Wanderbewegung eine größere Stoßkraft zu verleihen. Der letzte Bundestag des Arbeiter-Wander-Bundes „Naturfreunde“ (Ostern 1925 in Halle a. d. S.) beschäftigte sich eingehend, oder besser gesagt, fast nur mit dem Uebertritt des AWB. in den Touristenverein „Die Naturfreunde“. Als Unterlage dazu diente die Resolution der Gothaer Ortsgruppe, welche auf dem Bundestag des A.-W.-B. einstimmig angenommen wurde.

Resolution.

Die am 7. Januar 1925 tagende Generalversammlung des AWB. „N.“, Ortsgruppe Gotha, welche von allen Mitglieder besucht war, beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Bezirksleiterkonferenz vom 12. und 13. Dezember 1924. Die Ortsgruppe Gotha ist der Auffassung, daß in Anbetracht der politischen Situation der Zusammenschluß der Arbeiterkultur- und Sportorganisationen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Aus diesem Grunde ersucht die Ortsgruppe den BB., nach Möglichkeit Verhandlungen mit der Reichsleitung des TB. herbeizuführen, zwecks korporativer Aufnahme des AWB. „N.“ Bei Ablehnung dieses Antrages sind die im TB. befindlichen Kommunisten und Sympathisierenden aufzurufen zum Kampf für die Gesamtaufnahme des AWB. „N.“

Die Ortsgruppe Gotha bedauert die Nichtaufnahme des Bundes in die RSJ. und nimmt mit Verwunderung Kenntnis davon, daß bei der RSJ. die Ansicht besteht, der AWB. „N.“ sei keine kulturpolitische Organisation. Wir haben uns noch nie mit Körpersport beschäftigt, dagegen alle Tätigkeit auf das kulturpolitische Gebiet gelegt. Der beste Beweis dürfte wohl die von uns veranstaltete Arbeiter-Kunst- und Werk-Ausstellung sein, ebenso unsere aktive Teilnahme am Schulstreik im Frühjahr und Sommer 1924.

Da nach den Beschlüssen des 3. Weltkongresses der RSJ. Organisationen kultureller Art nicht in den Wirkungskreis ihrer Tätigkeit fallen, betrachtet die Ortsgruppe Gotha den Aufnahmeantrag in die RSJ. als gegenstandslos. Das entbindet aber die Bundesmitglieder nicht von der Pflicht, weiter unermüdlich für die RSJ. zu wirken, um endlich den Sieg des revolutionären Proletariats über die verbürgerlichte Sportbureaukratie zu gewährleisten. Die Ortsgruppe Gotha ersucht den BB., den gesamten Bund in der weiteren Zeit seines Bestehens im obigen Sinne zu leiten und diese Resolution als Material allen Bundesmitgliedern zugänglich zu machen. Allen Absplitterungs- und Sprengungsversuchen ist nachdrücklichst entgegenzutreten.

Sofort nach dem Bundestag beschloß der Bundesvorstand des AWB. „Naturfreunde“ folgenden Aufnahme-Antrag an die Zentrale des TV. „Die Naturfreunde“ zu senden, der von dem Willen zur gemeinsamen Arbeit im Interesse des Proletariats Zeugnis ablegt.

Berlin, den 28. Juni 1925
Straßmannstraße 29

An den
Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Zentrale Wien

Der 9. Bundestag des Arbeiter-Wander-Bundes „Naturfreunde“ hat den Bundesvorstand beauftragt, mit dem Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Verhandlungen zwecks Uebertritts des gesamten Bundes anzubahnen. Der Bundesvorstand kommt hiermit diesem Antrage nach.

Der Bundesvorstand ging von der Annahme aus, daß die Punkte des Regulativs und die Leipziger Entschließung zur Insbrucker Resolution, die besagen, daß der Touristen-Verein „die Wanderorganisation des klassenbewußten Proletariats“ sein will, und die „Sozialistische Kultur“ erstrebe, noch rechtskräftig ist. Aus diesen Bestimmungen heraus ziehen wir den Schluß, daß wir in einer gemeinsamen Organisation den energischen geschlossenen Kampf gegen die bürgerlichen Organisationen führen können. Hierbei denken wir an den Deutsch-Oesterreichischen Alpenverein, die vielen lokalen und konfessionalen Verbände, die jetzt mehr hervortretenden Firmensportverbände und den bürgerlichen Jugend-Herbergsverband. Diese uns vorschwebende, gemeinsame Front kann sich dann besser gegen die jetzt immer frecher auftretende Reaktion wenden. Reaktionäre Vorstöße der Geistesverdummung, wie sie nicht nur in Bayern (Konkordat) zu finden sind, wechseln ab mit wirtschaftlichen Schikanen nach Art der Fahrpreiserhöhung für Jugendwanderungen. Der Kampf gegen die Reaktion bedeutet für die Arbeiter-Sport-Organisationen die selbstverständliche Fernhaltung von jeder Koalition mit den Bürgerlichen.

Diesen Kampf, den in Euren Entschließungen festgelegten Klassenkampfcharakter und die Einheit der Arbeiter-Sport-Organisationen zu stärken, ist der Zweck unseres Vorgehens.

Wir bitten Euch um baldige Uebermittlung Eures Standpunktes und erwarten, daß Ihr auf Eurer Hauptversammlung dazu Stellung nehmt.

Frei Heil
Arbeiter-Wander-Bund „Naturfreunde“
Bundesvorstand.

NB. Beiliegend übersenden wir Euch unser Bundesstatut, aus dem Ihr ersehen könnt, daß unsere Organisation schon seit Jahren in den Reihen des klassenbewußten Proletariats steht.

1 Anlage.

Die Zentrale des TV. „Die Naturfreunde“, sowie die Hauptversammlung, welche Anfang Juli in Wien tagte, haben es bis heute noch nicht für nötig gehalten, auch nur eine Antwort an den Bundesvorstand des AWB. zu schicken. Der AWB. erfuhr nur durch eine persönliche Aussprache mit einem TV.-Funktionär der Ortsgruppe Halle a. d. S., daß der Aufnahme-Antrag des AWB. der deutschen Reichsleitung des TV. zur weiteren Bearbeitung übertragen sei. Seit neun Wochen bearbeitet nun schon die deutsche Reichsleitung den Antrag des AWB. und dieselbe wird noch weitere neun Wochen mit der Antwort auf sich warten lassen, wenn aus den Reihen der Mitgliedschaft des TV. „Die Naturfreunde“ nicht auch der Ruf nach der Einheitsfront der Arbeiterwanderer ihren Führern in die Ohren gelt. Die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiter-Wanderbewegung gegen die immer stärker werdenden bürgerlichen Wanderorganisationen liegt klar zutage. Das soll und muß auch von den Führern des TV. eingesehen werden.

E. Kl.

Russisch-deutscher Fußball-Wettkampf

Dresden. Tausende und aber Tausende Dresdener Arbeiter hatten sich zu dem am 25. August ausgetragenen Rußlandspiel eingefunden. Unter der riesigen Menge befanden sich viele Hunderte sozialdemokratischer Arbeiter. Der Einmarsch der Mannschaften, an der Spitze die Russen mit leuchtendem Sichel und Hammer auf der Brust und der riesigen seidenen Fahne, die sie dem Dresdener Sportverein gestiftet hatten, vollzog sich unter tosendem Beifall der Zuschauer. Spontan stimmte die Menge die Internationale an. Das Spiel selbst war technisch geradezu vorbildlich. Der Dresdener Sportverein, der Bundesmeister der deutschen Arbeiterfußballer schlug die ukrainische Mannschaft 3 : 1. Zum Abschluß hatten sich fast alle Mitglieder des DSV. eingefunden, um den Abend in Diskussion mit den russischen Brüdern zu verbringen.

Sportnachrichten

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Auf Grund der Nachprüfung der Spielformulare der 1. Runde haben nachstehende Vereine folgende Pässe bis spätestens am 7. September zur Kontrolle vorzulegen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Pässe nur zur 2. Runde Gültigkeit haben, wenn dieselben nachgeprüft sind. **Teutonia:** Paul Emmrich; **BfL. Lettin:**

Der zuerst angesetzte Verein ist immer der bauende.

Karl Koch; **BfB. Trotha:** Otto Frönicke; **Minerva:** Fritz Löffler; **Zörbig:** Kurt Jahn; **Gröbers:** Paul Hennig.

Spielvereinigung Weimar — Fichte I.

treffen sich Sonntag, den 6. September, 4 Uhr auf dem Fichte-Sportplatz

Ferner haben zu erscheinen: **Krüger** und **Enders** (Teutonia), **Dietz** (Bruckdorf).

Der Vereinsvertreter von Giebichenstein hat Unterlagen wegen der Schwarzmeldung des Spielers Hagemann dem Vorstand vorzulegen.

Das Spiel Trotha 2. — Fortuna 2. wird zum 13. September, ½2 Uhr, auf der Peißnitz neu angesetzt.

Sämtliche **platzlosen Vereine** entsenden zum Freitag, 4. September, abends 8 Uhr, einen Vertreter nach dem **„Lindenhof“** (Kröllwitz) betreffs einer Besprechung. Erscheinen ist Pflicht.

Die Disqualifikation der Spieler **Lösche** (Kröllwitz) und **Winkler** (Sportlust) ist am 29. August abgelaufen.

Es wird erneut auf die **Berichterstatter-Versammlung** am 11. September im „Jagdschloß“ hingewiesen.

Ebenso auf die **Schiedsrichter-Vollsitzung** am 18. September.

J. A.: Franz Pabst.

Gesellschaftsspiele am 6. September 1925

½12 Uhr Diemitz 3. — Löbejün 3. (Viktoria); 1 Uhr Diemitz 2. — Löbejün 1. (ASC.); 4 Uhr Diemitz 1. — Schkeuditz 2. (Schrödter, Trotha); ½11 Uhr Diemitz Jugend — Minerva Jugend (Fichte); 1 Uhr Viktoria 3. — Kröllwitz 3. (Teicha); ½3 Uhr Viktoria 2. — Kröllwitz 2. (Wörmlitz); 4 Uhr Viktoria 1. — Kröllwitz 1 (Koch, Sportlust); ¼4 Uhr Trotha 1. — Bruckdorf 1. (Schuster, Kröllwitz); 2 Uhr Lettin 1. — Sportbrüder 1. (Harzdorf, Viktoria); 3 Uhr Teicha 2. — ASC. 2. (Brachstedt); ½5 Uhr Teicha 1. — ASC. 1. (Krüger, Teutonia); ½1 Uhr Sportlust 3. — Fortuna 3. (Giebichenstein); 2 Uhr Sportlust 2. — Lettin 2. (Diemitz); 4 Uhr Sportlust 1. — Fortuna 1. (Geyer, Minerva); ½2 Uhr Fichte Jugend gegen Weimar Jugend (Teutonia); ½3 Uhr Fichte 2. — Weimar 2. (Passendorf); 4 Uhr Fichte 1. — Weimar 1. (Richter, Fortuna); 10 Uhr Askania Jugend — Ammendorf Jugend (Fortuna); ½3 Uhr Askania 2. — Fortuna 2. (Lettin); 3 Uhr Ammendorf Jugend — Wörmlitz Jugend (Gröbers); 4 Uhr Ammendorf 1. — Wörmlitz 1. (Mehlhose, Bruckdorf).

Serienspiele am 6. September 1925

2 Uhr Trotha 2. — Reinsdorf 1. (Sportlust); 4 Uhr Askania 1. — Minerva 1. (Harre, ASC.).

Die Schiedsrichter **werden ersucht, pünktlich zur angesetzten Zeit zum Spiel zu erscheinen.**

Der zuerst angesetzte **Verein ist immer der bauende.**

Spielvereinigung verlor in diesem Jahre knapp die **Bezirksmeisterschaft.** Die Thüringer Spielstärke ist in Halle genügend bekannt (Gera). Gegen die französische Mannschaft verlor Spielvereinigung knapp 2 : 1. Fichte mußte sich Ostern in Weimar eine Niederlage gefallen lassen. Der kommende Sonntag bringt also für Halle ein seltenes schönes Spiel.

Vorher, ½3 Uhr, spielen die 2. Mannschaften beider Vereine.

Weimar Jugend ist eine Mannschaft von besonderer Spielstärke. Kein Freund des Jugendsportes darf darum das Spiel versäumen, welches ½2 Uhr stattfindet. Fichte hat seine Jugend-Mannschaft neu gegründet, diese hat bisher noch keine Niederlage erlitten.

Fichte, Halle. Freitag, nach der Turnstunde, kurze Besprechung der 3. Mannschaft. Alles erscheint. Es betrifft die Fahrt nach Nauendorf.

Donnerstag, 8 Uhr, in der Baracke Vorstandssitzung.

Freitag, 8 Uhr, in der „Sonne“ Fußball-Monatsversammlung.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Serienspiele für Handball am Sonntag, dem 6. September

1. Klasse

11 Uhr Fichte 1. — Adler 1. Fichte-Platz (Schaaf, Wörmlitz); 11 Uhr Ammendorf 1. — Schwimmer 1. in Ammendorf (Wolter, Atlas); 11 Uhr Dölau 1. gegen Achilles 1. Sportlust-Platz (Albig, Fichte). Sportlust spielfrei.

2. Klasse

11 Uhr Minerva 1. — Othello 1. Minerva-Platz (Kraußer, Fichte); 10 Uhr Ammendorf 2. — Atlas 1. in Ammendorf (May, Schwimmer); 9 Uhr Adler 2. gegen Fichte 2. Sportlust-Platz (Diener, Achilles); 10 Uhr Schwimmer 2. gegen Achilles 2. Sportlust-Platz (Jähnigen, Dölau).

Damenklasse

10 Uhr Fichte — Schwimmer Fichte-Platz (Schaaf, Wörmlitz); 10 Uhr Minerva gegen Sportlust Minerva-Platz (Bornkessel, Othello); 10 Uhr Giebichenstein gegen Achilles Peißnitz (Lange, Dölau); ½3 Uhr Kröllwitz — ASC. in Diemitz (Oertel, Schwimmer).

Jugendklasse

9 Uhr Dölau — Othello Fichte-Platz (Schanze, Fichte); 9 Uhr Passendorf gegen Ammendorf in Passendorf (Hermann, Fichte).

Laut Beschluß vom 31. August werden die Spieler Bandermann, Steuding, Henneke und Würker vom Sportklub Adler wegen unsportlichen Benehmens gegen den Schiedsrichter vom 6. September bis 4. Oktober disqualifiziert.

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle. Laut Beschluß der Bezirkssitzung am 23. August ist zur Deckung der Unkosten zur Gaukonferenz am 20. September in Gera und der ausgetragenen Gaumeisterschaft in Erfurt ein Extrabeitrag von 20 Pfennig pro Mitglied erhoben worden. Um eine glatte Abrechnung zum Bundestag vorlegen zu können, hat der Bundesvorstand die Anweisung herausgegeben, die Beiträge für September und Oktober im voraus zu zahlen. Es werden daher alle Ortsgruppen-Vorstände ersucht, dafür zu sorgen, daß der Extrabeitrag von 20 Pfennig und die Bundes- und Bezirksbeiträge für September und Oktober bis zum 15. September eingegangen sind. Bundesabzeichen sind beim Kassierer wieder eingetroffen.

Der Bezirksvorstand.

Technischer Ausschuß. Das Spiel Nr. 19, **Askania 1. — Minerva 1.**, findet am 13. September, ¼4 Uhr, in Nietleben statt.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle. Donnerstag, **den** 3. September, **abends** 8 Uhr, in der Baracke außerordentliche Vorstandssitzung. — **Fußballabteilung. Freitag**, 4. September, abends 8 Uhr, in der „Sonne“ Monatsversammlung.

HFC. Minerva 09. Sonnabend, pünktlich 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Weinrich. Nichterscheinen wird bestraft. — **Handball.** Minerva 1. — Othello 1. Nächsten Sonntag nehmen die Serienspiele ihren Anfang. Im ersten Spiel steht Minerva Othello gegenüber. Da der Handballsport viel Gutes für sich hat, ist der Besuch dieses Spieles jedem Arbeiter zu empfehlen. Beginn 11 Uhr. Vorher spielen Minerva Damen gegen Sportlust Damen um 10 Uhr. Am Sonnabend treffen sich alle Mitglieder der Handballabteilung um 7 Uhr bei Weinrich.

TB. Die Naturfreunde, Ortsgruppe Halle. Heute, Mittwoch, abend ½8 Uhr in der Jugendherberge, Weingärten, Zusammenkunft aller Genossen, die am Jahresfest mithelfen wollen. — Donnerstag Zusammenkunft aller Sportler auf der Peißnitz zwecks Aussprache über das Jahresfest.

Freier Wassersportverein E. V. Halle (Schwimmabteilung). Sonnabend, 5. September, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Stutzer („Südpol“), Beesener Straße, Ecke Huttenstraße. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, muß alles restlos erscheinen.

Spiele in Diemitz am 6. September. Diemitz Jugend — Minerva Jugend ½11 Uhr, Diemitz 3. — Löbejün 2. ½12 Uhr, Diemitz 2. — Löbejün 1. 1 Uhr, Diemitz 1. gegen Schkeuditz 1. 4 Uhr, ASC. 1. Damenhandball — Kröllwitz Damen ½3 Uhr, Rundenspiele. — **Resultate vom 30. August.** Bruckdorf 1. — Diemitz 1. 4 : 1 (1 : 1), Diemitz 2. — Bruckdorf 2. 5 : 2 (4 : 0), Bruckdorf Jugend — Diemitz 3. 1 : 0 (0 : 0).

Sportverein „Rüstig-Vorwärts“ Bruckdorf. „Rüstig-Vorwärts“ Bruckdorf 1. Elf hatte die gleiche von Diemitz, einen Vertreter der 2. Klasse, auf seinem Platze zu Gaste und schlug diesen 4 : 1 sicherer als das Resultat besagt. Bei der Wahl entscheidet Diemitz mit Wind im Rücken und entwickelt einen lebhaften Kampf, doch der Platzbesitzer leitet seine gewohnten Angriffe ein und Halbrechts sendet in der 5. Minute ein. Verschiedene Ecken werden getreten, bringen aber nichts ein, bis die Gäste kurz vor Halbzeit den Ausgleich erzielen können. Die zweite Halbzeit sieht nun, da Bruckdorf mit Wind spielt, denselben stark überlegen, die Gäste kommen nicht aus dem Strafraum und „Rüstig-Vorwärts“ sendet noch dreimal ein. Zehn Minuten vor Schluß verlassen zwei Mann von Diemitz ohne Grund den Platz. — „Rüstig-Vorwärts“ Jugend — Diemitz 3. 1 : 0.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Passendorf, veranstaltet am Sonnabend, den 5. September, in Dölau (Lokal Dierschke) einen Werbeabend, verbunden mit Tanz, zwecks Gründung eines Vereins. Anmeldungen nimmt der Genosse Wilhelm Gründler (Dölau) entgegen. Freunde und Gönner und besonders das radfahrende Publikum sind herzlichst eingeladen.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Zwintschöna. Sonntag, 6. September, Gruppenfest mit Wertungsfahren und Umzug. Banner ist mitzubringen. Zahlreichen Besuch der Ortsgruppen erwartet der Gruppenvorstand.

Sportklub Vorwärts 21, Brachstedt. Spiele zum Sonntag, dem 6. September, in Brachstedt: 1. — Radewell 2. um 3 Uhr; Brachstedt 2. gegen Radewell 3. ½2 Uhr. — Sonnabend findet unsere Monatsversammlung statt. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

2. Kreis, 8. Bezirk

Herbstserie 1925

Nr.	Zeit	Bauverein	Gastverein	Schiedsrichter
6. September				
1. Klasse				
1	4^{00}	Bitterfeld	Holzweißig	Chemnitz
2	4^{00}	Delitzsch	Annaburg	Bartkowiak
3	4^{00}	Klein-Wittenberg	Groß-Möhlau	Bittler
4	4^{00}	Wittenberg	Greppin	Bachmann
Sandersdorf spielfrei				
2a Klasse				
5	4^{00}	Roitzsch	Brehna	Kiesche
6	4^{00}	Petersroda	Wolfen	Stoye
7	4^{00}	Zschornewitz	Niemegk	Mewitz
Zahna und Gräfenhainichen spielfrei				
2b Klasse				
8	2^{15}	Bitterfeld	Holzweißig	Chemnitz
9	11^{15}	Delitzsch	Annaburg	Bartkowiak
10	2^{15}	Roitzsch	Klein-Wittenberg	Gabriel
11	2^{00}	Niemegk	Wolfen	Liesche
12	2^{00}	Sandersdorf	Petersroda	Troitzsch
1. Jugendklasse				
13	2^{00}	Holzweißig	Petersroda	W. Herrmann (Sandersdorf)
14	2^{00}	Wolfen	Greppin	Niemegk

Weitere Ergebnisse vom Sportfest in Schkeuditz

Oberstufe Vierkampf: 1. Erich Thiele (Stahmeln) 348 Punkte; 2. Otto Jude (Glesien) 329 Punkte; 3. Karl März (Schraplau) 326 Punkte; 4. Werner Hermann (Fichte, Halle) 324 Punkte. **Mittelstufe:** 1. Emil Schareler (Dieskau) 323 Punkte; 2. Hugo Löwe (Dölzig) 314 Punkte; 3. Paul Kapisch (Schkeuditz) 301 Punkte; 4. Otto Kügel (Schraplau) 261 Punkte. **Unterstufe:** 1. Müller (Chemnitz) 432 Punkte; 2. Karl Ebert (Stahmeln) 425 Punkte; 3. Oskar Wilde (Glesien) 423 Punkte; 4. Erich Voigt (Wörmlitz) 423 Punkte. Turnerinnen: Hilda Eckert (Merseburg) 190 Punkte; Frieda Borchardt (Modelwitz) 155 Punkte; Ida Wirth (Modelwitz) 150 Punkte; Gerda Parade (Modelwitz) 145 Punkte. **Einzelkämpfe. Weitsprung:** März (Schraplau) 5.30 Meter; Thiele (Stahmeln) 5.25 Meter; Petersen (Schkeuditz) 5.20 Meter. **Speerwerfen:** Angermann (Ammendorf) 39,35 Meter; März (Schraplau) 39,33 Meter; Haubold (Stahmeln) 39,22 Meter.

Freie Turnerschaft Glesien (Raffball). Sonntag spielt die 1. Mannschaft von 11 bis 12 Uhr und die 2. Mannschaft von 10 bis 11 Uhr auf dem Sportplatz in Glesien gegen die gleichen Mannschaften von Groß-Zschocher. Da sich Groß-Zschocher am letztenmal eine knappe Niederlage holte, werden sie es versuchen, diesmal wieder auszugleichen. Darum heißt es, Sonntag alle Kraft zusammenzunehmen.

Sportsgenossen! Werbt eifrig für den „Klassenkampf“

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Sportgeräte — Sportbekleidung
273 liefert auf bequeme Ratenzahlungen
Paul Sommer, Halle a. d. S., Leipziger Straße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0008

Der erste Tag des ADGB.-Kongresses

Begrüßungsrede

Der Bundesvorsitzende Leipart eröffnete den 12. Kongreß des **ADGB.**, der im Gewerkschaftshaus Breslau tagt, um ½10 Uhr. **Er begrüßt die Regierungsvertreter, die Vertreter der Stadt Breslau, die Behörden Schlesiens, die Delegierten und ausländischen Gäste. Bei Erwähnung der Verstorbenen gedenkt er zuerst des Kollegen Fritz Ebert, ohne natürlich zu erwähnen, daß dieser schon lange aus seinem Verband der Sattler und Portefeuiller ausgeschlossen war. In kurzen Worten geht Leipart auf die gegenwärtige Situation ein und bezeichnet den Aufruf der Arbeitgeberverbände zum Bauarbeiterkampf als eine Provokation. Leipart verlangt, daß der Einfluß der Unternehmer auf die Regierung aufhören müsse, weil sie nicht objektiv genug wären, während die Gewerkschaften bewiesen hätten, daß sie für das Wohl des deutschen Volkes nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit (!!!) eintreten. Als Vertreter der Breslauer Gewerkschaften hielt Ruppert eine nichtssagende Begrüßungsansprache, wobei er von den Nöten der deutschen Grenzmark spricht und für die rauschenden Laub- und Nadelwälder und die sprudelnden Bäche Schlesiens schwärmt. Demgegenüber stach die Rede des bürgerlichen Oberbürgermeisters von Breslau sehr vorteilhaft ab. Als Vertreter des Reichsarbeitsministers sprach Dr. Geib, der das Fernbleiben Dr. Brauns mit leeren Redensarten entschuldigte und vom vertrauensvollen Zusammenarbeiten der Regierung mit den Gewerkschaften spricht. Märtens (Belgien) begrüßte als Vertreter des IGB. Amsterdam und im Namen sämtlicher ausländischen Gewerkschaftsvertreter den Kongreß. Einige leeren Redensarten vom Achtstundentag, der Erziehung der Jugend, der Auswanderungsfrage, das war alles. Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes sprach Donau, der u. a. sagte, daß das Washingtoner Abkommen bisher von fünf Staaten ratifiziert worden sei. Frankreich habe die Ratifizierung beschlossen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß Deutschland ebenfalls ratifizierte. Das IAA. habe großes Interesse am Achtstundentag und wünsche ein aktives Mitarbeiten Deutschlands.**

Geschäftsordnungsdebatte. Ablehnung sämtlicher Anträge

Nach Beendigung der Begrüßungsansprachen werden auf Vorschlag Paeplows als Vorsitzende bestimmt: **Leipart, Brandis** (DMV.) (bezeichnenderweise nicht Dißmann) und **Schumann** vom Verkehrsbund, weiter sechs Schriftführer und die übrigen Komitees. Bei der Beratung der Geschäftsordnung kam der Antrag **Linke** vom Bergarbeiterverband, **daß mit Rücksicht auf die Tatsache, daß nur 315 Delegierte gegenüber 691 auf dem letzten Kongreß anwesend seien, die Zahl der Delegierten zur Unterstützung eines Antrages von 50 auf 30 und die zur namentlichen Abstimmung erforderlichen von 100 auf 60 herabgesetzt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt.** Unter Punkt 1 Festsetzung der Tagesordnung werden alle von den verschiedenen Zahlstellen gebrachten Anträge, die Frage der **Gewerkschaftseinheit, des Achtstundentages, des Dawes-Planes, der Kriegsgefahr** als besondere Punkte zu behandeln, infolge mangelnder Unterstützung **gar nicht zur Debatte zugelassen und dann abgelehnt.** Nicht genügend unterstützt und abgelehnt wurde auch folgender von den Genossen **Gallen** und **Braun** eingebrachte Antrag: Im Hinblick auf die im ganzen Reiche ausgebrochenen Wirtschaftskämpfe, Lohnbewegungen und Streiks beantragen wir, daß auf dem Gewerkschaftskongreß als erster Punkt behandelt wird: Die Offensive **des Kapitals und die Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften.** Bei allen diesen Abstimmungen zeigte sich, daß die Reformisten gut vorgearbeitet haben, und daß mit Ausnahme der wenigen Kommunisten **keine Opposition zu erwarten ist.**

Dann erstattete Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Er führt aus, daß der Leipziger Kongreß mit dem Rufe: Kampf für die Republik, gegen die monarchistische Reaktion geendet habe. Damals habe der Bundesvorstand mit den politischen Parteien, SPD., USP. und KPD. eine Einheitsfront gebildet. **Der ADGB. sei sich darüber klar, daß das der letzte Versuch, eine Einheitsfront mit den Kommunisten zu bilden, gewesen sei.** Unverblümt verteidigt dann Leipart die Aufgabe der politischen Interessen des ADGB. und Koalierung mit der SPD. Das Lebensinteresse des Proletariats habe den Bundesvorstand dazu gezwungen. Mit der SPD. verteidigen die Gewerkschaften die republikanische Staatsform, **die heute fester begründet wäre als vor drei Jahren. (!)** Den **Rückgang der Mitglieder** des ADGB. begründet Leipart damit, daß die Arbeiter zu große Hoffnungen auf den ADGB. gesetzt hätten, die der ADGB. nicht erfüllen konnte. Leipart ging sodann auf die Folgen der Zoll- und Steuergesetzgebung, auf die Lohnkämpfe und die allgemeine Verschärfung der wirtschaftlichen Situation ein. Gegenüber dem Regierungsvertreter rief Leipart von Chauvinismus. Er entschuldigte sich vor dem anwesenden Staatssekretär, daß er die Regierung angreifen müsse. Er sagt wörtlich: „Ich will dem Herrn Arbeitsminister gern glauben, daß er die Arbeiter nicht schädigen wollte, daß er von der Ueberzeugung ausgeht, den Interessen der Wirtschaft zu dienen." Er klagt weiter, daß die Regierung es nicht für ihre Pflicht halte, den Achtstundentag durch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wiederherzustellen, es auch nicht für ihre Pflicht halte, den Arbeitern durch ausreichenden Lohn zu helfen. Den vielen Forderungen und Parolen von verschiedenen Seiten (er meint die Kommunisten), die Massen für den Kampf zu mobilisieren, müsse man sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Zur Frage der Gewerkschaftseinheit weiß Leipart nichts zu sagen, als die alten, schon tausendmal wiederholten Schwindeleien und Verleumdungen gegen die RGO. und die Kommunisten. Unter vollkommener Verleugnung der Tatsachen behauptet er, daß die russischen Gewerkschaften die Herstellung der Einheit mit dem IGB. abgelehnt hatten und auch heute noch die Gewerkschaften zerstören wollten. Wörtlich sagt er: **„Wir sind in Deutschland nicht in der Lage, der kommunistischen Einheitsparole zu folgen."** Am Schlusse sprach Leipart noch über die Wohnungsnot und die soziale Bauhüttenbewegung, die der ADGB. unterstützen müsse. Mit ein paar Worten erwähnt er noch den **Mitgliederrückgang von acht auf vier Millionen** und mahnt die Funktionäre, die weiblichen Mitglieder in Zukunft stärker heranzuziehen. Er empfiehlt die vom Bundesvorstand vorgelegte Resolution und Anträge zu den verschiedenen Fragen anzunehmen.

Abwürgung sämtlicher Mitgliederanträge

In der Nachmittagssitzung sprach zuerst der Leiter der Genossenschaften und der Volksfürsorge. Er hütete sich aber, auf die vielen Angriffe aus Mitgliederkreisen der Gewerkschaften gegen die Genossenschaftsdemokratie wegen ihrer Mitgliedschaft bei Arbeitgeberverbänden, ihr Bestreben, den Achtstundentag zu beseitigen und die Löhne zu drücken, einzugehen. Genosse Galm (Offenbach) stellt folgenden Antrag: Der Kollege Leipart hat in dem Bericht des Bundesvorstandes **die gewerkschaftlichen Richtungen besonders angegriffen, die die internationale Gewerkschaftseinheit und schärfere Handhabung der gewerkschaftlichen Macht fordert. Es ist ausgeschlossen, daß man in einer Redezeit von zehn Minuten zu diesem wichtigen Punkte Stellung nehmen kann. Ich beantrage daher für einen Vertreter dieser Richtung verlängerte Redezeit. Doch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Delegierten abgelehnt.**

Durch Eintritt in die Diskussion stellte Braudis für die 42 zum Bericht des Bundesvorstandes gestellten Anträge die Unterstützungsfrage. Ohne jegliche Debatte wurden dadurch 34 Anträge, die von insgesamt 110 Verwaltungsvertretern der Gewerkschaften gestellt waren, nicht genügend unterstützt und nicht zur Debatte zugelassen. Dieser Gewaltstreich charakterisiert am besten den Geist, der auf dem Gewerkschaftskongreß herrscht.

Die von wenigen SPD.-Drahtziehern beherrschte Kongreßmehrheit will nicht einmal die Stimmen der Mitglieder hören, geschweige denn ihre Vorschläge ernstlich beraten oder annehmen.

Es sind dadurch fast sämtliche Anträge zur Gewerkschaftseinheit zum Kampf für den Achtstundentag, Kampf gegen das Schlichtungswesen, Entsendung einer Rußlandedelegation usw. mit einer Handbewegung abgelehnt. Es sind nicht nur von Kommunisten, **sondern von sozialdemokratischen Arbeitern gestellte Anträge, wie der Antrag, der vom ADGB. Abrechnung über die zum Volksentscheid gesammelten Gelder verlangt,** ein Antrag der Leipziger Verwaltungsstelle, der fordert, daß ultimativ der Achtstundentag von der Reichsregierung verlangt wird und im Ablehnungsfalle der Generalstreik von den Gewerkschaften erklärt wird, nicht zugelassen worden. Dißmann begründet sodann mit großem Pathos den vom DMV.-Beirat gestellten Antrag, die Regierung aufzufordern, innerhalb einer kurzen Zeit eine Vorlage zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einzubringen und im Ablehnungsfalle unbedingt eine Abstimmung herbeizuführen. Irgendwelche praktischen Vorschläge für einen wirklichen Kampf um den Achtstundentag machte Dißmann trotz aller radikalen Phrasen nicht, er erbot sich nur, den Nachweis zu erbringen, daß die Unternehmer bei Einführung des Achtstundentages keinen Schaden hätten. Sein A und O war, daß der Bundesvorstand unbedingt den Volksentscheid durchführen müsse.

Ziska (DMV.-Berlin) begründet den von der Berliner Generalversammlung gestellten Antrag zum Kampf gegen den Zoll- und

Der Heldentod der drei polnischen Genossen

In den Warschauer Blättern finden wir Einzelheiten über die Hinrichtung der drei polnischen Genossen Hibner, Rutkowski und Kniewski. Gleich nach Verkündung des Todesurteils begaben sich die Verteidiger mit einem Auto nach Spala, dem Sommersitz des Staatspräsidenten. Der Präsident lehnte ab, die Verteidiger zu empfangen und ließ nur durch den Chef der Zivilkanzlei erklären, daß er das Gnadengesuch ablehne.

Hibner

Die Verurteilten, die das Urteil sehr ruhig entgegennahmen, verabschiedeten sich im Gerichtssaal von ihren Familienangehörigen und wurden dann unter außerordentlich starker Bewachung nach der Zitadelle abgeführt. Geführt wurden sie durch Hintergäßchen. In der Zitadelle wurde jeder in eine besondere Zelle gebracht. In den Zellen nahmen die Verurteilten ihr Abendbrot ein, das ihnen von den Familienangehörigen zugestellt wurde. Sie verlangten Schreibzeug, um Abschiedsbriefe zu schreiben. Hibner legte sich dann schlafen; Rutkowski ging nervös in der Zelle auf und ab; Kniewski stand an einer Stelle und schaute starr in die Ferne. Gegen Mitternacht kam zu den Verurteilten ein Priester, um ihnen die Beichte abzunehmen. Alle drei lehnten kategorisch ab. Der Priester war hartnäckig, aber die Verurteilten stießen ihn roh und antworteten ihm gar nicht mehr. Gegen 3 Uhr früh erschien der Staatsanwalt und teilte mit, daß der Präsident das Gnadengesuch der Verteidiger abgelehnt habe. Sie nahmen die Mitteilung vollkommen ruhig auf. Hierauf wurden die Familienangehörigen der Verurteilten in die Zelle hineingelassen. Kniewskis Vater redete dem Sohne zu, vor dem Priester die Beichte abzulegen, das lehnte Kniewski aber ab. Dann wurden sie zur Richtstätte geführt.

Kniewski

Alle drei wurden in ein Krankenautomobil gesetzt und nach der Richtstätte gefahren, weil sie infolge ihrer Krankheit nicht gehen konnten. Der Wagen wurde von zwei Militärabteilungen, einem Gendarmerie- und Polizeiaufgebot begleitet. Auf dem ganzen Weg sangen die Verurteilten revolutionäre Lieder und stießen revolutionäre Losungen aus.

Als sie von der Ferne die drei Pfähle erblickten, sagte Rutkowski zu Hibner: „Sehen Sie, hier ist es!" Die Verurteilten mußten von den Gendarmen beim Gehen gestützt werden. Alle drei stellten sich an die Pfähle. Dann umarmten sie sich und küßten einander herzlich und kehrten an ihre Pfähle zurück. Sie ließen sich die Augen nicht verbinden. Noch einmal kam der Priester, er wurde wieder zurückgewiesen.

Während der Staatsanwalt das Urteil verliest, machen die Verurteilten verschiedene revolutionäre Ausrufe, wie „Nieder mit der Bourgeoisie!" „Es lebe die soziale Revolution!" „Es lebe Sowjet-Polen!" usw. Die Ausrufe wurden durch eine Salve aus 24 Gewehren unterbrochen. Sie stürzten zu Boden. Kniewski fiel auf Hibner, Rutkowski fiel auf den Pfahl.

Rutkowski

Der Arzt trat heran und erklärte, daß nur Hibner tot ist. Die anderen zwei leben noch. Wieder ein Kommando, wieder eine Salve. Diesmal meldete der Arzt, daß auch Rutkowski tot ist, daß aber Kniewski noch am Leben ist. Erst nach der vierten Salve hörte Kniewskis Herz zu schlagen auf.

Alle drei wurden dann in hölzerne Särge gelegt und gleich in die Gräber, die hinter den Pfählen schon vorher geschaufelt waren, hinuntergelassen. Die Gräber wurden zugeschüttet und darüber Holztafeln mit den Aufschriften gesetzt: Hibner 64, Rutkowski 65, Kniewski 66 — das sind die laufenden Nummern der zum Tode Verurteilten.

Der polnische Ministerrat hat, wie bereits gemeldet wurde, nach der Hinrichtung der drei Kommunisten beschlossen, Spezialkurse zur Ausbildung von Henkern einzurichten, da die Ausführung von Todesurteilen durch das Militär auf dieses „demoralisierend" wirke. Man kann sich vorstellen, wie diese Exekutive auf die Soldaten gewirkt haben muß, wenn sie viermal schießen mußten . . .

Der Bankier reitet über das Schlachtfeld

7 Erzählung von Johannes A. Becher

Die beiden Freunde verabschiedeten sich.

„Ich danke Ihnen! Von ganzem Herzen danke ich Ihnen! Sie haben mir unendlich viel gegeben!"

„Auch Sie mir, Mr. Branting! Ja, es ist mir jetzt, als ob ich damals unbewußt, als ich auf dem Schiff im letzten Augenblick an Sie herantrat, jenem noch wenig erforschten, aber sicher auch im Menschenleben geltenden Gesetze von der gegenseitigen Anziehung gleichartiger Größen gefolgt sei. Wir beide, wir gehören unzertrennlich zusammen, wie Stoff und Geist. Zwei verschiedenartige Profile nur ein und desselben Gesichts, und der Sockel, darauf wir ruhen: aus einem Guß . . . Ich fahre morgen weiter nach Marseille, dann nach Nordafrika. Kairo . . . Ich will den Kelch zur Neige leeren. Ich will die Welt zu Ende schmecken. Ich will das Nichts, das diese Welt ist, gründlich bis auf den Grund auskosten . . . Im übrigen, beinahe hätte ich es vergessen, da Sie gerade in Paris sind, müssen Sie einmal einen kleinen Bummel über die Schlachtfelder machen. Lohnt sich. Großartig sage ich Ihnen, das . . . Und nun leben Sie wohl! Grüßen Sie mir, wenn Sie darüber wandern, die Katakomben der Schlachtfelder und dann, wenn Sie in St. Moritz sind, den Sonnenaufgang über den Schweizer Bergen, die ewigen Gletscher! . . . Und ob wir uns noch einmal wiedersehen oder nicht —!? Hüten wir unser Geheimnis! . . . Nun: glückliche Reise!"

Die beiden Freunde umarten sich. —

*

Der Bankier nahm, wie er sich ausdrückte, die den Fremden gebotene Gelegenheit nicht ungern wahr, unter sachkundiger Führung die berühmten europäischen Schlachtfelder aus dem Weltkrieg 1914—1918 zu besuchen.

Wieder war es ein herrlicher Frühlingstag, als die jede Woche einige Male stattfindende Fremdenfahrt begann.

Es mochten gegen sieben vollbesetzte Autos gewesen sein, die an diesem Tag an der Exkursion teilnahmen.

Innerhalb zweier Stunden war, wie es in dem umfangreichen und mit auserlesenem Bildermaterial versehenen Prospekt hieß, das Schlachtfeld bequem zu erreichen.

Das Diner sollte programmäßig in dem neu aufgeführten Hotel „Zum Weltkrieg" eingenommen werden, das an der Stelle eines in Trümmer geschossenen Dorfes errichtet worden war: fünfzig Stock hoch, nach amerikanischem Zweckstil, und in der sicheren Erwägung der Unternehmer, daß sich in dieser Gegend bald eine ausgedehnte Fremdenindustrie entwickeln werde.

Das hier ausgeführte Projekt war, mit dem ersten Preis gekrönt, aus einem internationalen Wettbewerb, ausgeschrieben von der Schlachtfelder-Verwertungs-Gesellschaft G. m. b. H., hervorgegangen, an dem sich die berühmtesten Architekten des In- und des Auslandes beteiligt hatten.

Die Schlachtfelder-Verwertungs-Gesellschaft G. m. b. H., deren Aufsichtsrat prominente politische Persönlichkeiten Frankreichs angehörten, hatte riesige Flächen Schlacht-Gelände schon während des Krieges, die Panikstimmung unter der ländlichen Bevölkerung ausnützend, oder gleich nach Beendigung des Krieges zu spottbilligen Preisen aufgekauft, und beabsichtigte, wenn der von ihr inszenierte und klug propagierte „Besichtigungs-Rummel" einmal abgeflaut sein würde, die Schlachtfelder mit ihrem gesamten beweglichen und unbeweglichen Inventar aufzuteilen, stückweise an die Bauern zurückzuverkaufen, um sie so wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen.

Das Hotel „Zum Weltkrieg" wurde sozusagen zu einer Art Wallfahrtsort.

Es war der Mittelpunkt aller Schlachtfeldsbesuche, aber abgesehen davon, was die innere und die äußere architektonische Anlage betraf, eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges.

Die feierliche Einweihung fand schon vor zwei Jahren statt, im Beisein der Pressevertreter aller Welt und in Anwesenheit der sämtlichen Botschafter der Alliierten Regierungen. Die Absicht der Gründung allerdings reichte schon, wie gesagt, bis in die Mitte des Weltkrieges selbst zurück. —

Nach Tisch waren die beiden Führungen in Aussicht genommen, eine zu Fuß mitten durch die Schützengrabensysteme hindurch, von denen es hieß, daß sie „echt" und „original" und „unaufgeräumt" seien, um den Fremden auch wirklich einen möglichst unmittelbaren Eindruck der Kriegsereignisse zu vermitteln, die zweite sich daran anschließende Führung, deren jede gegen eine Stunde dauerte, sollte im Flug durch die Lüfte den Teilnehmern die Gelegenheit geben, sich in die Lage der tapferen und heldenhaften Flieger zu versetzen, zugleich aber auch die Kriegsereignisse durch höchstpersönliches Erlebnis von der veranstaltungsvollen Warte des hohen Kommandeurs aus nachzukontrollieren und sie noch einmal im Geist an sich vorüberziehen zu lassen, als eine Warnung, als eine Belehrung und als ein seltsam ergreifendes Naturschauspiel zugleich.

Trotzdem Bankier Mr. Branting incognito reiste, hatten sich schon am frühen Morgen Reporter und Vertreter seiner Geschäftsfreunde im Hotel eingefunden, die durch den Sekretär des Bankiers kurzerhand abgefertigt wurden. Kaum aber eine Stunde nach Mr. Brantings Entschluß hatten es die Presseleute bereits in Erfahrung gebracht, daß der Amerikaner mit der Autokolonne die Schlachtfelder zu besuchen beabsichtige. So war es auch weiter nicht verwunderlich, daß sich bei der Abfahrt eine Anzahl Filmopteateure und Photographen einfanden, die den Bankier, der sich die Hände vors Gesicht hielt, in ein Kreuzfeuer nahmen, und von denen sogar einige sich es etwas kosten ließen, d. h. die Tournee mitmachten.

Schon eine Stunde von Paris entfernt, waren die Spuren des Krieges deutlich bemerkbar. Die Wiederaufbauarbeit verzeichnete scheinbar überhaupt keine Fortschritte. Böse Zungen behauptete hartnäckig, das aus den Deutschen herausgepreßte Reparationsgeld werde zu ganz anderen Dingen, zu Spekulationen usw. verwendet, und wiesen, nicht ohne einiges Beweismaterial für sich zu haben, auf das enorme Anschwellen der Automobilziffern in den Städten, besonders in Paris, hin auf die unverhältnismäßig hohe Zahl neuerrichteter Luxuspaläste, auf die Geldkonzentration, auf das Emporschießen neuer Vermögen und auf die rapide Zunahme industrieller Neugründungen. Luxus und Verelendung standen, selbst nach bürgerlichen Maßstäben gemessen, kaum in einem auch nur einigermaßen mehr erträglichen Verhältnis zueinander. Trotz Güteranhäufung, trotz Reichtum und Verschwendung zog eine, immer mehr zu einer Explosionskatastrophe sich verdichtende, allgemeine Krise heran . . . Zwar Villen und Landhäuser, in einem neuen praktischen Stil gebaut, sah man zu beiden Seiten der Chaussee; neu aufgebaute Bauernhöfe oder gar wieder aufgebaute zerstörte Ortschaften gäbe es beinahe überhaupt nicht.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0009

Steuerwucher. Der Antrag verlangt restlose Beseitigung aller Zölle, Aufhebung der Umsatzsteuer, Beseitigung des Lohnabzuges. Er verlangt weiter, daß diese Forderungen durch eine Massenaktion der Gewerkschaften zu erzwingen sind, und zwar eine Massenaktion in Form eines Angriffs auf das kapitalistische Ausbeutersystem. Ziska fällt die Begründung dieses Antrages sichtlich etwas schwer. Und er redete viel von einer gemeinsamen Resolution zur Zoll- und Steuerfrage.

Hübsch, Vorstandsmitglied des Textilarbeiterverbandes, stimmt ein Klagelied an, daß die Schlichtungsbehörden sich nicht für die Interessen der Arbeiter einsetzen. Sie — die Gewerkschaftsführer — würden doch gar nicht viel verlangen, aber die Schlichtungsbehörden müßten doch ein klein wenig Vernunft haben. (Auch ein Klassenkämpfer!) Zum Schluß redete er etwas von Einigkeit, aber keine Einigkeit mit den bösen Kommunisten.

Der SPD.-Mann Schäfer (DMV.-Leipzig) verlangte mit sehr scharfen Worten die unbedingte Durchführung der Volksabstimmung für den Achtstundentag. Er griff den Bundesvorstand an, der jetzt genau so, wie seinerzeit bei Aufstellung der zehn Forderungen (Bielefelder Abkommen, Arbeitslosenforderungen, Sachwert-Erfassung), auch jetzt wieder den Zurückzieher mache. Der Bundesvorstand wolle auch jetzt wieder in der Frage des Achtstundentages so lange warten, bis — wie schon der Redner vom Ruhrkampf sagte — die Arbeiter endlich die ganzen Lasten tragen müssen. (Höhnischer Zuruf: „Generalstreik!") Schäfer: Die Gewerkschaften haben überhaupt noch keinen Generalstreik durchgeführt und es wäre notwendig, daß sie dieses Kampfmittel bei den entscheidenden Fragen anwenden würden.

Nachdem noch ein Herr Dr. Meyer den Erfolg der **Gewerkschaftsbank,** deren Einlagen im Jahre 1924 von 100 000 auf 9½ Millionen gestiegen seien, gerühmt hatte, erfolgte

der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Es wird mitgeteilt, daß von 314 gemeldeten Delegierten 311 anwesend sind, die 4,5 Millionen Mitglieder vertreten.

Wegen Raummangels mußten wir den 2. Verhandlungstag (1. September) zurückstellen. Erfolgt morgen.

Die Dresdner Bauarbeiter fahren zum ADGB.-Kongreß

Dresden, 1. September.

Die Bauarbeiter haben in der Versammlung des Baugewerksbundes **Fortführung des Streiks beschlossen.** Die Verbandsleitung drohte, **für die Weiterführung des Streiks keine Unterstützung zu zahlen.**

Die Bauarbeiter beschlossen darauf, auch für 50 Prozent der bisherigen Unterstützung weiterzustreiken.

Auch das lehnten die Bonzen ab. Darauf beschloß die Versammlung, eine Delegation von einem SPD.- und einem KPD.-Mann nach Breslau zum ADGB.-Kongreß zu schicken, die dort Weiterführung des Streiks fordern sollen. Als die Bonzen auch die **Finanzierung dieser Delegation ablehnten,** sammelten die Bauarbeiter unter sich und brachten 80 Mk. auf. **Die Delegation ist abgereist.**

Brief der Arbeiterdelegation an die Gewerkschaften und Parteien über die Berichterstattung

Berlin, den 30. August 1925.

An
den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Allgemeinen Freien Angestelltenbund,
Allgemeinen Deutschen Beamtenbund,
die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Partei Deutschlands,
Berlin.

Die erste deutsche Arbeiterdelegation ist aus Rußland zurückgekehrt, woselbst sie teils in ihrer Gesamtheit, teils in Einzelkommissionen sechs Wochen lang die Verhältnisse in den sozialistischen Sowjet-Republiken studiert und die Auswirkung der dortselbst angewandten Methoden gesehen und geprüft hat.

Die Bedeutung der Frage: Wie steht es in Sowjet-Rußland? —, die überall in der Arbeitnehmerschaft lebhaft diskutiert wird, wo noch der ernste Wille vorhanden ist, dem internationalen Proletariat und insbesondere dem deutschen Volke eine bessere Zukunft zu schaffen, ist bekannt.

Weil aber die Klärung dieser weltbewegenden Frage von so ungeheurer Bedeutung ist, darf es nicht Sache einer einzelnen Partei sein, sich damit zu befassen; vielmehr muß zu diesem Zweck eine breite Plattform in den arbeitenden Massen gefunden und klar und nüchtern das wirkliche Bild des heutigen Rußland entrollt und geprüft werden.

Die Delegation, bestehend aus Freigewerkschaftern, hat es fertig gebracht, trotz der vorhandenen grundsätzlichen Verschiedenheit in der politischen Auffassung ihrer Mitglieder (die Delegation umfaßt 30 Sozialdemokraten, 17 Kommunisten, 11 politisch Parteilose), eine umfangreiche, sachliche, ruhige Prüfung der russischen Verhältnisse vorzunehmen, weil sie die Gelegenheit hatte, vollständig frei sich zu bewegen und die Studien und Untersuchungen nach eigener Wahl unbeeinflußt vorzunehmen.

Wenn der Arbeiter-Delegation dies möglich war, muß der deutschen Arbeiterschaft unter Zurückstellung alles noch Trennenden eine öffentliche Prüfung des Untersuchungs-Ergebnisses der Rußland-Delegation möglich gemacht werden, und richten wir deshalb die Bitte an Sie, gemeinsam mit den anderen Adressaten dieses Schreibens Versammlungen zu veranstalten, in welchem Mitglieder unserer Delegation eingehend mündlichen Bericht über Rußland geben. Einer baldigen Zustimmung an die endstehende Adresse sehen wir entgegen.

Mit kollegialem Gruß

p. A. H. Mehle, Berlin, Ebertystr. 4, Q 1.

Erste deutsche Arbeiter-Delegation nach Rußland.
J. A.: Freiberger.

Abd el Krim kämpft bis zum letzten Mann

(TU.) London, 31. August.

Wie dem „Daily Telegraph" aus Tanger berichtet wird, hat Abd el Krim seine Propaganda unter den Eingeborenen verstärkt. **In dem Aufruf an die Unterführer der Rifleute erklärte er, daß er seinen Widerstand fortsetzen werde, bis alle seine Leute gefallen seien. Er würde sich nicht ergeben.** Das Blatt meldet ferner, daß trotz der Blockade der Rifküste Munitionstransporte von Ajdir nach dem Innern bewerkstelligt würden.

Die Traktorisation der Landwirtschaft in Sowjet-Rußland

Infolge der bevorstehenden guten Ernte ist die Nachfrage der Bauernschaft nach Traktoren gestiegen. Mit Rücksicht auf die aus verschiedenen Gouvernements und Gebieten einlaufenden Meldungen importiert das Landwirtschaftliche Volkskommissariat zur herbstlichen Staatskampagne 3100 neue Traktoren: 2400 Fordson, 500 Traktoren des „Oil-Pool"-Typus und 150 „Internationale"-Typus. Außerdem werden 3150 Traktor-Pflüge, 300 Scheibeneggen, 100 Scheibensäemaschinen, 20 komplette Einrichtungen für die Traktor-Werkstätten importiert.

Der Gesamtwert der zum Import beabsichtigten Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen beläuft sich auf 5 500 000 Rubel in Nordkaukasien und der Ukraine zur Verteilung.

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Nietleben. Mitgliederversammlung Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, „Zur Sonne".
Seeben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, Lokal Glaser.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Sitzung des Roten Kartells Donnerstag, 3. September, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Alle Gewerkschafts-, Partei- und Genossenschaftsfunktionäre haben an dieser Sitzung teilzunehmen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Die für Dienstag, den 1. September, angesetzten Roten Kartellsitzungen fallen mit den am 3. September stattfindenden Gewerkschaftsfraktionssitzungen zusammen.
Bitterfeld. Sitzung der Gewerkschaftsfraktion Donnerstag, 3. September, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".
Piesteritz-Wittenberg. Sitzung der Gewerkschaftsfraktion Donnerstag, 3. September, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.
Zschornewitz-Gräfenhainichen. Sitzung der Gewerkschaftsfraktion Freitag, 4. September, abends 8 Uhr, im Lokal Eger in Gräfenhainichen.
Delitzsch. Sitzung der Gewerkschaftsfraktion Donnerstag, 3. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof".
Eilenburg. Sitzung der Gewerkschaftsfraktion Donnerstag, 3. September, abends 8 Uhr, im Parteilokal.
Bitterfeld. Sitzung der Unterbezirksleitung Sonntag, 6. September, vorm. 10 Uhr, in Bitterfeld im „Gesellschaftshaus".

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen.

Siebien. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 5. September, abends 8 Uhr.
Eisleben-Helbra. Mitgliederversammlung Sonnabend, 5. September, abends 8 Uhr, in Helbra im Lokal Müller.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Dommitzsch. Organisationskonferenz am Donnerstag, 3. September, abends 7 Uhr.
Torgau. Rote Kartellsitzung am Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, „Waldschenke".
Dommitzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 4. September, abends 8 Uhr, in Dommitzsch.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg. Rote Kartellsitzung Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, „Goldner Hahn".
Zeitz. Sitzung des Roten Kartells Donnerstag, 3. Sept., 8 Uhr, Schuhmacherherberge.
Weißenfels. Sitzung des Roten Kartells Freitag, 4. September, abends 8 Uhr, Hotel „Monopol".

Achtung! **Briefe,** die uns schnell erreichen sollen, müssen mit der **Abteilungs-Adresse** versehen sein, für die sie bestimmt sind.

1. **Drucksachenaufträge, Rechnungen, Offerten** u. dergl.: „An die Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle S., Postamt II
2. **Anzeigen** und **Abrechnungen** für den „Klassenkampf": „An den **Verlag** Klassenkampf, Halle S., Postamt II"
3. **Manuskript** für den „Klassenkampf": „An die **Redaktion** Klassenkampf, Halle S., Postamt II
4. **Bestellungen auf Bücher** oder sonstige **Schreibmaterialien, wie Abrechnungen:** „An die Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Halle S., Postamt II"

Als Postscheck dient für **alle** Abteilungen: Postscheckamt **Leipzig Nr. 1068 48, Fritz Kroh,** Halle (Saale)

Versammlungen der Roten Hilfe

Zahna. Mitgliederversammlung Freitag, 4. September, 8 Uhr, „Thüringer Hof".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

N. Abteilung. Donnerstag, 3. Sept., 8 Uhr, im „Lindenhof", Pflichtversammlung.

Jungsturm

Alle Mitglieder des Jungsturms nehmen geschlossen an der Kundgebung am Donnerstag, 3. September, im „Volkspark" teil.

Unterbezirk Saalkreis

Lieskau. Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, bei Seidewitz, Pflichtversammlung.
Seeben. Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, Pflichtversammlung in Seeben. Alle Ortsgruppen haben restlos zu erscheinen.
Werbebezirk Dölau. Sonnabend, 5. Sept., abends 8 Uhr, Werbebezirksversammlung in Schiepzig, Lokal Dorenberg.
Dieskau. Sonnabend, 5. Sept., abends 8 Uhr, Lokal Mende, Pflichtversammlung.
Teicha. Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, „Rotes Haus", Pflichtversammlung. Alles erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen.
Gröbers. Sonntag, 6. September, findet ein Unterbezirkstreffen statt. Alle Ortsgruppen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.
Lettin. Donnerstag, 3. September, abends 8½ Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Funktionäre eine halbe Stunde früher.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Freitag, 4. September, 8 Uhr, „Stadt Leipzig", Pflichtversammlung.
Neumark. Sonntag, 6. September, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Mansfeld (Seekreis)

Wimmelburg. Sonnabend, 5. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Scharfe, Versammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedskarten mitbringen.

Unterbezirk Mansfeld (Gebirgskreis)

Leimbach. Sonntag, 6. September, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal Pflichtversammlung. Das Erscheinen aller Kameraden ist dringend erforderlich. Mitgliedskarten mitbringen.

Unterbezirk Bitterfeld

Greppin. Donnerstag, 3. September, ½8 Uhr, bei Schmidt, Mitgliederversammlung. Alle Sympathisierenden sind eingeladen. Aufnahmen werden dortselbst gemacht.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Kommissionsmitglieder beim RFB. Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, „Lindenhof", kombinierte Sitzung.
Delitzsch. Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, „Lindenhof", Sitzung des Vorstandes und der Gruppenführer.
Delitzsch. Freitag, 4. September, 8 Uhr, „Lindenhof", Generalversammlung. Alles muß bestimmt erscheinen.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Donnerstag, 3. September, 8 Uhr, „Schützenhaus", Pflichtversammlung.

Unterbezirk Weißenfels

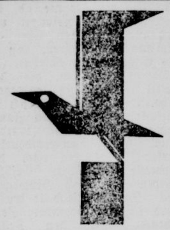
Sonntag, 6. September, vormittags 9 Uhr, findet in Weißenfels, Hotel „Monopol", eine Unterbezirkskonferenz statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle Ortsgruppen-Vorstände erscheinen.
Hohenmölsen. Sonnabend, 5. September, bei Otto Rupsch Pflichtversammlung. Am Freitag, dem 4. September, abends 7 Uhr, alles erscheinen am Wasserturm zur Pflichtversammlung. Niemand darf fehlen.
Weißenfels. Freitag, 4. September, pünktlich ½8 Uhr, „Weintraube", erweiterte Vorstandssitzung, anschließend Funktionärsitzung.
Weißenfels. Freitag, 4. September, wichtige Versammlung. Bericht von der Mitteldeutschen Jungsturmkonferenz. Internationaler Jugendtag. Treffen ½8 Uhr Rosalskyweg.

Unterbezirk Zeitz

Droyßig. Sonnabend, 5. September, abends 7 Uhr, „Adler", Pflichtversammlung.

Unterbezirk Naumburg

Naumburg. Freitag, 4. September, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung im „Goldenen Hahn". Arbeitseinteilung für Roten-Tag.


Verlangt in allen Geschäften
Nospia-Zigaretten
die nach persönlichen ägyptischen Erfahrungen hergestellten Edelmarken!
Zigarettenfabrik Nospia Dresden
Generalvertretung für den Bezirk Halle: 275
Heinz Schultz, Geiststr. 21

Großer Posten
Filzhüte
eingetroffen 2667
Bekannt billige Preise!
Bitte meine Schaufenster zu beachten
Kuhgasse 6 A. Hoppe
3 Minuten vom Markt

★ **Inseratenannahme** ★
für die Mansfelder Lande für
„Klassenkampf"
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Schreibwaren
empfehlen die **Volksbuchhandlungen**
Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.
Unsere Sparkasse
arbeitet im
Sinne der Gemeinwirtschaft
Einlagen sind wertbeständig!
Zinssätze: 7, 9 und 11 Prozent

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Schirme
Ausführung von Reparaturen aller Art und Bezügen prompt, sauber und billigst
J. Voigt
Barfüßerstr. 17, Hof
Kein Laden

Zur Anfertigung feiner Herrengarderobe und Damenkostüme nach Maß empf. sich
Otto Bartelt
Drenhauptstraße 7

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 1274
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Kd.-Bettstelle, Wäscheschränkchen b. z. verk. Forsterstr. 5, H. p.

Lodenjoppen
stets gut u. preisw.
P. Harnisch,
Merseburg, Delgrube 1

Die gute
6 Pf.-Zigarre
bekommt man bei 1400
Hugo Thomas
Zigarrenfabrik
Merseburg
Delgrube 5

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Morgen:
Schlachte-! Fest !
Bätz
Weißenfels
Georgenberg 31

Hopsi
bestes Mittel gegen Kopfläuse Fl. 70 ₰
Saale-Drogerie
Paul Tretbar
Weißenfels
Saalstr. 40 1405

WALHALLA
Direktion Adolf Vogel Telephon 8385
Nur bis 15. September
Internationale Neuheiten!
Zum 1. Male in Halle!
Schichtls größte
Marionetten-Schau!
Karl Schenk und Sohn *Wunder-Equilibristen*
12 Glazeroffs *Russische Kunsttänzer*
Karl Napp *der Komiker aller Komiker*
Die 3 Potters *Amerikan. Bühnen-Luftakt*
J. Garcias *unerreichte Schattenspiele!*
Der zerbroch. Spiegel *mit Carl u. Camillo Schwarz*
Lucie Bernardo *die famose Parodistin*
Green-Wood u. Violet *Original Humsti-Bumsti*
*2668 *usw.*
Anfang 7¾ Uhr *Gewöhnliche Preise*
Vorverkauf ab 11 Uhr a. d. Kasseunterbr.

Achtung!

Morgen Donnerstag:
Schlachtefest
Früh 9 Uhr: Wellfleisch
Karl Krug
Zeitz
Schützenstraße 9

Donnerstag:
Schlachtefest
Adolf Schumann,
Zeitz, 1403
Kramerstraße 12

Spendet für die „Rote Hilfe"!

Konsumverein Gleesien u. Umg. eGmbH.
Sonnabend, den 13. Sept. 1925, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof **Raue** zu Rockwitz
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht und Richtigsprechung desselben, sowie Entlastung des Vorstandes
2. Ergänzungswahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates, sowie zweier Ersatzmänner
3. Anträge der Mitglieder nach § 41 des Statuts
4. Verschiedenes *2659

Die geehrten Mitglieder werden zu recht zahlreichem Besuch eingeladen
Für den Aufsichtsrat
Paul Kabitzsch

1 kleine Anzeige im Klassenkampf kostet keinen Pfennig. Nach Einsendung der Abonnementsquittung für den laufenden Monat kann jeder Leser diesen Vorzug erhalten, indem 2 einspalt. Zeilen = 5 mm Höhe **nicht** berechnet werden; für die darübergehenden Millimeterzeilen kommt der im Kopf angezeigte Preis in Frage. **Wer etwas kaufen oder verkaufen will, gebe die Anzeige sofort auf, denn sie kostet nichts!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250902-13/fragment/page=0010